



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2011 (14.07)
(OR. en)**

12562/11

**PESC 912
FIN 503
PE 316**

I/A-PUNKT-VERMERK

des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees
für den Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Hauptaspekte und grundlegende Optionen der GASP (Buchstabe G Nummer 43 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006) – 2010
– Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament

1. In der Interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) vom 17. Mai 2006 heißt es unter Buchstabe G Nummer 43: "Der Vorsitz des Rates hört das Europäische Parlament alljährlich zu einem vom Rat erstellten und bis zum 15. Juni des jeweiligen Jahres übermittelten zukunftsorientierten Dokument über die Hauptaspekte und die grundlegenden Optionen der GASP, einschließlich der finanziellen Auswirkungen auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union und einer Bewertung der im Jahr n-1 eingeleiteten Maßnahmen."
2. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee hat den Berichtsentwurf (siehe Anlage) in seinen Sitzungen vom 1. und 5. Juli 2011 geprüft.
3. Der AStV wird daher gebeten, dem Berichtsentwurf zuzustimmen und ihn dem Rat zur Billigung zuzuleiten.

**HAUPTASPEKTE UND GRUNDLEGENDE OPTIONEN DER GASP
(BUCHSTABE G NUMMER 43 DER INTERINSTITUTIONELLEN VEREINBARUNG
VOM 17. MAI 2006) – 2010**

EINLEITUNG.....	4
TEIL I: VORAUSSCHAU AUF 2012.....	4
TEIL II: JAHRESRÜCKBLICK 2010	11
Bilanz 2010.....	11
A. Tätigkeitsüberblick nach Regionen.....	14
Naher Osten und südliche Nachbarländer	14
Russland, östliche Nachbarländer und Zentralasien.....	18
Russische Föderation	18
Östliche Nachbarländer	20
Zentralasien.....	22
Westliche Balkanstaaten.....	23
Asien.....	26
Afrika.....	30
Amerikanischer Kontinent	34
B. Bedrohungen und globale Herausforderungen.....	38
Nichtverbreitung und Abrüstung.....	38
Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel	39
Konventionelle Waffen: Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW),	
Antipersonenminen und explosive Kampfmittelrückstände (ERW)	42
Terrorismus	43
Energieversorgungssicherheit	44
Klimawandel und internationale Sicherheit	45
C. Beitrag zu einer wirksameren multilateralen Weltordnung	46
Vereinte Nationen.....	46
OSZE	47
Europarat	48
D. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	49

E. Effizienter, fähiger und kohärenter	56
Fähiger	56
Zivile Fähigkeiten	56
Militärische Fähigkeiten	56
Bündelung und gemeinsame Nutzung	57
Erfahrungswerte und bewährte Vorgehensweisen in der zivilen GSVP	58
Lehrgänge und Übungen	59
Effizienter	60
Operationen und Missionen	60
Instrumente	65
Zusammenarbeit mit Partnern	66
Kohärenter	69
Umfassender Ansatz	69
Entwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten der EU nach 2010	70
Civil-militärische Synergien bei der Fähigkeitenentwicklung	70
ANNEX I: ACTES JURIDIQUES PESC 2010	72
ANNEX II: MAIN APPEARANCES IN THE EUROPEAN PARLIAMENT IN THE FIELD OF CFSP/ESDP IN 2010	84
ANNEX III: CFSP budget 2010 - commitment appropriations	87
ANNEX IV: 2010 overview of HR / VP declarations on behalf of the EU, HR / VP Statements, Statements by the HR / VP Spokesperson and Local Statements	91

EINLEITUNG

Dieses Dokument enthält eine Darstellung und Bewertung der Maßnahmen und Tätigkeiten, die im Jahr 2010 im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durchgeführt wurden. Außerdem werden darin die Standpunkte und wichtigsten Optionen dargelegt, die für die Außenpolitik der Europäischen Union in den nächsten Monaten maßgebend sein werden. Der Bericht wird gemäß Nummer 43 der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung aus dem Jahr 2006 vorgelegt. Zugleich ist er Ausdruck der Entschlossenheit der Hohen Vertreterin, mit dem Europäischen Parlament einen umfassenden Dialog über die Außenpolitik der Europäischen Union zu entwickeln, wie sie es bereits in ihrer Erklärung über die politische Rechenschaftspflicht vom Juli 2010 formuliert hat.

TEIL I: VORAUSSCHAU AUF 2012

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes haben das Jahr 2010 zu einem richtungweisenden Jahr für die europäische Außenpolitik gemacht. Durch diese Neuerungen ist die ein Jahrzehnt hindurch in Europa geführte Debatte über eine institutionelle Reform erfolgreich zum Abschluss gebracht worden. Gleichzeitig ist uns im Verlauf dieses Jahres mehrfach deutlich vor Augen geführt worden, warum wir eine europäische Außenpolitik brauchen. In einer Welt, die mehr denn je von Integration und Globalisierung geprägt ist, sehen wir uns mit immer vielfältigeren, aber auch immer stärker miteinander verknüpften Bedrohungen konfrontiert: Proliferation, Terrorismus, organisierte Kriminalität und regionale Konflikte, daneben aber auch Unterbrechungen der Energieversorgung und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit. Unsere Außenpolitik muss sich an diese Bedrohungen anpassen und sich weiter entfalten, damit diese Bedrohungen an der Wurzel, also oftmals in instabilen und entlegenen Regionen der Welt, angepackt werden können. Wenn wir die Voraussetzungen für einen dauerhaften Wandel schaffen wollen, müssen wir verstärkt einen umfassenden Ansatz verfolgen und das gesamte Spektrum der uns zur Verfügung stehenden Instrumente – Diplomatie, GSVP, Entwicklungs- und Handelspolitik – heranziehen. Die Umsetzung einer neu belebten Menschenrechtsstrategie wird dabei eine wichtige Komponente sein.

Um genau dies bewerkstelligen zu können, ist der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) geschaffen worden. In ihm vereint sich Expertise in den Bereichen Diplomatie, Krisenbewältigung und Entwicklung. Das Fundament steht: Der EAD ist nun funktionsfähig, die Besetzung der Führungspositionen ist abgeschlossen. Dennoch sollten die Herausforderungen, die mit der Einrichtung dieses Dienstes verbunden sind, nicht unterschätzt werden, und die Welt wird in der Zwischenzeit nicht innehalten und auf uns warten. Damit der EAD die ihm zugesetzte Rolle ausfüllen kann, muss er mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden.

Ganz oben auf der Tagesordnung steht der Wandel, der sich derzeit im Nahen Osten und in Nordafrika vollzieht. Er ist zweifelsohne von historischer Tragweite. Der Umbruch ist in Tunesien, Ägypten und anderen Ländern der Region mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß erfolgt, wie es nur von wenigen vorausgesagt wurde. Zwar hat in Ländern wie Libyen und Syrien tragischerweise die Gewalt noch kein Ende gefunden, insgesamt jedoch hat der "arabische Frühling" das Potenzial für ein besseres Leben in wiedererlangter Würde, unter stärkerer Achtung der Menschenrechte, des Pluralismus, der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit, sowie für größeren Wohlstand freigesetzt. Dies ist die größte Chance, die eine Generation hat, den Aufbau einer demokratischen, stabileren und freien Nachbarschaft um unseren Kontinent herum zu unterstützen. Wenn wir richtig reagieren, können wir tatsächlich dazu beitragen, unter uneingeschränkter Anerkennung der lokalen Eigenverantwortlichkeit die Dinge richtungweisend mitzugestalten.

Die Europäische Union kann beraten und unterstützen, muss aber auch den Bestrebungen der Bevölkerung Gehör schenken und sich der Tatsache bewusst sein, dass nur die Bevölkerung allein über ihre Zukunft entscheiden kann. Gleichzeitig können wir entscheidenden Einfluss nehmen. Vier Bausteine sind nötig, um eine Partnerschaft zu begründen: demokratischer Wandel und Institutionenbildung, Schutz der Menschenrechte, Kontakte zur Bevölkerung, einschließlich der Zivilgesellschaft, und Förderung eines nachhaltigen Wachstums und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Ferner wird es nötig sein, enge persönliche Beziehungen zu denjenigen zu unterhalten, die an der Spitze des Wandels stehen. Die Hohe Vertreterin ist in diesem Sinne schon frühzeitig tätig geworden: Sie hat Ägypten, Tunesien und andere Länder der Region besucht und sehr deutlich Unterstützung durch die EU signalisiert.

Die EU hat durch humanitäre Hilfe sowie durch Beistand beim Aufbau von Institutionen und bei der Vorbereitung von Wahlen bereits in großem Umfang Unterstützung geleistet. In den kommenden Jahren werden wir dies weiterführen. Das heißt, wir werden integratives Wachstum und soziale Gerechtigkeit fördern müssen, unter anderem durch die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Wir werden den Marktzugang verbessern müssen, damit die Handelsbeziehungen im gesamten Mittelmeerraum ausgebaut werden können. Dies setzt angemessene und zielgerichteter eingesetzte Finanzmittel voraus. Es wird auch größerer Mobilität bedürfen, da wir es dem Einzelnen, und insbesondere jungen Menschen, leichter machen werden, in die Europäische Union zu reisen und dort Erfahrung zu sammeln, gleichzeitig werden wir aber für einen strukturierten Ansatz in der Migrationsfrage und in der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung sorgen müssen. Auf längere Sicht sollte es unser Ziel sein, in der gesamten Region weitreichende und umfassende Freihandelszonen zu schaffen.

Gegenüber den einzelnen Ländern der Region wird es differenzierte Ansätze geben müssen, die den Gegebenheiten und Bestrebungen des jeweiligen Landes Rechnung tragen. Ist ein Land jedoch bereit, schneller weiter reichende Reformen vorzunehmen, wird die EU natürlich entsprechend darauf eingehen. Die Union für den Mittelmeerraum als rahmenggebende Struktur wird hierbei eine wichtige Rolle spielen; sie benötigt aber neue Impulse, damit sie ihr volles Potenzial entfalten kann.

In Anbetracht der Veränderungen in der arabischen Welt sind Fortschritte beim Nahost-Friedensprozess umso dringender geboten. Unser Ziel ist nach wie vor eine gerechte und dauerhafte Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt – mit dem Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden, souveränen und lebensfähigen Staat Palästina, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Wir müssen dafür sorgen, dass die aktuellen Entwicklungen uns diesem Ziel näher bringen und es nicht weiter in die Ferne rücken lassen. Die Europäische Union hat in den letzten Monaten gemeinsam mit ihren Partnern im Nahost-Quartett eine erhebliche Rolle dabei gespielt, die Parteien zusammenzubringen. Dieses Engagement wird weitergehen. Neben solchen diplomatischen Bemühungen ist die Europäische Union nach wie vor bereit, das palästinensische Volk weiterhin politisch und finanziell zu unterstützen und ihm beim Aufbau von Institutionen behilflich zu sein.

Auch andere benachbarte Regionen werden in den nächsten Monaten vor bedeutenden Herausforderungen stehen. Die Europäische Union wird die zentrale Rolle, die sie in den westlichen Balkanstaaten spielt, auch weiterhin wahrnehmen. Die für diese Länder bestehende europäische Perspektive sollte weiterhin als ein klares Zeichen für stärkere politische Integration verstanden werden, da die Wunden, die der Konflikt in den 90er Jahren gerissen hat, allmählich zur Erinnerung verblassen. Letztlich können zwar nur die Länder selbst den schwierigen Weg des Wandels gehen, der zur Erfüllung der Beitrittsbedingungen notwendig ist, die Europäische Union wird sie jedoch weiterhin dabei unterstützen. Der Dialog, der im Jahr 2010 zwischen Belgrad und Pristina aufgenommen wurde, bietet eine konkrete Chance, hier neue Impulse zu geben, indem die Zusammenarbeit vorangetrieben wird, Fortschritte auf dem Weg nach Europa erzielt werden und das Leben der Bevölkerung verbessert wird. Die EU wird diesen Dialog weiterhin fördern. In Bosnien und Herzegowina hat der Hohe Beauftragte im Einklang mit der neuen EU-Strategie große Anstrengungen unternommen, um den politischen Stillstand zu überwinden.

Was unsere östlichen Nachbarländer betrifft, wird die Förderung von Sicherheit, Demokratie und Wohlstand auch weiterhin eines der Hauptanliegen der EU bleiben. Für die Region ergibt sich ein gemischtes Bild. Die Entwicklungen, die im vergangenen Jahr in der Republik Moldau stattgefunden haben, waren ermutigend. In der Transnistrien-Frage wird die EU ungeachtet sehr unterschiedlicher Signale danach streben, innerhalb des 5+2-Verhandlungsformats eine stärkere Rolle zu übernehmen, und darauf drängen, dass die formellen Gespräche zur Beilegung des Konflikts wieder aufgenommen werden. Hingegen ließen die Nachwirkungen der Präsidentschaftswahl, die im vergangenen Dezember in Belarus stattfanden, der EU keine andere Wahl, als mit aller Schärfe zu reagieren. In der Ukraine sind sechs Jahre nach der Orangen Revolution die Fortschritte in Richtung auf eine offenere, demokratische Gesellschaft weiterhin ungleich verteilt. Zwei Jahre nach Begründung der Östlichen Partnerschaft bietet das Jahr 2011 Gelegenheit, über diese Partnerschaft nachzudenken und auszuloten, wie die EU ihr Engagement am wirkungsvollsten fortsetzen kann. Der Schwarzmeersynergie-Initiative der EU kommt dabei eine bedeutende Rolle zu, doch bedarf sie eines neuen Impulses, um ihr volles Potenzial zu entfalten.

Die EU ist nach wie vor stark in Georgien engagiert, unter anderem durch die Beobachtermission der EU und dadurch, dass sie bei den Genfer Gesprächen, die die abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien zum Gegenstand haben, den Vorsitz führt. Es gibt möglicherweise Spielraum für eine Ausweitung unseres Engagements in Bezug auf die Lage in Bergkarabach.

Für die Bewältigung dieser und anderer Probleme in unseren östlichen Nachbarländern sowie wichtiger Fragen auf internationaler Ebene bleibt eine starke strategische Partnerschaft mit Russland unerlässlich. Unsere Zusammenarbeit mit Russland muss auf dem Konzept des prinzipienfesten Engagements beruhen, das heißt, wir müssen weiterhin unsere gemeinsamen Interessen verfolgen, gleichzeitig aber an den Werten der EU festhalten und in der Lage sein, mit Unterschieden sachorientiert umzugehen.

Im weiteren Umkreis ändert sich die Weltordnung so rasch wie nie zuvor. Die Globalisierung und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise führen dazu, dass sich das politische und wirtschaftliche Gewicht immer schneller hin zu den neuen aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und anderen Gegenden der Welt verlagert. In zunehmendem Maße werden diese Länder in Fragen von globalem Interesse, die unter anderem Wirtschaftswachstum, Handel, Klimaschutz und Sicherheit einschließen, entscheidenden Einfluss nehmen. Der Prozess der Modernisierung und Umgestaltung der Architektur internationaler Institutionen wie beispielsweise der Vereinten Nationen oder des Internationalen Währungsfonds, mit dem diesen neuen Gegebenheiten Rechnung getragen werden soll, ist bereits weit fortgeschritten. Im vergangenen Jahr hat es sich die EU unter der Führung der Hohen Vertreterin beträchtliche Anstrengungen kosten lassen, die Teilnahme der EU an der Arbeit der Vereinten Nationen auf eine neue Stufe zu heben. Nach der Annahme der Resolution 65/276 durch die VN-Generalversammlung wird die EU die neuen Chancen bestmöglich nutzen.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Europäische Union strategische Partnerschaften mit den Ländern aufgebaut, die die Welt des 21. Jahrhunderts maßgeblich gestalten werden: den Vereinigten Staaten, Russland, China, Brasilien und Indien ebenso wie Japan, Mexiko, Südafrika, der Republik Korea und anderen. Es zählt zu den wichtigsten Prioritäten der Hohen Vertreterin, diesen Partnerschaften mehr Effizienz zu verleihen. Im Herbst 2010 hat der Europäische Rat einen unter der Leitung der Hohen Vertreterin stehenden Reflexionsprozess zu der Frage eingeleitet, wie die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon in diesem Sinne genutzt werden können. Dieser Reflexionsprozess wird im Jahr 2011 fortgesetzt. In diesem Jahr werden auch zahlreiche Gelegenheiten bestehen, die Schlussfolgerungen in die Praxis umzusetzen, so beispielsweise die Gipfeltreffen mit China und Indien. Wir müssen diese Gelegenheiten nutzen, eine Annäherung unserer Zielvorstellungen in wirtschaftlichen und politischen Fragen zu erreichen. In den letzten Monaten war zum Beispiel eine Ausweitung unserer Sicherheitsagenda mit Indien zu verzeichnen, wozu auch intensivere Kontakte im Bereich der Terrorismusbekämpfung und zwischen den Militärstäben gehörten.

Die iranische Nuklearfrage gibt nicht nur der Europäischen Union, sondern auch der internationalen Gemeinschaft insgesamt weiterhin Anlass zu großer Besorgnis. Wir werden weiter gemeinsam mit den sechs am unmittelbarsten beteiligten Staaten unseren zweigleisigen Ansatz verfolgen: Auf Iran wird Druck ausgeübt, die Auflagen des VN-Sicherheitsrats und der Internationalen Atomenergie-Organisation zu erfüllen und zu ernsthaften Verhandlungen zurückzukehren, es werden aber auch substanzielle Anreize gegeben, auf dem Verhandlungsweg Vertrauen in den Charakter des iranischen Nuklearprogramms aufzubauen. Die seit 2007 verhängten Sanktionen haben bereits merkliche Wirkung gezeigt. Sollte Iran an seinem derzeitigen Kurs festhalten, so wird dieser Druck weiter erhöht werden, gleichzeitig aber bleibt die Tür für einen echten Dialog offen. Die Hohe Vertreterin stand zusammen mit China, Deutschland, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten an der Spitze der Bemühungen und wird dies auch weiterhin tun, mit dem Ziel, die Staatsführung Irans von der Notwendigkeit eines ernsthaften Dialogs zu überzeugen.

In Afghanistan und Pakistan stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen. Die EU wird weiterhin die gewählte Regierung in Afghanistan unterstützen und dabei helfen, nach Jahrzehnten der Versäumnisse und der Konflikte wieder mehr Stabilität herzustellen. Das Engagement der EU ist langfristig: wir unterstützen unsere Partner in der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) und in der internationalen Gemeinschaft, indem wir in den Bereichen Hilfe leisten, in denen wir die besten Ergebnisse liefern können, wozu auch die Polizeimission EUPOL Afghanistan zählt. Wir sehen uns gleichermaßen verpflichtet, den Aufbau einer starken, stabilen und demokratischen Regierung in Pakistan weiterhin zu unterstützen, Wirtschaftswachstum zu fördern und Extremismus zu bekämpfen.

Der afrikanische Kontinent bietet ein vielschichtiges Bild. In zahlreichen afrikanischen Ländern sind nun, nach Jahren schwachen Wachstums und schlechter Staatsführung, echte Verbesserungen zu verzeichnen. Es ist ermutigend, dass die Afrikanische Union darauf hinarbeitet, eine immer wichtigere Rolle bei der Lösung regionaler Probleme zu spielen. Dennoch bestehen nach wie vor Probleme, insbesondere im Sudan, wo es wegen der Gründung eines neuen Staates im Süden wachsende Spannungen gibt; dies gilt insbesondere für die Region Abyei. Die EU ist bereit, den Übergangsprozess unterstützend zu begleiten. Aber Konflikte und politische Gewalt haben nach wie vor in weiten Teilen des Kontinents Konjunktur, so auch in Somalia und der Sahelregion. Auch in Simbabwe bleibt die Lage angespannt. Die Seeräuberei gibt einer wachsenden Zahl von Ländern weltweit immer mehr Anlass zur Sorge. Die Europäische Union wird ihr Engagement aufrecht erhalten und dabei über ihre in den letzten Jahren ausgebauten Partnerschaft mit der Afrikanischen Union und über ihre in der Region eingesetzten zivilen Missionen und militärischen Operationen tätig werden.

Die Konsolidierung unserer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für die Bewältigung vieler dieser Herausforderungen und Probleme von zentraler Bedeutung, da sie es uns ermöglicht, über den gesamten Konfliktzyklus hinweg auf eine stärker integrierte und umfassende Weise gegen Unsicherheit vorzugehen. In einer Zeit, in der die öffentlichen Finanzen stark unter Druck stehen, kommt einer effizienten Nutzung der Ressourcen eine herausragende Bedeutung zu. Diese Zwänge können jedoch auch ein Ansporn sein, die GSVP weiter zu konsolidieren, indem militärische Schlüsselfähigkeiten in stärkerem Umfang als bisher gebündelt und gemeinsam genutzt, die Kapazitäten für die Planung und Durchführung von Missionen und Operationen verbessert sowie zivile Missionen und militärische Operationen stärker integriert werden. Die Mitgliedstaaten haben unlängst auf der Grundlage der Möglichkeiten, die durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurden, eine Reihe von Initiativen in diesem Bereich eingeleitet. Die Beratungen über die Zukunft der GSVP werden das ganze Jahr 2011 hindurch fortgesetzt, wobei auch an die Erfahrungen aus der Vergangenheit angeknüpft wird. Gleichzeitig spielen unsere im Rahmen der GSVP durchgeführten Missionen und Operationen weltweit nach wie vor eine wichtige Rolle, unabhängig davon, ob es sich um die Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias oder um den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo handelt. Sie ermöglichen uns auch, aus dem Handeln zu lernen, so dass die EU neue Expertise in Bereichen wie beispielsweise dem Aufbau von regionalen maritimen Kapazitäten oder der Reform des Sicherheitssektors entwickeln kann. Konfliktverhütung ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt, und der zehnte Jahrestag der Verabschiedung des Göteborger Programms gibt Gelegenheit, über die zunehmende Arbeit der EU in diesem Bereich und über Vorgaben für die Zukunft nachzudenken.

Probleme können nicht isoliert betrachtet werden und lassen sich selten auf einfache Weise lösen. Dies gilt umso mehr in unserer modernen vernetzten Welt, in der Technologien und Märkte es möglich machen, dass Menschen mit bisher nie da gewesener Geschwindigkeit miteinander in Verbindung treten können. Die Folge ist, dass Probleme wie die Computer- und Netzsicherheit, die Energieversorgungssicherheit und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit einen wesentlichen Teil der internationalen Agenda ausmachen. Die Union steht vor der zusätzlichen Herausforderung, in Reaktion auf diese Probleme eine starke gemeinsame Außenpolitik aufzubauen, die nicht nur in sich schlüssig ist, sondern die Union auch in die Lage versetzt, schnell genug zu agieren, um Ereignisse mitgestalten zu können.

Dennoch ist die europäische Außenpolitik keine Frage des Ermessens. Wir agieren im Ausland, weil unsere Interessen zu Hause, nämlich Sicherheit, Wohlstand und die Werte, auf denen wir die Europäische Union aufgebaut haben, dies erforderlich machen. Und wir handeln gemeinsam, mit dem vollen Engagement aller Mitgliedstaaten, weil die Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen, zu komplex sind, als dass sie unilateral gelöst werden könnten, und weil wir durch gemeinsames Handeln gemeinsam unser Gewicht in die Waagschale werfen können. Die Ereignisse in den südlichen Nachbarländern illustrieren diese grundlegende Wahrheit auf eindrucksvolle Weise. Im kommenden Jahr und darüber hinaus wird die Europäische Union ihre Außenpolitik weiter ausbauen – eine Außenpolitik, die dem vielgestaltigen Charakter unserer Union Rechnung trägt und gleichzeitig für die Geschlossenheit, Einheitlichkeit und Kohärenz sorgt, die für ein wirksames Tätigwerden erforderlich ist, und die strategische Vision der EU im Bereich der Außenbeziehungen weiterentwickelt.

TEIL II: JAHRESRÜCKBLICK 2010

Bilanz 2010

Das Amt des Hohen Vertreters¹ der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik ist der Eckpfeiler des Lissabon-Systems im Bereich der Außenbeziehungen und die wichtigste Neuerung der Außenpolitik der Union im Jahr 2010. Auf dem Gebiet der GASP obliegen dem Hohen Vertreter die Aufgaben, die bislang von dem halbjährlich wechselnden Vorsitz, dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und dem für die Außenbeziehungen zuständigen Mitglied der Kommission wahrgenommen wurden. Der Hohe Vertreter führt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union durch, hat den Vorsitz des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) inne und sorgt zudem als erster Vizepräsident der Kommission für Kohärenz im auswärtigen Handeln der Union. Im Jahr 2010 führte die Hohe Vertreterin den Vorsitz auf 14 Tagungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten), wobei dieser je zweimal auf Ebene der Verteidigungs- bzw. der Entwicklungsminister zusammentrat.

¹ Im Vorfeld des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem informellen Treffen vom 19. November 2009 auf die Ernennung von Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin verständigt. Der Europäische Rat hat am 4. Dezember 2009 den formellen Beschluss über die Ernennung der Hohen Vertreterin angenommen.

Die außenpolitische Agenda der EU umfasste 2010 **drei Hauptprioritäten**.

Die erste Priorität und die wichtigste institutionelle Errungenschaft im Jahr 2010 war die Einrichtung des **Europäischen Auswärtigen Dienstes**. Aufgabe des Dienstes ist es, die Arbeit des Hohen Vertreters im Rahmen seines breiten außenpolitischen Mandats, das auch die Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU umfasst, zu unterstützen. Die Bediensteten des EAD stammen aus der Europäischen Kommission, dem Generalsekretariat des Rates und den diplomatischen Diensten der EU-Mitgliedstaaten. Sie arbeiten in enger Kooperation mit der Kommission und den Mitgliedstaaten in Brüssel und in 137 Delegationen auf der ganzen Welt. Der EAD soll als integrierte Plattform fungieren, die die gemeinsamen Werte und Interessen der Union weltweit nach außen vermittelt. Bei ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament am 11. Januar 2010 bekräftigte die Hohe Vertreterin, dass die Einrichtung des EAD höchste Priorität habe, und erklärte, dass es eine einmalige Chance sei, etwas aufzubauen, was alle Komponenten unseres [des EU-] Handelns – nämlich die politische, die wirtschaftliche und die militärische Komponente – zusammenführe, um eine einzige kohärente Strategie in der Außenpolitik umzusetzen.

Der EAD wurde am 1. Dezember 2010 formell eingerichtet; dem war ein Jahr intensiver Vorbereitungen vorausgegangen. Anfang 2010 wurde eine Hochrangige Gruppe zur Unterstützung der Hohen Vertreterin bei der Einrichtung des EAD eingesetzt. Auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 25. März 2010 legte die Hohe Vertreterin einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Einrichtung des EAD vor. Dieser Vorschlag wurde dann auf der Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 26. April 2010 geändert. An den förmlichen Konsultationen zum Vorschlag, dem "Quadrilog", nahmen die Hohe Vertreterin, die Europäische Kommission, der spanische Vorsitz des Rates und das Europäische Parlament teil. Am 21. Juni 2010 erzielten die vier Parteien in Madrid eine Einigung, die vom Europäischen Parlament in der Abstimmung vom 8. Juli 2010² und danach am 20. Juli 2010 auch vom Kollegium der Kommissionsmitglieder gebilligt wurde. Angesichts der Zustimmung der Europäischen Kommission und der Anhörung des Europäischen Parlaments nahm der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) am 26. Juli 2010 formell den Beschluss des Rates an. In der Übergangsphase bis zum Aufbau des EAD unterstützten der spanische und der belgische Vorsitz des Rates im Jahr 2010 die Hohe Vertreterin aktiv bei der Erfüllung ihrer neuen Aufgaben.

² Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. Juli 2010 eine Entschließung zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) (P7_TA-PROV(2010)0280).

Am 25. Oktober 2010 ernannte die Hohe Vertreterin Pierre Vimont zum geschäftsführenden Generalsekretär und David O'Sullivan zum Verwaltungschef des EAD. Am 29. Oktober 2010 vervollständigte die Hohe Vertreterin ihr Führungsteam mit der Ernennung von zwei stellvertretenden Generalsekretären – Helga Schmid zur stellvertretenden Generalsekretärin für politische Angelegenheiten sowie Maciej Popowski zum stellvertretenden Generalsekretär für interinstitutionelle Angelegenheiten.

Die Hohe Vertreterin und die neuen institutionellen Strukturen wurden durch das Erdbeben in Haiti³ im Januar 2010, auf das die Union auf politischer und humanitärer Ebene umfassend reagierte, auf die Probe gestellt. Die Hohe Vertreterin hat viele Reisen unternommen. Dazu zählten ein wichtiger Besuch im Nahen Osten (März 2010) – sie war die erste Politikerin, die seit Juni 2007 Gaza von Israel aus besucht hat – und mehrere Reisen in die Balkanregion sowie Reisen nach Indien (Juni 2010), Georgien und Kasachstan (Juli 2010) sowie China (September 2010).

Die zweite Priorität waren die **europäischen Nachbarländer**. Die bisher größte Errungenschaft der EU ist die Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten. Die EU arbeitete während des gesamten Jahres 2010 daran, diesen Prozess weiter voranzubringen, und unterstützte die westlichen Balkanländer auf dem Weg zur Verwirklichung ihrer europäischen Perspektive. Die Union setzte im letzten Jahr ihr Engagement für ihre östlichen und südlichen Nachbarländer fort und stellte unter Beweis, dass die EU über die Kapazitäten verfügt, um in diesen beiden Regionen einen Beitrag zu Stabilität und Entwicklung zu leisten. Die Hohe Vertreterin und die Kommission leiteten 2010 eine umfassende Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein.

Die dritte Priorität war die Zusammenarbeit der EU mit **strategischen Partnern**. In einer Welt mit globalen Problemen und einem sich verlagernden Machtgefüge engagierte sich die EU weiterhin in Partnerschaften mit ihren traditionellen Partnern wie den Vereinigten Staaten, Russland, Japan und Kanada, doch konzentrierte sie sich auch auf den Ausbau ihrer Beziehungen zu den Ländern, die an der Schwelle zum Industriestaat stehen oder diese Schwelle überschritten haben, wie China, Indien, Brasilien, Südafrika und die Republik Korea. Diese Arbeit beschränkte sich nicht nur auf die sehr wichtigen bilateralen Beziehungen, sondern umfasste auch globale Fragen wie den Nahostfriedensprozess und die Verbreitung von Kernwaffen.

³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 10. Februar 2010 eine Entschließung zum Erdbeben in Haiti (P7_TA-PROV(2010)0015).

A. Tätigkeitsüberblick nach Regionen

Naher Osten und südliche Nachbarländer

Im Jahr 2010 gab es kaum substanzielle Fortschritte in Richtung auf eine Lösung des **arabisch-israelischen Konflikts**⁴⁵⁶. Indirekte und danach auch direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern fanden durch Vermittlung der USA statt. Diese Gespräche wurden jedoch Ende September aufgrund des Ablaufens des israelischen Siedlungsmoratoriums eingestellt. Die Hohe Vertreterin besuchte erneut das besetzte palästinensische Gebiet und Israel (im Juli und im September), um die Bereitschaft der Parteien zu Verhandlungen zu stärken. In den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2010 forderte die EU dringend Fortschritte auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung. Die EU bedauerte, dass das Moratorium nicht verlängert wurde, forderte erneut alle Parteien auf, von provozierenden einseitigen Handlungen und Gewalttätigkeiten Abstand zu nehmen, umriss ihre Haltung hinsichtlich der wichtigen Frage des endgültigen Status und betonte, wie wichtig eine intensivierte Koordinierung mit dem Quartett ist. Unter Hinweis auf die Erklärung von Berlin wiederholte die EU, dass sie bereit ist, gegebenenfalls einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Die EU appellierte zudem wiederholt an jene, die den entführten israelischen Armeeangehörigen Gilad Shalit gefangen halten, diesen unverzüglich freizulassen.

⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 10. März 2010 eine Entschließung zur Umsetzung der Goldstone-Empfehlungen zu Israel/Palästina (P7_TA-PROV(2010)0054).

⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. März 2010 eine Entschließung zu Gilad Shalit (P7_TA-PROV(2010)0066).

⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zu dem israelischen Militäreinsatz gegen den humanitären Schiffsverband und der Blockade des Gaza-Streifens (P7_TA-PROV(2010)0235).

Ernste Sorgen bereiteten der EU auch weiterhin die fortgesetzten Siedlungsaktivitäten, die Lage in Ostjerusalem und der Zugang zum Gazastreifen. Die EU bekräftigte auch weiterhin ihre Auffassung, dass die Siedlungen gegen das Völkerrecht verstößen, ein Hindernis für den Frieden sind und eine Bedrohung für eine Zweistaatenlösung darstellen. Im Zusammenhang mit der Bekundung ihrer Besorgnis über Ostjerusalem wies die EU ferner darauf hin, dass sie die Annexion Ostjerusalems niemals anerkannt hat. In Bezug auf Gaza vertrat die EU weiter die Ansicht, dass es ungeachtet einiger Fortschritte im Anschluss an den Beschluss der israelischen Regierung über die Lockerung der Blockade – einschließlich bestimmter Erleichterungen für Ausfuhren aus Gaza in die EU – weiterer Anstrengungen und ergänzender Maßnahmen bedarf, um einen grundlegenden politischen Kurswechsel zu bewirken, der die wirtschaftliche Erholung von Gaza ermöglicht und gleichzeitig den legitimen Sicherheitsanliegen Israels Rechnung trägt. Die EU schlug ein umfassendes Paket für den Gazastreifen vor, in dessen Mittelpunkt die Verbesserung der Infrastruktur an den Grenzübergängen und die Bereitstellung von Ausrüstung sowie Schulungen für die Grenzbehörden der Palästinensischen Behörde stehen. Erneut wurde die Bedeutung der Unterstützung durch den privaten Sektor hervorgehoben. Bei der innerpalästinensischen Aussöhnung waren keine Fortschritte zu verzeichnen.

Die EU unterstützte weiterhin den **Aufbau eines palästinensischen Staates** in Einklang mit dem Zweijahresplan von Premierminister Fayyad, der im Hinblick auf die Bereitschaft der Palästinensischen Behörde zur Errichtung eines Staates in naher Zukunft positive Ergebnisse gezeigt hat.

Die EU und **Israel** pflegten auch weiterhin enge bilaterale Beziehungen und einen offenen politischen Dialog im Rahmen des bestehenden Aktionsplans. Das politische Klima in **Ägypten** war 2010 durch äußerst umstrittene Parlamentswahlen gekennzeichnet, die von Berichten über Unregelmäßigkeiten und Wahlmanipulation überschattet wurden. Auf der Tagung des Assoziationsrates EU–Ägypten vom April 2010 wurde die politische Zusage bekräftigt, die bilateralen Beziehungen auf der Grundlage der vollständigen Umsetzung des ENP-Aktionsplans auszuweiten. Der Dialog geriet gegen Ende des Jahres ins Stocken.

Nach einer Phase relativer Stabilität polarisierte sich die politische Lage in **Libanon** im zweiten Halbjahr im Zusammenhang mit dem Sondergerichtshof für Libanon, der die Ermittlungen zum Mord an Premierminister Rafik Hariri führt. Auf der Tagung des Assoziationsrates vom Juni 2010 brachte die EU ihre Bereitschaft zur engeren Zusammenarbeit mit der Regierung **Libanons** bei deren Reformagenda vom Dezember 2009 zum Ausdruck.

Die Arbeiten im Hinblick auf einen neuen Aktionsplan EU–Tunesien, in dem sich Tunesiens Bereitschaft zur Vertiefung seiner Beziehungen zur EU und allen ihren Institutionen niederschlägt, wurden im Juli 2010 aufgenommen. In der zweiten Dezemberhälfte 2010 kam es zu Demonstrationen der Bevölkerung **Tunesiens** gegen die Herrschaft von Präsident Ben Ali. Die repressiven Maßnahmen der Regierung konnten die Demonstranten nicht aufhalten und der Protest breitete sich auf mehrere Städte aus; es wurden Reformen und Ben Alis Rücktritt gefordert – Vorboten der umfassenden Protestbewegungen in der arabischen Welt.

Die Spannungen zwischen progressiven und konservativen Kräften in **Libyen**⁷ ließen Ende des Jahres keine Vorhersage über den künftigen Kurs des Landes zu.

Die Bemühungen der EU um Regelung der **iranischen**⁸ **Nuklearfrage** wurden unter aktiver Beteiligung der Hohen Vertreterin im Rahmen des zweigleisigen Ansatzes von Druck und Engagement fortgesetzt (Näheres siehe B.1 – Nichtverbreitung und Abrüstung).

Die EU entsandte ein Wahlbeurteilungsteam, um die Nationalwahlen in **Irak**⁹ im März zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. Die Plattform für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Irak wurden durch die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Energiezusammenarbeit im Januar 2010, durch die Paraphierung des Entwurfs eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens im Frühjahr 2010 und die Annahme des allerersten mehrjährigen Strategiepapiers über Hilfe für Irak im November 2010 erweitert. Im Rahmen von EUJUST LEX Iraq finden weiterhin Schulungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit in Irak statt.

Als bereits eines der ärmsten Länder der arabischen Welt und im Grunde ein zerfallender Staat war **Jemen**¹⁰ mit anhaltenden innenpolitischen Unruhen konfrontiert. Die EU setzte den 2009 angenommenen Umfassenden Ansatz fort und beteiligte sich an dem "Friends of Yemen"-Prozess. In Sanaa wurde im Januar 2010 eine vollständige EU-Delegation eingerichtet.

⁷ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zu den Hinrichtungen in Libyen (P7_TA-PROV(2010)0246).

⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. September 2010 eine Entschließung zur Lage der Menschenrechte in Iran, insbesondere den Fällen von Sakineh Mohammadi Ashtiani und Zahra Bahrami (P7_TA-PROV(2010)0310).

⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. November 2010 eine Entschließung zum Irak – Todesstrafe, insbesondere im Fall von Tariq Aziz, und Angriffe auf christliche Gemeinschaften (P7_TA-PROV(2010)0448).

¹⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 10. Februar 2010 eine Entschließung zur Lage in Jemen (P7_TA-PROV(2010)0017).

Auf der gemeinsamen Ministertagung des EU-**Golf-Kooperationsrates** vom Juni 2010, der ersten Tagung unter Vorsitz der Hohen Vertreterin, wurde ein neues gemeinsames Aktionsprogramm für eine engere Zusammenarbeit in Bereichen von Wirtschaft über Umwelt bis hin zu Bildung gebilligt.

Im Anschluss an die Annahme eines gemeinsamen Dokuments über den fortgeschrittenen Status **Marokkos** im Jahr 2008 wurden im Dezember 2010 die Verhandlungen über einen ersten Entwurf des neuen Aktionsplans EU–Marokko aufgenommen.

Im Juni 2010 hielten die EU und **Algerien** die fünfte Tagung des Assoziationsrates auf der Grundlage des Assoziierungsabkommens von 2005 ab; dabei verständigten sie sich darauf, ambitionierter und engagierter am Ausbau ihrer Beziehungen zu arbeiten.

Auf der neunten Tagung des Assoziationsrates EU–**Jordanien**¹¹ wurde politisches Einvernehmen über eine weitergehende Partnerschaft und den Abschluss der fachlichen Verhandlungen über den neuen ENP-Aktionsplan EU–Jordanien bekanntgegeben. Der neue Aktionsplan zeigt, dass die Partnerschaft zwischen der EU und Jordanien auf ehrgeizige Ziele hin angelegt ist und dass in Bezug auf folgende Fragen gemeinsames, tiefes Einverständnis herrscht: Engagement beider Seiten für eine engere Integration, Tempo und Umfang der erforderlichen Reformen und fortlaufende Unterstützung der EU zur Beseitigung der im Hinblick auf einen Ausbau der Beziehungen noch bestehenden Hindernisse.

Die EU engagierte sich weiterhin in Syrien¹² und bemühte sich um Fortschritte bei der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens; Damaskus hat in diesem Zusammenhang jedoch noch keine Entscheidung getroffen. Die EU bedauerte auch weiterhin die mangelhafte Zusammenarbeit Syriens mit der IAEA zur Lösung der offenen Fragen im Zusammenhang mit der vermeintlichen Atomanlage in Dair Alsur.

¹¹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 9. September 2010 eine Entschließung zum Zustand des Jordan unter besonderer Berücksichtigung des Gebiets an seinem Unterlauf (P7_TA-PROV(2010)0314).

¹² Das Europäische Parlament verabschiedete am 9. September 2010 eine Entschließung zu den Menschenrechten in Syrien, insbesondere dem Fall Haythan Al-Maleh (P7_TA-PROV(2010)0316).

Das **Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum**¹³ wurde in Barcelona eingerichtet und wird von der Kommission kofinanziert. Trotz des politischen Stillstands zwischen Israelis und Arabern, der zu einer Verschiebung des Gipfels führte, gibt es noch Mittel und Wege, um sicherzustellen, dass die praktische Arbeit der Union für den Mittelmehrtraum fortgeführt wird. Das Sekretariat wird sich auf die auf dem Gipfel von Paris (2008) festgelegten sechs Prioritäten konzentrieren: Umwelt und Wasser, soziale und Bürgerangelegenheiten einschließlich Bevölkerungsschutz, Energie einschließlich erneuerbare Energiequellen, Verkehr und Stadtentwicklung, Koordinierung der Projektfinanzierung und Unternehmensförderung sowie Hochschulausbildung und Forschung.

Russland, östliche Nachbarländer und Zentralasien

Russische Föderation

In den Beziehungen zwischen der **EU und Russland** war 2010 eine Reihe positiver Entwicklungen zu verzeichnen. Dazu gehörten die förmliche Gründung der Partnerschaft für Modernisierung, der Prozess hin zum Abschluss der bilateralen Verhandlungen über Russlands WTO-Beitritt, die Einigung über ein Konzept für eine etwaige künftige Vereinbarung über eine Befreiung von der Visumpflicht sowie zwei Gipfeltreffen¹⁴ in besonders konstruktiver Atmosphäre. 2010 wurden auf verschiedenen Ebenen mehr als 30 Tagungen im Rahmen des förmlichen politischen Dialogs abgehalten. Die EU setzte sich weiterhin dafür ein, dass Russland als einer ihrer strategischen Partner in das regelgestützte internationale System integriert wird. In vielen der internationalen Fragen, die auf der außenpolitischen Tagesordnung der EU ganz oben stehen, wie Iran, Naher und Mittlerer Osten, Afghanistan und die langwierigen Konflikte in der gemeinsamen Nachbarschaft, führte die EU den Dialog mit Russland fort, da auf beiden Seiten Interesse daran besteht, hier Fortschritte zu erzielen. Die EU setzte auch ihre Zusammenarbeit mit Russland bei globalen Themen wie Klimawandel, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, organisiertes Verbrechen, illegaler Handel jeglicher Art und Energiesicherheit fort.

¹³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 20. Mai 2010 eine Entschließung zur Union für den Mittelmeerraum (P7_TA-PROV(2010)0192).

¹⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens EU–Russland (31. Mai – 1. Juni 2010) (P7_TA-PROV(2010)0234).

Im Jahr 2010 kristallisierte sich die "Modernisierung" als zentrales Thema der Amtszeit von Präsident Medwedew heraus. Russland sieht dabei seinen natürlichen Partner in der EU. Die Ausgestaltung der **Partnerschaft für Modernisierung** EU–Russland kam 2010 voran, was ein Beleg für die starke gegenseitige Abhängigkeit der beiden Partner und für das gemeinsame Interesse an einer engeren Zusammenarbeit ist.

Die Verhandlungen über ein neues **Abkommen zwischen der EU und Russland** wurden 2010 im Rahmen von fünf Treffen fortgeführt. Das vereinbarte Ziel ist der Abschluss eines strategischen Abkommens, das einen umfassenden Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und Russland für die absehbare Zukunft vorgibt und die Entfaltung des Potenzials unserer Beziehungen fördert. Dieses Abkommen soll eine verbesserte Rechtsgrundlage schaffen und rechtsverbindliche Verpflichtungen in allen wichtigen Bereichen der Beziehungen enthalten, wie sie in den vier vereinbarten gemeinsamen Räumen EU-Russland und den diesbezüglichen Fahrplänen vorgesehen sind. Die EU machte weiterhin darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, in allen Verhandlungsbereichen ausgewogene Fortschritte sicherzustellen, auch was die Notwendigkeit substantieller Bestimmungen zu Handel und Investitionen betrifft.

Im Bereich der **äußeren Sicherheit** fanden aufgrund der positiven Erfahrungen mit Russlands Beitrag zur Militäroperation EUFOR TCHAD/DRC und der Abstimmung mit EUNAVFOR ATALANTA informelle Sondierungsgespräche über ein Rahmenabkommen über Russlands Teilnahme an den 2010 eingeleiteten Krisenbewältigungsoperationen der EU statt. Am 1. Juni 2010 unterzeichneten die EU und Russland ein Sicherheitsabkommen.

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die innenpolitischen Entwicklungen in Russland gaben im Jahr 2010 weiter Anlass zur Besorgnis. Die Lage im nördlichen Kaukasus und die Lage von Menschenrechtsverteidigern wie Oleg Orlow¹⁵ waren besonders besorgniserregend. Die EU brachte diese Punkte bei den Treffen im Rahmen des politischen Dialogs mit Russland und auch bei Gipfeln zur Sprache. Im Jahr 2010 haben zwei Runden der Menschenrechtskonsultationen zwischen der EU und Russland stattgefunden. Dabei konnte die EU ihre Bedenken ausführlicher darstellen sowie auf konkrete Fälle und die Ermordung von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern eingehen.

¹⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 21. Oktober 2010 eine Entschließung zur Menschenrechtslage im Nordkaukasus (Russische Föderation) und dem Strafverfahren gegen Oleg Orlow (P7_TA-PROV(2010)0390).

Östliche Nachbarländer

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden 2010 im Rahmen der Vorbereitungen der Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik auch Überlegungen über die **Östliche Partnerschaft** angestellt. Die GASP-Aspekte blieben in der Östlichen Partnerschaft bisher weitgehend unberücksichtigt, doch es gibt immer mehr Anknüpfungspunkte zur allgemeinen Außenpolitik. Die Programme im bilateralen Teil der Partnerschaft zielen auf die Unterstützung wesentlicher Reformen und vertrauensbildender Maßnahmen als Vorbedingungen der Konfliktbeilegung ab. An solchen Maßnahmen wurde im Kontext des Genfer Prozesses über die Konflikte in Georgien^{16 17} gearbeitet; gegenüber der transnistrischen Region der Republik Moldau wurden sie aktiv vorangetrieben. Die Regierung der Republik Moldau hat bei Gesprächen über den Transnistrienkonflikt stets darauf hingewiesen, dass die mit Hilfe der EU durchgeführten Reformen zur Attraktivität Moldaus für die Bevölkerung der abtrünnigen Region beitragen werden.

Die Verhandlungen mit der **Ukraine**^{18 19 20} über ein neues Assoziierungsabkommen, das die Schaffung einer weitreichenden und umfassenden Freihandelszone umfasst, machten weiterhin Fortschritte. Die EU ist nach wie vor zuversichtlich, dass es bis Ende 2011 geschlossen werden könnte, wenn die Ukraine den politischen Willen aufbringt, die noch offenen Fragen zu klären. Die Hohe Vertreterin nahm im Februar 2010 an der Amtseinführungsfeier von Präsident Janukowytsch teil, und der Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy besuchte Kiew im Juli 2010. **Die politische und wirtschaftliche Stabilität in der Ukraine wurde 2010 zwar wiederhergestellt, doch es gab Bedenken, dass diese Stabilität mit negativen Tendenzen bei der Demokratisierung einherging. Dieses Thema hatte hohen Stellenwert bei den Kontakten zwischen der EU und der Ukraine.**

¹⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. Dezember 2010 eine Entschließung zum Abkommen zwischen der EU und Georgien zur Erleichterung der Visaerteilung (P7_TA-PROV(2010)0464).

¹⁷ Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. Dezember 2010 eine Entschließung zum Abkommen zwischen der EU und Georgien über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (P7_TA-PROV(2010)0472).

¹⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. Februar 2010 eine Entschließung zur Lage in der Ukraine (P7_TA-PROV(2010)0035).

¹⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 18. Mai 2010 eine Entschließung bezüglich einer Makrofinanzhilfe für die Ukraine (P7_TA-PROV(2010)0169).

²⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. November 2010 eine Entschließung zur Ukraine (P7_TA-PROV(2010)0444).

Die Verhandlungen mit der Republik **Moldau**²¹ ²² über ein neues Assoziierungsabkommen wurden im Januar 2010 aufgenommen und schritten das ganze Jahr über gut voran. Die EU setzte ihre Unterstützung des Reformprozesses in Moldau fort. Gleichzeitig beteiligte sich die EU weiterhin intensiv an den Bemühungen um die Beilegung des Transnistrienkonflikts, es gab jedoch nur wenige konkrete Fortschritte. Der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) nahm am 22. Februar 2010 Schlussfolgerungen zur Republik Moldau sowie einen Beschluss zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau an, gleichzeitig wurde ihre Anwendung bis September 2010 ausgesetzt. Der Rat bedauerte bei dieser Gelegenheit auch, dass auf dem Weg zur politischen Beilegung des Transnistrienkonflikts keine substanziel len Fortschritte erzielt worden waren.

Die EU zeigte 2010 im **südlichen Kaukasus**²³ weiterhin starkes Engagement, was die Besuche der Hohen Vertreterin beim georgischen Präsidenten am 25. März 2010 und beim armenischen Präsidenten am 27. Mai 2010 belegen. Am 17. Juni 2010 wurde das Abkommen zwischen der EU und Georgien zur Erleichterung der Visaerteilung und am 22. November 2010 das Abkommen über die Rückübernahme unterzeichnet. Die Arbeiten zur Vertiefung der vertraglichen Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf der Grundlage der Prinzipien der Inklusivität, Differenzierung und Konditionalität wurden fortgesetzt. Im Mai 2010 genehmigte der Rat die Aufnahme von Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien. In seinen Schlussfolgerungen vom 14. Juni 2010 stellte der Rat fest, dass die Verhandlungen über künftige Assoziierungsabkommen, die auch weit reichende und umfassende Freihandelszonen vorsehen, aufgenommen würden, sobald die Länder die erforderlichen Voraussetzungen erfüllten. Mit jedem der drei Länder konnten die Verhandlungen im Juli 2010 aufgenommen werden und sind seither gut vorangeschritten. Die EU-Beobachtungsmission (EUMM) in Georgien bleibt weiter im Einsatz.

²¹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 21. Oktober 2010 eine Entschließung zu den umgesetzten Reformen und den Entwicklungen in der Republik Moldau (P7_TA-PROV(2010)0385).

²² Das Europäische Parlament verabschiedete am 24. November 2010 eine Entschließung zu dem Protokoll zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EG und der Republik Moldau (P7_TA-PROV(2010)0428).

²³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 20. Mai 2010 eine Entschließung zu der Notwendigkeit einer EU-Strategie für den Südostkaukasus (P7_TA-PROV(2010)0193).

Die innenpolitischen Entwicklungen in **Belarus**²⁴ hatten es der EU erlaubt, die Beziehungen schrittweise auszuweiten, bis die Ereignisse Ende 2010 das Bild drastisch veränderten. In seinen Schlussfolgerungen vom 25. Oktober 2010 hatte der Rat erneut die Bereitschaft der EU bestätigt, ihre Beziehungen zu Belarus zu vertiefen und Unterstützung zu leisten, sofern es positive Entwicklungen hinsichtlich Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit gebe. Der Rat blieb weiter besorgt über die Lage der Demokratie und der Menschenrechte in Belarus, was die EU davon abhielt, die restriktiven Maßnahmen gegen bestimmte belarussische Amtsträger vollständig aufzuheben. Der positive Trend wurde durch die Präsidentschaftswahlen in Belarus am 19. Dezember 2010 und das gewaltsame Vorgehen der Behörden beendet. Dies löste in der EU eine heftige Reaktion aus: Am 20. Dezember 2010 gab die Hohe Vertreterin eine Erklärung ab, in der sie die Situation kritisierte, und am 23. Dezember 2010 gaben die Hohe Vertreterin und US-Außenministerin Hillary Clinton eine gemeinsame Erklärung zur Lage nach der Wahl ab.

Zentralasien

Die Strategie der EU für Zentralasien wie auch der politische Dialog und die technische Zusammenarbeit wurden 2010 fortgeführt. Im Mittelpunkt eines Ministertreffens zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten vom April 2010 standen gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen wie Terrorismus, Menschenhandel und Drogenschmuggel, Nichtverbreitung und Energiesicherheit. Im Laufe des Jahres fanden weitere Treffen auf hoher politischer Ebene statt. Im Juni 2010 wurde dem Europäischen Rat der zweite gemeinsame Fortschrittsbericht des Rates und der Kommission über die Umsetzung der Strategie für Zentralasien unterbreitet; darin wird festgestellt, dass die Umsetzung gut vorankommt und dass stärker darauf geachtet werden sollte, dass die Bemühungen der EU in der Region mehr Publizität erhalten und die Zusammenarbeit in politischen Fragen intensiviert wird. Es fanden zahlreiche Gespräche zwischen dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien und den Ländern der Region sowie mit dritten Parteien über die Lage in der Region statt.

²⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. Februar 2010 eine Entschließung zur Lage der Zivilgesellschaft und der nationalen Minderheiten in Belarus (P7_TA-PROV(2010)0055).

Die EU blieb besorgt angesichts der **Menschenrechtslage** in Zentralasien und brachte diese Fragen bei allen hochrangigen Treffen mit den betreffenden Ländern zur Sprache. Entsprechend der Strategie für Zentralasien hat die EU mit allen Ländern der Region Menschenrechtsdialoge eingerichtet. Im Laufe des gesamten Jahres 2010 wurden solche Konsultationen mit den zentralasiatischen Ländern geführt. Nach einer Prüfung der Lage in **Usbekistan** nahm der Rat am 25. Oktober 2010 Schlussfolgerungen an, in denen er die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der EU und Usbekistan in einer Reihe von Bereichen begrüßt, aber auch seine ernste Besorgnis über die Menschenrechtslage in Usbekistan zum Ausdruck bringt.

Die EU unterstützte in enger Zusammenarbeit mit den VN, der OSZE und anderen internationalen Akteuren **Kirgisistan** bei der Bewältigung des politischen Umbruchs im April und der Unruhen im Juni 2010. Das Engagement der EU, in dessen Rahmen dem EU-Sonderbeauftragten eine wichtige Rolle zukam, spiegelte sich in mehreren öffentlichen Erklärungen der Hohen Vertreterin und des Vorsitzes wider.

Westliche Balkanstaaten

Die westlichen Balkanstaaten standen auch 2010 ganz oben auf der Tagesordnung der EU. Die Hohe Vertreterin besuchte im Februar 2010 Sarajevo, Pristina und Belgrad, um sich für politischen Dialog sowie Fortschritte bei der Annäherung an die EU einzusetzen. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, besuchte die Region und sicherte ihr die generelle Unterstützung für ihre europäische Perspektive zu. Mit der EU-Polizeimission und EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina sowie der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX Kosovo) sind drei wichtige GSVP-Missionen in dieser Region im Einsatz und leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilität, zur Reform des Sicherheitssektors und zur Rechtsstaatlichkeit.

Am 8. November 2010 beschloss der Rat, die Visumpflicht für die Bürger Albaniens sowie Bosnien und Herzegowinas²⁵ mit Wirkung vom 16. Dezember 2010 aufzuheben. Im Dezember 2010 nahm der Rat zur Kenntnis, dass die Kommission die Absicht hat, mit dem Kosovo einen Dialog über die Visaliberalisierung aufzunehmen, sobald alle Voraussetzungen erfüllt sind, und dass die Kommission außerdem die Absicht hat, vor Aufnahme eines solchen Dialogs den Rat darüber zu informieren, inwieweit die genannten Voraussetzungen ihrer Einschätzung nach erfüllt sind.

²⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 7. Oktober 2010 eine Entschließung zu den Drittländern, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen (einschließlich der Befreiung Albaniens und Bosnien und Herzegowinas von der Visumpflicht) (P7_TA-PROV(2010)0349).

Der **Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess** (SAP) bildet nach wie vor den übergreifenden politischen Rahmen für die Beziehungen und Verhandlungen mit den westlichen Balkanstaaten. Der Rat bekräftigte 2010, dass er sich unmissverständlich zur europäischen Perspektive der westlichen Balkanstaaten, die für die Stabilität, die Aussöhnung und die Zukunft der Region nach wie vor von wesentlicher Bedeutung ist, bekennt, so wie dies auf der hochrangigen Tagung zum Thema "Westliche Balkanstaaten", die am 2. Juni 2010 in Sarajevo stattfand, erneut bestätigt wurde. Der Rat bekräftigte außerdem, dass eine faire und strikte Konditionalität im Rahmen des SAP und gemäß dem erneuerten Konsens über die Erweiterung, den der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 14./15. Dezember 2006 gebilligt hat, gewahrt werden muss.

Die EU bekräftigte noch einmal die Bedeutung der **regionalen Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen** für den Prozess der Annäherung an die EU. Im Jahr 2010 wurden zwar erhebliche Fortschritte erzielt, dennoch stehen alle weiterhin vor Herausforderungen. Dazu gehören ein konstruktiver politischer Dialog, die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Gewährleistung der Meinungsfreiheit, der Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, die Effizienz und Unabhängigkeit des Justizwesens, Verbesserung der Verwaltungskapazitäten sowie die Bearbeitung und Lösung offener bilateraler Fragen. Der Südosteuropäische Kooperationsprozess (SEECP) hatte darauf einen positiven Einfluss. Der Regionale Kooperationsrat (RCC) hat die Zusammenarbeit in der Region in einer Reihe von Schlüsselbereichen weiter gestärkt.

Kroatien erzielte 2010 substanziale Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen, die in die Endphase eingetreten sind. Der Rat forderte Kroatien auf, alle noch offenen bilateralen Fragen zu klären, insbesondere Grenzstreitigkeiten, und dabei der Bedeutung gutnachbarlicher Beziehungen Rechnung zu tragen.

Nachdem **Serbien** 2009 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hat, ersuchte der Rat die Kommission am 25. Oktober 2010, ein Gutachten zu erstellen.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit **Montenegro** trat am 1. Mai 2010 in Kraft. Der Europäische Rat verlieh Montenegro am 16. Dezember 2010 den Status eines Bewerberlandes.

Das Interimsabkommen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina sowie das seit dem 1. Februar 2010 wirksame Interimsabkommen zwischen der EU und Serbien wurden weiter angewandt, da noch nicht alle Verfahren für das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens abgeschlossen waren.

Was **Bosnien und Herzegowina**²⁶ betrifft, hat der Rat nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 das Land im Dezember 2010 erneut aufgefordert, in einen konstruktiven politischen Dialog einzutreten, damit eine gemeinsame Vision der Zukunft des Landes entwickelt und die EU-Agenda im Regierungsprogramm verankert werden kann. Die EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina setzte ihre Arbeit fort. EUFOR Althea war weiterhin wirksam im Einsatz, und die Sicherheitslage insgesamt blieb ruhig und stabil. **Im Kosovo**²⁷ erhält die Europäische Union – durch ihren Sonderbeauftragten (EUSR Kosovo) und die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX Kosovo) – ihre starke Präsenz aufrecht und fördert die Achtung der Menschenrechte sowie den Schutz von Minderheiten und des kulturellen und religiösen Erbes. Im Jahr 2010 galt das Interesse des EU-Sonderbeauftragten unter anderem der Unterstützung des politischen Prozesses und dem Beitrag zu regionaler Zusammenarbeit und Stabilität. Die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX Kosovo) spielte weiterhin eine maßgebliche stabilisierende Rolle.

Der Rat bekundete im Dezember 2010 erneut die Bereitschaft der EU, einen Prozess des Dialogs zwischen Belgrad und Pristina, wie er in der Resolution 64/298 der VN-Generalversammlung begrüßt wurde, zu erleichtern, die Zusammenarbeit zu fördern, Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu erzielen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Der Dialogprozess an sich dürfte bereits einen Faktor für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region darstellen. Der Rat begrüßte die Zusage Pristinas und Belgrads, auf dieser Basis Gespräche aufzunehmen, und forderte sie auf, sich konstruktiv zu verhalten.

Im Dezember 2010 forderte der Rat die politischen Parteien in **Albanien**²⁸ nachdrücklich auf, den derzeitigen politischen Stillstand (seit den Wahlen vom Juni 2009) zu überwinden, indem sie einen konstruktiven und dauerhaften politischen Dialog einrichten, um die von der EU angemahnten Reformen voranzubringen, wozu auch zählt, ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Parlaments zu gewährleisten.

²⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zur Lage in Bosnien und Herzegowina (P7_TA-PROV(2010)0238).

²⁷ Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. Juli 2010 eine Entschließung zum Kosovo (P7_TA-PROV(2010)0281).

²⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. Juli 2010 eine Entschließung zu Albanien (P7_TA-PROV(2010)0282).

Die 2008 gebildete Koalitionsregierung in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM)** ist weiterhin arbeitsfähig und stabil. In seinen Schlussfolgerungen vom Dezember 2010 nahm der Rat die Empfehlung der Kommission zur Kenntnis, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, und erklärte, dass er sich unter dem nächsten Vorsitz erneut mit dieser Frage befassen werde.

Die Wahrung gutnachbarlicher Beziehungen, wozu auch eine auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte, von beiden Seiten akzeptierte Lösung der Namensfrage unter der Schirmherrschaft der VN gehört, ist von entscheidender Bedeutung.

Asien

Angesichts des immer stärker werdenden Einflusses **Chinas**²⁹ auf regionaler Ebene und weltweit hat die EU China dazu aufgerufen, seinen Beitrag zur Förderung der regionalen Stabilität zu leisten und aktiv an Lösungen für regionale Krisen und der Bewältigung globaler Herausforderungen mitzuwirken. In der ersten Jahreshälfte lag der Schwerpunkt dabei auf der Konsolidierung der bilateralen Beziehungen unter den Rahmenbedingungen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Der China-Besuch des Kommissionskollegiums im Mai und der erste strategische Dialog zwischen Staatsrat Dai Bingguo und der Hohen Vertreterin im September – ebenfalls in China – haben zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses beigetragen. Im Rahmen einer Überprüfung der strategischen Partnerschaften durch die EU hat sich der Europäische Rat am 16. September 2010 darauf verständigt, dass die EU ihre Interessen und Werte gegenüber China konsequenter und in einem Geist der Gegenseitigkeit und des gegenseitigen Nutzens vertreten muss. Dies bildete den Hintergrund für das 13. Gipfeltreffen zwischen der EU und China, das am 6. Oktober 2010 in Brüssel stattfand. Die EU ist über die Verschlechterung der Menschenrechtslage in China besorgt. Die Reaktion Chinas auf die Entscheidung, dem inhaftierten Dissidenten Liu Xiaobo³⁰ den Friedensnobelpreis zu verleihen, hat die bilateralen Beziehungen zum Jahresende 2010 belastet.

Im Rahmen der laufenden Überprüfung der strategischen Partnerschaften der EU hat die Hohe Vertreterin dem Europäischen Rat im Dezember 2010 einen ersten Sachstandsbericht zur strategischen Partnerschaft mit China vorgelegt. Die diesbezüglichen Beratungen werden in die Vorbereitungen für das 14. Gipfeltreffen einfließen, während zugleich die Kontakte auf hoher Ebene zwischen beiden Seiten fortgesetzt werden.

²⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. November 2010 eine Entschließung zur Lage in Tibet: Pläne, Chinesisch zur wichtigsten Unterrichtssprache zu machen (P7_TA-PROV(2010)0449).

³⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 22. Januar 2010 eine Entschließung zu Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere zum Fall Liu Xiaobo (Dokument P7_TA-PROV(2010)0006).

Der **EU-Japan-Gipfel** (28. April 2010) war ein Erfolg. Im Jahr 2010 haben die EU und Japan in Regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan zusammengearbeitet und beschlossen, weiter eine Kooperation beim Aufbau afghanischer Polizeikapazitäten zu sondieren und ein Seminar zum Kapazitätenaufbau in Tadschikistan zu veranstalten, mit dem die Grenzschutzkapazitäten verbessert werden sollen. Japan hat erstmalig Interesse bekundet, Zivilpersonal für die zivilen GSVP-Missionen bereitzustellen. Die Einheiten der EU NAVFOR ATALANTA und der japanischen Selbstverteidigungs-Seestreitkräfte haben erfolgreich zusammengearbeitet. Die EU und Japan haben auch ihre Unterstützung für die Tätigkeiten des geplanten Schulungszentrums in Dschibuti und der Zentren für Informationsaustausch in Jemen, Kenia und Tansania koordiniert.

Auf dem Gipfeltreffen **EU-Republik Korea** (6. Oktober 2010) hat die EU ein Freihandelsabkommen mit Südkorea unterzeichnet und ihre Beziehungen zu Seoul zu einer strategischen Partnerschaft aufgewertet. Im Jahr 2010 hat die EU Erklärungen abgegeben, in denen sie gegen die Republik Korea gerichtete Aktionen der DVRK, bei denen der Verlust von Menschenleben zu beklagen war, verurteilt hat.

Was **Afghanistan**³¹ betrifft, so wurde der Übergangsprozess, der darauf abzielt, der afghanischen Regierung schrittweise Verantwortung zu übertragen, 2010 mit den Konferenzen von London und Kabul sowie dem NATO-Gipfel in Lissabon eingeleitet. Auch wurden die zivile Hilfe und die regionale Zusammenarbeit verstärkt. In Kabul wurde erstmals ein Delegationsleiter/EU-Sonderbeauftragter in dieser Doppelfunktion ernannt, um entsprechend dem Aktionsplan die Präsenz der EU vor Ort zu verstärken. Ferner entsandte die EU anlässlich der Parlamentswahlen 2010 ein Wahlbeurteilungsteam nach Afghanistan. Die Polizeimission der EU in Afghanistan (EUPOL Afghanistan) hat weiterhin im Interesse des afghanischen Volkes zu Frieden und Sicherheit in einer auf Rechtsstaatlichkeit basierenden Gesellschaft beigetragen.

³¹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Dezember 2010 eine Entschließung über eine neue Strategie für Afghanistan (P7_TA-PROV(2010)0490).

Die EU hat am 4. Juni 2010 den zweiten Ad-hoc-Gipfel mit **Pakistan**³² veranstaltet. Zur Untermauerung des strategischen Dialogs sind die EU und Pakistan übereingekommen, einen Fünfjahresplan aufzustellen, in dem konkrete Maßnahmen für gemeinsame Aktionen festgelegt werden. Die EU reagierte im Sommer 2010 rasch auf eine der schwersten Überschwemmungen in der Geschichte Pakistans, von der über 20 Mio. Menschen betroffen waren. Am 16. September 2010 verständigte sich der Europäische Rat auf die Ausarbeitung eines umfassenden Pakets kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen im humanitären Bereich sowie in den Bereichen Entwicklung und Handel. Die Hohe Vertreterin und der pakistanische Außenminister veranstalteten am 15. Oktober 2010 in Brüssel gemeinsam ein Ministertreffen der Gruppe der Freunde eines demokratischen Pakistans. In dem gemeinsamen Kommuniqué, das im Anschluss an dieses Treffen herausgegeben wurde, verpflichtete sich Pakistan zur Durchführung wirtschaftlicher und institutioneller Reformen.

Die Umsetzung des EU-Plans für ein verstärktes Engagement der EU in Afghanistan und Pakistan lief 2010 vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte in beiden Ländern an.

Die Beziehungen zwischen der EU und **Indien** waren 2010 geprägt durch ein entschlossenes Vorgehen zur Stärkung der politischen und strategischen Dimension der strategischen Partnerschaft, die nach wie vor zu wenig entwickelt ist. Der erste Besuch der Hohen Vertreterin im Juni 2010 war ein erster entscheidender Schritt in diese Richtung. Im Dezember 2010 wurde unter dem Ko-Vorsitz der Präsidenten Van Rompuy und Barroso das 11. Gipfeltreffen EU-Indien veranstaltet. Die Tatsache, dass bei diesem Treffen eine Erklärung der EU und Indiens zum internationalen Terrorismus angenommen wurde, hat entscheidend zur Stärkung der politischen und strategischen Beziehungen beigetragen; dies gilt auch für die Vereinbarung, den Schwerpunkt der künftigen Sicherheitszusammenarbeit konkret auf die Bereiche Terrorismusbekämpfung, Computer- und Netzsicherheit sowie Bekämpfung der Seeräuberei zu legen. Bei all diesen Treffen wurden auch die regionalen Krisen in Südasien wie auch andere globale Themen von gemeinsamem Interesse erörtert. 2010 fand auch ein weiteres Treffen im Rahmen des Menschenrechtsdialogs Indien-EU statt (bei dem den indischen Behörden eine Liste von 20 führenden Menschenrechtsverteidigern, deren Lage von der EU aufmerksam beobachtet wird, ausgehändigt wurde); des Weiteren stattete der EU-Missionsleiter seinen inzwischen üblichen jährlichen Besuch in Kaschmir ab.

³² Das Europäische Parlament verabschiedete am 20. Mai 2010 eine Entschließung zur Religionsfreiheit in Pakistan (P7_TA-PROV(2010)0194).

Menschenrechtsfragen gehörten 2010 zu den Hauptthemen im Rahmen der Beziehungen zwischen der EU und **Sri Lanka**; in diesem Zusammenhang hat die EU im August Handelszugeständnisse im Rahmen des APS+ zurückgezogen, da das Land keinen Fahrplan für die Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen vorgelegt hat. Die EU hat dennoch die Möglichkeit offen gelassen, ausgehend von einigen sektoralen Fragen von gegenseitigem Interesse den Dialog mit Colombo wieder aufzunehmen.

Gegenüber **Birma/Myanmar** hat die EU weiter ihren mehrgleisigen Ansatz verfolgt. Dementsprechend hat sie die restriktiven Maßnahmen beibehalten und gleichzeitig weiterhin humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe geleistet. Im Rahmen von ASEM und ASEAN wurden die Kontakte und Dialoge mit den Behörden fortgeführt. Die EU hat die Bemühungen der Vereinten Nationen weiterhin unterstützt. In Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 26. April 2010 hat sich die EU weiter darum bemüht, zu Fragen der politischen Prozesse des Landes Kontakte zwischen der Regierung von Birma/Myanmar und Mitgliedern der Opposition und ethnischer Gruppierungen, darunter Aung San Suu Kyi, herzustellen. Die EU bedauerte, dass die Regierung nicht die nötigen Schritte unternommen hat, um für die Wahlen am 7. November einen freien, fairen und umfassenden Wahlprozess sicherzustellen. Die EU hielt an ihrem Engagement fest, bei einem friedlichen Übergang zu einem rechtmäßigen zivilen Regierungssystem behilflich zu sein und sich um die Freilassung aller politischen Gefangenen zu bemühen.

Die EU hat ihren politischen Dialog mit dem **ASEAN** auf Ministerebene durch die Veranstaltung einer Tagung im Mai 2010 fortgesetzt. Auf dieser Tagung wurde die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit und der Beziehungen EU-ASEAN bekräftigt. Die Minister begrüßten bei dieser Gelegenheit die Fortschritte bei der Änderung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien (TAC) mit dem Ziel, der EU den Beitritt zu diesem Vertrag zu ermöglichen, und erklärten, dass sie dem Beitritt der EU zum TAC erwartungsvoll entgegensehen. Die EU erzielte ferner bedeutende Fortschritte bei PKA-Verhandlungen mit einer Reihe von ASEAN-Ländern, insbesondere mit Vietnam und den Philippinen³³. Mit diesen beiden Ländern wurden Übereinkommen paraphiert. Ohne von ihrem strategischen Ziel eines interregionalen Freihandelsabkommens (FHA) abzurücken, hat die EU weiterhin auf bilaterale FHA mit bestimmten ASEAN-Ländern hingearbeitet und vereinbart, Verhandlungen mit Malaysia³⁴ und Singapur aufzunehmen.

³³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 21. Januar 2010 eine Entschließung zu den Philippinen (P7_TA(2010)0007).

³⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Dezember 2010 eine Entschließung zu dem Thema Malaysia: Anwendung der Prügelstrafe (P7_TA-PROV(2010)0494).

Das achte **ASEM-Gipfeltreffen** (Asien-Europa-Treffen) fand am 4./5. Oktober 2010 in Brüssel statt; die Teilnehmer – 46 Staats- und Regierungschefs sowie der Präsident des Europäischen Rates, der Präsident der Europäischen Kommission und der Generalsekretär der ASEAN – befassten sich mit der Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf globaler Ebene, der nachhaltigen Entwicklung, globalen und regionalen Fragen, den direkten persönlichen Kontakten zwischen Asien und Europa und mit Zukunft des ASEM. Neben der üblichen Erklärung des Vorsitzenden wurde auf dem Gipfeltreffen auch eine "Erklärung zu einer wirksameren Weltordnungspolitik" verabschiedet, mit der dazu beigetragen wurde, dieses Thema im Vorfeld des G20-Gipfeltreffens in Seoul in den Mittelpunkt zu rücken.

Afrika

Die EU hat auch 2010 ihre strategischen Beziehungen zur Afrikanischen Union (AU) und zu afrikanischen Regionalorganisationen weiter ausgebaut. Die **Gemeinsame Strategie Afrika-EU** stellte weiterhin den wichtigsten transkontinentalen Politikrahmen dar. Auf dem dritten Afrika-EU-Gipfel³⁵ im November 2010 wurde der zweite Aktionsplan (2011-2013) angenommen. Das ganze Jahr über fanden weitere wichtige Zusammenkünfte statt, vor allem das dritte gemeinsame Konsultationstreffen zwischen dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und dem Rat für Frieden und Sicherheit der AU.

Hinsichtlich der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit wurden Fortschritte bei der Umsetzung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) erzielt. Ein kontinentaler Ausbildungszyklus – der erste seiner Art – zur Bewertung der Kapazitäten der AU zur Planung, Organisation und Durchführung einer AU-geführten Friedensunterstützungsoperation wurde erfolgreich abgeschlossen.

Zu den wichtigsten Fortschritten im Bereich der demokratischen Staatsführung und der Menschenrechte gehörten die Einrichtung einer EU-Afrika-Plattform für den Dialog über Staatsführung, die finanzielle Unterstützung des AU-Wahlunterstützungsfonds durch die EU, die bessere Koordination zwischen den Wahlbeobachtungsmissionen der EU und der AU, die Veranstaltung von Seminaren mit Vertretern der Zivilgesellschaft über Menschenrechte, die Einführung eines zweijährlichen Menschenrechtsdialogs EU-AU und die Unterstützung der Strukturen des Afrikanischen Peer-Review-Mechanismus.

³⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 15. Dezember 2010 eine Entschließung zur Zukunft der strategischen Partnerschaft Afrika-Europäische Union nach dem dritten Gipfeltreffen EU-Afrika (P7_TA-PROV(2010)0482).

2010 wurden weitere Schritte zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und **Südafrika** unternommen. Am 28. September 2010 fand das dritte Gipfeltreffen EU-Südafrika statt, bei dem sich die Gelegenheit bot, Südafrika in seiner Eigenschaft als führender Akteur in Afrika und potenzielles Bindeglied insbesondere in Bezug auf den Klimawandel und den Aufbau eines wirksamen multilateralen Systems in die Pflicht zu nehmen. Zu weiteren wichtigen Zusammenkünften, die im Verlauf des Jahres stattfanden, gehörten das Treffen auf Ministerebene im Rahmen des politischen Dialogs am 11. Mai 2010 in Brüssel unter dem Ko-Vorsitz der Hohen Vertreterin und des südafrikanischen Ministers für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit sowie der Besuch der Hohen Vertreterin in Südafrika im Oktober.

In der **Sahel-Region** waren die eng miteinander verwobenen Probleme in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung nach wie vor präsent. Der unerlaubte Handel setzte sich fort, und europäische Bürger wurden 2010 in zunehmendem Maße Opfer von Angriffen, Entführungen und Ermordungen durch die Organisation "Al-Qaida im Islamischen Maghreb". Grenzübergreifende Bedrohungen der Sicherheit in Verbindung mit ungelösten internen Spannungen, die Anfälligkeit und die schwachen Kapazitäten der Staaten, Bildungsmangel und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für Jugendliche, standen den Entwicklungsbemühungen im Wege. Dieser Umstand gab Anlass für die Ausarbeitung einer EU-Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahel-Region. Aufbauend auf bestehenden nationalen, bilateralen und multilateralen Verpflichtungen wird die EU eng mit den Behörden der Länder der Region, der Zivilgesellschaft sowie regionalen und internationalen Gremien wie der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) zusammenarbeiten.

Die politische und sicherheitspolitische Lage in **Guinea-Bissau** hat sich infolge eines Militärputsches im April 2010, der von der EU scharf verurteilt wurde, und der anschließenden Ernennung von in verfassungswidrige Handlungen und sonstige illegale Geschehnisse verwickelten Personen in militärische Spitzenpositionen, die von der Hohen Vertreterin der EU ebenfalls scharf kritisiert wurde, weiter verschlechtert. Angesichts dieser negativen Ereignisse hat die EU beschlossen, ihre GSVP-Mission EU SSR GUINEA BISSAU zu beenden und die Möglichkeit der Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 96 des Cotonou-Abkommens sowie mögliche Sanktionen zu prüfen.

In **Guinea** hat sich die politische Lage dank des friedlichen Ausgangs der ersten freien und transparenten Wahlen seit der Unabhängigkeit des Landes und der Ernennung des neuen Präsidenten im Dezember 2010 verbessert. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg Guineas zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die EU hat eine Reihe bestehender Instrumente beibehalten: Maßnahmen nach Artikel 96, restriktive Maßnahmen einschließlich Sanktionen, ein Waffenembargo und das Einfrieren der Vermögenswerte von Mitgliedern des herrschenden Militärregimes und der mit diesen in Beziehung stehenden Personen.

In **Côte d'Ivoire**³⁶ wurde das Ergebnis der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen vom 28. November 2010 zwar von der internationalen Gemeinschaft, nicht jedoch vom Amtsinhaber akzeptiert. Dies löste eine schwerwiegende Krise aus. Die EU unterstützte mit Nachdruck die Vereinten Nationen sowie die afrikanischen Entscheidungs- und Verantwortungsträger und insbesondere die Bemühungen der ECOWAS und der Afrikanischen Union. Die EU verhängte Sanktionen gegen den Amtsinhaber und andere Personen, die in illegale, gewaltsame und antidemokratische Aktionen verwickelt waren, und sie erweiterte im Dezember 2010 die betreffende Liste, um sowohl die beteiligten Personen als auch Körperschaften zu erfassen.

Die EU war 2010 ein zentraler Akteur am **Horn von Afrika** und hat durch die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates im Juni ihr anhaltendes Engagement für die Region unter Beweis gestellt. In diesen Schlussfolgerungen wurden die Hohe Vertreterin und die Kommission aufgerufen, Vorschläge für eine umfassende EU-Strategie für die Beziehungen zum Horn von Afrika zu unterbreiten.

2010 hat die EU ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias durch einen umfassenden Ansatz verstärkt, der die GSVP-Mission EU NAVFOR Atalanta sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Seeräuberei in **Somalia** umfasst (siehe die nachstehenden Ausführungen zu den Operationen in Kapitel E *"Effizienter, fähiger und kohärent"*).

In **Somalia** hat sich die EU im Rahmen des Abkommens von Dschibuti in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen und der AU aktiv für eine friedliche und dauerhafte Überwindung der somalischen Krise eingesetzt. Die EU verstärkte ihr Eintreten für einen umfassenden Ansatz für Somalia, der politische, sicherheits- und entwicklungspolitische sowie humanitäre Aspekte umschließt. Sie leitete eine GSVP-Mission zur Ausbildung der somalischen Sicherheitskräfte (EUTM Somalia) ein.

³⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Dezember 2010 eine Entschließung zur Lage in Côte d'Ivoire (P7_TA-PROV(2010)0492).

Im Sudan standen die Wahlen vom April 2010 und insbesondere die Vorbereitungen für das Referendum über die Selbstbestimmung Südsudans im Januar 2011 im Mittelpunkt des Geschehens. Die EU hat die Wahlen wie auch die Vorbereitungen, einschließlich der Wählerregistrierung, für das Referendum überwacht. Sie unterstützte weiterhin die hochrangige Umsetzungsgruppe der AU für Sudan, die den Vertragsparteien des Umfassenden Friedensabkommens bei ihren Verhandlungen über noch offene Fragen und die Klärung von Aspekten für die Zeit nach dem Referendum erhebliche Unterstützung leistete. Im Jahr 2010 konzentrierte sich der EU-Sonderbeauftragte für Sudan auf die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens – insbesondere auf die Abhaltung allgemeiner Wahlen im April und auf die Vorbereitung des für Januar 2011 anberaumten Referendums über die Selbstbestimmung Südsudans – sowie auf die Doha-Verhandlungen, mit denen ein dauerhaftes und umfassendes Friedensabkommen für Darfur erreicht werden soll.

In Bezug auf **Madagaskar**³⁷ beschloss der Rat nach dem illegalen Sturz der Regierung im Jahr 2009, Maßnahmen nach Artikel 96 des Cotonou-Abkommens bezüglich der EU-Hilfen anzunehmen. Diese Maßnahmen ergänzten die von der AU zu einem früheren Zeitpunkt bereits getroffenen Maßnahmen. Die EU unterstützte die Vermittlung im Rahmen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC).

In der Region der **Großen Seen** wurden kontinuierliche Fortschritte bei den Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo (DRK)^{38 39} und Ruanda erzielt. Der laufende Friedensprozess im Osten der DRK erwies sich weiterhin als politisch und militärisch komplex, und die Lage in dem Land ist in Bezug auf Menschenrechte und verantwortungsvolle Staatsführung nach wie vor ernst. Durch die Präsenz der beiden GSVP-Missionen EUSEC und EU-POL, deren Mandate verlängert und aneinander angepasst wurden, engagiert sich die EU weiterhin für die Reform des Sicherheitssektors. Der EU-Sonderbeauftragte für die afrikanische Region der Großen Seen sorgte weiterhin für die Weiterverfolgung der regionalen politischen Prozesse in der Region der Großen Seen (Goma, Nairobi, Juba und Burundi), einschließlich der Mechanismen für die Zeit nach dem Friedensprozess. Ferner engagierte sich der EU-Sonderbeauftragte aktiv im Hinblick auf Aspekte, die für die EU wichtige Anliegen darstellen: der Kampf gegen sexuelle Gewalt in der DRK, die Bekämpfung der illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Kampf gegen die FDLR-Diaspora. Er gab ferner den beiden GSVP-Missionen in der DRK (EU-POL und EUSEC) auf örtlicher Ebene politische Orientierung.

³⁷ Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. Februar 2010 eine Entschließung zur Lage auf Madagaskar (Dokument P7_TA-PROV(2010)0032).

³⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo: der Fall Floribert Chebeya Bahizire (Dokument P7_TA-PROV(2010)0244).

³⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 7. Oktober 2010 eine Entschließung zum Versagen bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in der Demokratischen Republik Kongo (Dokument P7_TA-PROV(2010)0350).

Auch im Friedensprozess in **Burundi** waren Fortschritte zu verzeichnen. Die Rebellenbewegung FNL hat ihre Waffen abgegeben, demobilisiert und sich in eine politische Partei umgewandelt. Wie die EU-Wahlbeobachtungsmission bestätigt hat, ist der Wahlzyklus 2010 (Präsidenten-, Parlaments- und Kommunalwahlen) gut verlaufen.

Amerikanischer Kontinent

Im Verlauf des Jahres 2010 wurde die strategische Partnerschaft zwischen der EU und den **Vereinigten Staaten** weiter gestärkt. Es fanden häufige und enge Kontakte zwischen der Hohen Vertreterin und Außenministerin Clinton statt. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach dem Erdbeben in Haiti im Januar und der Mobilisierung internationaler Hilfe für Pakistan nach der Flutkatastrophe Mitte des Jahres.

Auf dem **Gipfeltreffen EU-USA**⁴⁰ am 20. November 2010 standen Beschäftigung und Wachstum, die Sicherheit unserer Bürger und die Außenpolitik im Mittelpunkt der Beratungen. Die Computer- und Netzsicherheit wurde als eine wichtige Sicherheitsherausforderung und als ein Kernbereich für die Zusammenarbeit zwischen der EU und USA herausgestellt, und es wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe EU-USA eingesetzt. Die Bedeutung des Transatlantischen Wirtschaftsrats (TEC), der am 17. Dezember 2010 zusammentrat, wurde betont; hervorgehoben wurde auch seine Rolle als Impulsgeber für den Handel und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Auf dem Gipfeltreffen EU-USA wurde ferner der Entwicklungsdialog EU-USA damit beauftragt, im Hinblick auf das Vierte Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das im November 2011 in Busan stattfindet, ein Arbeitsprogramm für eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit aufzustellen. Dem Gipfeltreffen ging eine Ministertagung des Energierates EU-USA unter dem Ko-Vorsitz der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und Außenministerin Clintons voraus.

Das **iranische Nuklearprogramm** gab sowohl für die EU als auch für die Vereinigten Staaten nach wie vor Anlass zu ernster Besorgnis. Zwischen EU und USA fanden flankierend zu den Gesprächen zwischen Iran und China, Frankreich, Deutschland, Russland, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und der Hohen Vertreterin der EU enge Konsultationen statt. Sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten setzten sich mit Nachdruck für die Resolution 1929 des VN-Sicherheitsrates ein, in der eine Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen Iran gefordert wird.

⁴⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. November eine Entschließung zu dem bevorstehenden Gipfeltreffen EU-USA und dem Treffen des Transatlantischen Wirtschaftsrats (Dokument P7_TA-PROV(2010)0396).

Die Zusammenarbeit EU-USA wurde auf weitere **Krisenbewältigungsoperationen** ausgedehnt, darunter EUTM Somalia, EU NAVFOR Atalanta und die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX), zu der die USA durch die Entsendung von Personal beitrugen. In Afghanistan lag der Schwerpunkt der Bemühungen auf der Zusammenarbeit von EU-POL mit der US-geführten Ausbildungsmision "Combined Security Transition Command-Afghanistan" (CSTC-A), die nun mit der neuen Ausbildungsmision für Afghanistan der NATO (NTM-A) zusammengelegt wurde. Am 18. November 2010 schlossen die EU und die USA ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Forschung im Bereich der Weltraumsicherheit. Ferner wurde die Zusammenarbeit EU-USA auf Ausbildung und Übungen ausgedehnt. Im Juni beobachteten die USA die fünfte Militärübung der EU (MILEX 10).

Die EU und die USA setzten ihre enge Zusammenarbeit bei der **Terrorismusbekämpfung** fort, unter anderem im Wege einer Vereinbarung über ein Programm zur Aufspürung der Terrorismusfinanzierung. Darüber hinaus wurden auf der Grundlage von Mandaten, die im Dezember angenommen wurden, Verhandlungen über ein Übereinkommen über Fluggastdatensätze eingeleitet.

Das Gipfeltreffen EU-**Kanada**⁴¹ im Mai 2010 in Brüssel bot Gelegenheit für Beratungen über ein breites Themenspektrum. Dazu gehörten eine Prüfung der bilateralen Agenda mit Schwerpunkt auf den laufenden Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen, die Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, internationale Fragen und der G8-Vorsitz Kanadas. Während des gesamten Jahres 2010 beteiligte sich Kanada an den GSVP-Missionen der EU in Afghanistan, den Palästinensischen Gebieten und im Kosovo. Kanadische Beobachter nahmen an Wahlbeobachtungsmissionen der EU in Sudan, Äthiopien und Burundi teil. Am 6. Dezember 2010 nahm der Rat ein Verhandlungsmandat für ein erweitertes Rahmenabkommen zwischen der EU und Kanada an.

⁴¹ Das Europäische Parlament hat am 5. Mai 2010 eine Entschließung zum bevorstehenden Gipfel EU-Kanada am 5. Mai 2010 (Dokument P7_TA-PROV(2010)0142) angenommen.

Die politischen Beziehungen zu **Lateinamerika und dem karibischen Raum**⁴² wurden 2010 weiter gefestigt. Am 18. Mai 2010 fand in Madrid das sechste Gipfeltreffen EU-Lateinamerika und Karibischer Raum unter Teilnahme des Präsidenten des Europäischen Rates, des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin statt. Auf dem Gipfeltreffen wurden die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika abgeschlossen und die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit dem Mercosur nach einem langen Stillstand wieder aufgenommen; ferner wurde die Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF) auf den Weg gebracht, die Errichtung der EU-LAK-Stiftung beschlossen und ein Aktionsplan zur Förderung der Umsetzung konkreter Maßnahmen in Schlüsselbereichen angenommen. Am Rande des Gipfeltreffens fand eine Reihe wichtiger Zusammenkünfte statt, so auch ein Außenministertreffen EU-LAK.

Auf dem Gipfeltreffen EU-**Mexiko** am 16. Mai 2010 wurde der gemeinsame Durchführungsplan für die strategische Partnerschaft EU-Mexiko förmlich gebilligt; ferner verständigte man sich darauf, sektorale politische Dialoge über makroökonomische und Sicherheitsfragen einzuleiten.

Auf dem Gipfeltreffen mit **Chile** am 17. Mai wurde bestätigt, dass die Durchführung des Assoziierungsabkommens in den letzten Jahren erfolgreich verlaufen war. Ein weiterer Schwerpunkt war die Lage nach dem Erdbeben vom Februar 2010.

Auf dem **Gipfeltreffen mit dem Mercosur** am 17. Mai 2010 wurden die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen wieder aufgenommen; ferner gingen die Gipfelteilnehmer Verpflichtungen in Bezug auf die Verhinderung von Protektionismus, eine engere Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Forschung und eine verbesserte Koordinierung in internationalen Foren ein.

Auf dem Gipfeltreffen mit der **Andengemeinschaft** am 19. Mai 2010 wurde der Abschluss der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru begrüßt und eine Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung vereinbart.

Auf dem Gipfeltreffen mit **Zentralamerika** am 19. Mai 2010 wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit zu Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit und dem Klimawandel vereinbart.

⁴² Das Europäische Parlament verabschiedete am 5. Mai 2010 eine Entschließung zur Strategie der EU für die Beziehungen zu Lateinamerika (Dokument P7_TA-PROV(2010)0141).

Die Teilnehmer des Gipfeltreffens EU-**Forum der karibischen AKP-Staaten** (CARIFORUM) am 17. Mai traten für die Erneuerung des im Frühjahr eingeleiteten regionalpolitischen Dialogs ein und beschlossen, die Arbeiten an einer gemeinsamen Strategie EU-Karibik einzuleiten, für die ein erster Rahmen abgesteckt wurde.

Die **Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika** (EUROLAT) hat zum Gipfeltreffen in Madrid beigetragen, indem sie am 15. Mai 2010 eine Reihe von Empfehlungen zu verschiedenen Themen, wie beispielsweise biregionale Zusammenarbeit, Prozess der regionalen Integration, EU-LAK-Stiftung, Migration, Klimawandel, erneuerbare Energien und Finanzkrise, vorgelegt hat.

Auf dem Gipfeltreffen EU-**Brasilien** im Juli 2010 wurde die Solidität unserer strategischen Partnerschaft bekräftigt. Schwerpunktthemen waren der Klimawandel, die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise und die G-20. Es wurden Übereinkünfte auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt unterzeichnet, und es wurde eine Initiative zur Dreieckskooperation mit Mosambik im Bereich Bioenergie auf den Weg gebracht.

Am 10. Juni 2010 fand in Paris die fünfte Runde des politischen Dialogs EU-**Kuba**⁴³ statt. Dabei kamen Menschenrechtsfragen wie auch internationale Belange wie der Klimawandel zur Sprache. Der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) beauftragte am 25. Oktober die Hohe Vertreterin, die von der kubanischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu analysieren und Überlegungen zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die EU anzustellen. Die Hohe Vertreterin wurde beauftragt, im Rahmen dieser Überlegungen und auf der Grundlage des Gemeinsamen Standpunkts eine Sondierung durchzuführen und dem Rat über den Stand der Dinge zu berichten.

Nach dem tragischen Erdbebenunglück in **Haiti**⁴⁴ im Januar 2010 hat die EU umfangreiche humanitäre und Entwicklungshilfe für die betroffene Bevölkerung mobilisiert. Die EU hat Budgethilfe in wesentlichem Umfang bereitgestellt, damit die Regierung funktionsfähig bleiben konnte, und sie hat den Wahlprozess finanziell unterstützt. Die Hohe Vertreterin ist im März 2010 nach Haiti gereist und hat im selben Monat zusammen mit den Kommissionsmitgliedern Piebalgs und Georgieva in New York an der internationalen Geberkonferenz für die Unterstützung des Wiederaufbaus Haitis teilgenommen; bei dieser Gelegenheit hat sie eine Gesamthilfe der EU von mehr als 1,2 Mrd. EUR zugesagt.

⁴³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. März 2010 eine Entschließung zur Lage der politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gesinnungsgründen in Kuba (Dokument P7_TA-PROV(2010)0063).

⁴⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 10. Februar 2010 eine Entschließung zum Erdbeben in Haiti (Dokument P7_TA-PROV(2010)0015).

Im Laufe des Jahres fanden Sitzungen der Gemischten Ausschüsse mit Argentinien, Mexiko und Chile statt. In der Sitzung mit **Argentinien** wurde ein gemeinsamer Plan für den Zeitraum 2010-2013 zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen angenommen. In der Sitzung mit **Mexiko** konnte eine Bewertung der Umsetzung des Aktionsplans im Rahmen der strategischen Partnerschaft EU-Mexiko vorgenommen werden. 2010 fand auch der erste Menschenrechtsdialog mit Mexiko⁴⁵ statt. Der Schwerpunkt der Beratungen mit **Chile** lag auf verschiedenen Bereichen der bilateralen Beziehungen, unter anderem auch auf der Umsetzung des Bundes für Entwicklung und Innovation. Auf subregionaler Ebene fand im März 2010 ein Treffen **zwischen der EU und der Anden-gemeinschaft** statt, bei dem verschiedene Aspekte der laufenden Beziehungen erörtert wurden, wie etwa die Drogenbekämpfung, der Klimawandel und der Stand der Zusammenarbeit mit der EU.

Bei dem Ministertreffen der **Rio-Gruppe** im September 2010 in New York wurden die Zukunftsperspektiven der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) erörtert.

B. Bedrohungen und globale Herausforderungen

Nichtverbreitung und Abrüstung

Die Europäische Union hat 2010 ihre Maßnahmen auf dem Gebiet der Nichtverbreitung und Abrüstung auf der Grundlage der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen⁴⁶ (2003) und der Strategie der EU zur Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition sowie des unerlaubten Handels damit (2005)⁴⁷ fortgesetzt. Im Mittelpunkt stand dabei die Durchführung des Aktionsplans gegen Massenvernichtungswaffen⁴⁸ (2008), der darauf abzielt, die Nichtverbreitungsproblematik durch Sensibilisierung, die Ermittlung bewährter Verfahren und die Förderung einer besseren Koordinierung zu einer bereichsübergreifenden Priorität in der Politik der EU und der Mitgliedstaaten zu machen.

⁴⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. März 2010 eine Entschließung zur Gewalteskalation in Mexiko (Dokument P7_TA-PROV(2010)0067).

⁴⁶ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/03/st15/st15708.de03.pdf>

⁴⁷ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st05/st05319.de06.pdf>

⁴⁸ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st17/st17172.de08.pdf>

Die EU hat sich weiterhin für die Universalität der einschlägigen internationalen Verträge und anderer Übereinkünfte und deren uneingeschränkte Umsetzung eingesetzt. Dies erfolgte insbesondere durch konkrete Maßnahmen und Projekte, die aus dem GASP-Haushalt finanziert wurden⁴⁹. Außerdem hat die EU die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW)⁵⁰ sowie Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW)⁵¹ weiterhin in ihre vertraglichen Beziehungen zu Drittstaaten eingebunden. 2010 konnten entsprechende Klauseln mit mehreren Ländern, darunter Vietnam, die Philippinen und die Mongolei, vereinbart werden.

Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel

Die EU hat zum erfolgreichen Abschluss der **Konferenz zur Überprüfung des Nichtvertragsvertrags (NVV)**, die 2010 stattfand, beigetragen und engagiert sich für die Umsetzung der Aktionspläne zu allen drei Säulen des NVV (nukleare Abrüstung, Nichtverbreitung sowie friedliche Nutzung der Kernenergie), einschließlich der zum Nahen Osten erzielten Vereinbarungen. Als Folgemaßnahme zur NVV-Überprüfungskonferenz hat die EU im Rahmen der Umsetzung des *Beschlusses 2010/799/GASP des Rates vom 13. Dezember 2010 zur Unterstützung eines Vertrauensbildungsprozesses mit dem Ziel der Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist*, ihre Bemühungen verstärkt, ein für 2011 geplantes EU-Seminar vorzubereiten.

Die Hohe Vertreterin hat zusammen mit China, Frankreich, Deutschland, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten wiederholt Anstrengungen unternommen, Iran in ernsthafte Verhandlungen einzubinden, ohne dass eine angemessene Reaktion Irans erreicht wurde. Dies führte zur Annahme weiterer Sanktionen seitens des VN-Sicherheitsrats, die durch zusätzliche Maßnahmen der EU ergänzt wurden. Ziel der EU bleibt es jedoch, eine langfristige Beziehung zu Iran aufzubauen, die auf Vertrauen und Zusammenarbeit beruht. Diese hängt von Fortschritten in allen Problembereichen ab, vor allem in der Nuklearfrage, aber auch in Bezug auf den Terrorismus, Irans Haltung zum Friedensprozess im Nahen Osten, regionale Fragen und die Menschenrechte.

⁴⁹ Siehe Anlagen I und III [Platzhalter: vollständige Liste vom Team Politische Koordinierung/Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen des EAD vorzulegen]

⁵⁰ Weitere Informationen (in englischer Sprache) sind auf der Website der Direktion Nichtverbreitung des EAD zu finden <http://www.consilium.europa.eu/showpage.aspx?id=392&lang=en>.

⁵¹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st17/st17186.de08.pdf>

In Bezug auf Nordkorea (**DVRK**)⁵² hat die EU ihre entschiedene Unterstützung für die Sechs-Parteien-Gespräche und die uneingeschränkte Umsetzung der Resolutionen 1718 und 1874 des VN-Sicherheitsrats fortgesetzt. Sie setzte sich für die Aussöhnung zwischen den beiden koreanischen Staaten sowie für regionale Stabilität und eine Denuklearisierung der Halbinsel ein. Sie ist nach wie vor besorgt über die externen Proliferationsaktivitäten der DVRK. Die EU erklärte erneut, dass die DVRK alle Kernwaffen und bestehenden Nuklearprogramme vollständig, verifizierbar und unumkehrbar aufgeben müsse⁵³.

Die EU hat sich weiterhin für das baldige Inkrafttreten des **Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)** eingesetzt und im Hinblick auf die weitere Unterstützung der Tätigkeit der Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) einen Beschluss des Rates⁵⁴ angenommen.

Ferner hat die EU ihre Unterstützung der **Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO)** in Wien fortgesetzt. Sie ist nach wie vor der wichtigste Geber des IAEO-Fonds für nukleare Sicherung, dessen Leistungen über 50 Ländern in Afrika, im Nahen Osten, in Lateinamerika und Asien zugute kommen; sie ist zudem bereit, einen substanziellen Beitrag zur Kernbrennstoffbank unter der Ägide der IAEO und zur Modernisierung des Laboratoriums der IAEO-Abteilung für Sicherungsmaßnahmen in Seibersdorf zu leisten.

Im Rahmen der **globalen Partnerschaft** wird die EU ihre Zusage, eine Milliarde EUR bereitzustellen, fristgerecht 2012 erfüllen können, da bereits über 800 Mio. EUR gebunden sind und für 900 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen bestehen.

Im Zusammenhang mit dem **Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ)** wurden die Maßnahmen zur Universalität und zur uneingeschränkten Umsetzung des Übereinkommens fortgesetzt. Die EU hat ihre Arbeit auf der Grundlage des im Juli 2009 angenommenen Beschlusses des Rates fortgesetzt, der auf der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der EU und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) basiert. Die EU hat ferner damit begonnen, ihren Standpunkt zur Zukunft der OPCW festzulegen.

⁵² Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. Juli 2010 eine Entschließung zur Lage in Nordkorea (P7_TA-PROV(2010)0279).

⁵³ Verordnung (EU) Nr. 1283/2009 des Rates vom 22. Dezember 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 329/2007 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea, ABl. L 346 vom 23.12.2009, S. 1.

⁵⁴ Beschluss 2010/461/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 zur Unterstützung der Tätigkeiten der Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) mit dem Ziel der Stärkung ihrer Überwachungs- und Verifikationsfähigkeiten im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Die EU hat weiterhin **der von biologischen Waffen ausgehenden Bedrohung** entgegengewirkt, die weltweit immer mehr Anlass zu Sorge gibt. Die Grundlage für die entsprechenden Aktivitäten der EU bilden die Gemeinsame Aktionen zur Unterstützung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen (BWÜ), die eine Reihe von Projekten zur Unterstützung der Universalisierung und der Durchführung auf nationaler Ebene sowie zur Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen beinhaltet, und die gemeinsame Aktion zur Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit zur Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften, in der anerkannt wird, wie wichtig präventive Maßnahmen auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit für die internationale Sicherheit sind. Die EU hat außerdem damit begonnen, ihre Prioritäten (Vertrauensbildung in Bezug auf die Einhaltung, Umsetzung auf nationaler Ebene und Universalisierung des Übereinkommens) im Hinblick auf ein positives Ergebnis der Konferenz zur Überprüfung des BWÜ festzulegen und hat zu diesem Zweck am Rande der Tagung der Vertragsstaaten im Jahr 2010 intensive Konsultationen geführt.

Im Zusammenhang mit der **Ausfuhrkontrolle** hat die EU die Umsetzung der Resolutionen 1540, 1673 und 1810 des VN-Sicherheitsrats durch eine Gemeinsame Aktion des Rates⁵⁵ unterstützt, die darauf abzielt, die Kompetenz und die Kapazitäten der Staatsbediensteten von Drittländern zu stärken. Die EU hat mehrere regionale Workshops mitfinanziert, die es ermöglichen, den konkreten Bedarf und die bestehenden Defizite im Bereich der Ausfuhrkontrolle zu ermitteln.

Die EU hat den Beschlusses des Rates⁵⁶ zur Unterstützung des **Haager Verhaltenskodex** (HCoC) weiter umgesetzt. Dieser Kodex ist die einzige internationale Übereinkunft, die sich mit Trägerraketen, dem wichtigsten Trägermittel für Massenvernichtungswaffen, befasst. Bei den Nicht-Unterzeichnerstaaten für den Kodex zu werben, ist daher von entscheidender Bedeutung.

Die EU hat ihre Arbeit an einem Entwurf für einen internationalen Verhaltenskodex zur **Förderung der Transparenz und zur Vertrauensbildung bei Weltraumtätigkeiten** fortgesetzt, indem sie Konsultationen mit Drittstaaten führte.

⁵⁵ Gemeinsame Aktion 2008/368/GASP des Rates vom 14.5.2008 (ABl. L 127 vom 15.5.2008, S. 78).

⁵⁶ Beschluss 2008/974/GASP des Rates vom 18.12.2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 91).

Konventionelle Waffen: Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Antipersonenminen und explosive Kampfmittelrückstände (ERW)

Maßgeblich für die **Politik** der Mitgliedstaaten **zur Kontrolle der Ausfuhr konventioneller Waffen** war weiterhin der Gemeinsame Standpunkt des Rates vom Dezember 2008, in dem gemeinsame Vorschriften für die Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern festgelegt sind. Die Mitgliedstaaten der EU gewährleisten durch die Umsetzung dieses Gemeinsamen Standpunkts eine verantwortungsbewusste und transparente Waffenausfuhrkontrolle.

Im Jahr 2010 war die EU besonders aktiv bei der Durchführung von Outreach-Maßnahmen sowie bei der Finanzierung und Förderung von Initiativen, die auf eine verstärkte Durchführung von wirk samen **Waffenausfuhrkontrollen** durch Drittländer abzielen. Die EU hat auch weiterhin die Aus handlung eines Vertrags über den Waffenhandel (ATT) unterstützt, indem sie weltweit intensive Outreach-Maßnahmen durchführte⁵⁷. 2010 wurde ein Beschluss des Rates zur Unterstützung des Vertrags über den Waffenhandel erlassen.

Im Einklang mit ihrer 2005 vereinbarten Strategie betreffend **Kleinwaffen und leichte Waffen** (SALW) ist die EU weiterhin in allen multilateralen Foren und in ihrem politischen Dialog mit Dritt ländern für eine strenge Kontrolle dieser Waffen eingetreten. So hat die EU beispielsweise die Entwicklung von Instrumenten und Methoden gefördert, die eingesetzt werden, um Frachtflug zeuge, die vermutlich am unerlaubten Handel mit SALW beteiligt sind, zu überprüfen und zu ver folgen⁵⁸. Außerdem leistete sie Unterstützung bei der Bestandsverwaltung, dem Einsammeln, der Registrierung und Meldung von Waffentransfers und bei der Vernichtung überschüssiger Waffen bestände in den westlichen Balkanstaaten.

⁵⁷ Beschluss 2009/42/GASP des Rates vom 19. Januar 2009 zur Unterstützung von EU-Maßnahmen, mit denen im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie in Drittstaaten der Prozess zur Ausarbeitung eines Vertrags über den Waffenhandel gefördert wird (ABl. L 17 vom 22.1.2009, S. 39) und Beschluss 2010/336/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 zu EU-Maßnahmen zur Unterstützung des Vertrags über den Waffenhandel im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ABl. L 152 vom 18.6.2010, S. 14).

⁵⁸ Beschluss 2010/765/GASP des Rates vom 2. Dezember 2010 (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 44).

Die EU hat sich weiterhin für die Universalität und die uneingeschränkte Umsetzung des **Übereinkommens über das Verbot von Anti-Personenminen (Ottawa-Übereinkommen)** sowie des **Übereinkommens über Streumunition** eingesetzt. Ferner hat die EU 2010 aktiv bei den Verhandlungen über ein neues **Protokoll über Streumunition** zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über bestimmte konventionelle Waffen mitgewirkt und als Beobachter an der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über Streumunition (Oslo-Übereinkommen), vom 8. bis 12. November 2010 in Vientiane teilgenommen.⁵⁹

Terrorismus

Die EU hat sich 2010 im Rahmen der Vereinten Nationen und in ihren Beziehungen zu Drittländern und internationalen Organisationen mit der Bedrohung durch den Terrorismus auseinandergesetzt. Ihre Arbeit wurde dabei von dem Grundsatz geleitet, dass wirksame Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen und der Schutz der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit einander ergänzen und sich gegenseitig verstärken müssen. Ihre thematischen Schwerpunkte waren die Prävention, der Kampf gegen Radikalisierung und Anwerbung sowie die Terrorismusfinanzierung innerhalb der EU und über ihre Grenzen hinaus.

Im Kontext ihrer kontinuierlichen Unterstützung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus aus dem Jahr 2006 und ihrer besonders im Rahmen der Rom-Lyon-Gruppe geleisteten Unterstützung der G8-Initiativen im Bereich der Terrorismusbekämpfung hat die EU in Zentralasien eine Initiative eingeleitet, mit der eine verbesserte Umsetzung dieser Strategie gesorgt und die regionale Zusammenarbeit intensiviert werden soll.

Besonderes Augenmerk bei der Terrorismusbekämpfung richtete die EU auf Pakistan und Afghanistan, Südostasien, die Sahel-Region, Jemen, Somalia und das Horn von Afrika sowie auf Zentralasien. Dabei rückte die Sahel-Region immer stärker in den Blickpunkt der EU, da es gilt, auf eine sich verschlechternde Sicherheitslage zu reagieren und die Entführung von EU-Bürgern zu verhindern. Die EU hat ferner den politischen Dialog und die Zusammenarbeit mit Drittländern in Bezug auf den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung intensiviert. So wurden Dialoge mit Marokko, Russland, Japan, den Vereinigten Staaten, Indien und den Vereinten Nationen geführt. Das wichtigste Finanzinstrument, aus dem die Anstrengungen von Drittstaaten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unterstützt werden, ist nach wie vor das Stabilitätsinstrument (IfS).

⁵⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. Juli 2010 eine Entschließung zum Inkrafttreten des Übereinkommens über Streumunition (CCM) am 1. August 2010 und die Rolle der EU (Dokument P7_TA-PROV(2010)0285).

Energieversorgungssicherheit

Angesichts der durch die jüngsten Krisen deutlich gewordenen Anfälligkeit der EU, aber auch in Anbetracht des Potenzials der Union für Verbesserungen, war die Energieversorgungssicherheit auch 2010 ein zentrales Thema der EU. Mit dem Vertrag von Lissabon sind wichtige neue Bestimmungen für den Energiebereich in Kraft getreten. So heißt es im Vertrag, dass die Energiepolitik der EU das Ziel verfolgt, die Energieversorgungssicherheit in der Union zu gewährleisten. In der Kommissionsmitteilung vom November 2010 mit dem Titel "Energie 2020: Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie" wurde die enge Verbindung zwischen der Energieversorgungssicherheit und der Außen- und Sicherheitspolitik herausgestellt.

Die Beziehungen der EU zu Russland im Energiebereich sind weiterhin von einer starken gegenseitigen Abhängigkeit gekennzeichnet, da nach wie vor Russland der größte Energielieferant der EU und die EU der größte Abnehmer russischer Kohlenwasserstoffe ist. Der im November 2009 vereinbarte EU-Russland-Frühwarnmechanismus kam 2010 zum Einsatz, als die Durchleitung von Öl und Gas durch Belarus in die EU zeitweilig durch Streitigkeiten zwischen Russland und Belarus beeinträchtigt wurde. Die Gipfeltreffen EU-Russland im Mai/Juni 2010 und im Dezember 2010 und die Tagung des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland zu Energiefragen im November 2010 waren nützliche Foren, um auch Fragen der Energieversorgungssicherheit zu behandeln.

Obwohl Russland sich 2009 aus dem Vertrag über die Energiecharta (ECV) zurückgezogen hat, nahm es 2010 weiterhin an zahlreichen ECV-Sitzungen auf technischer Ebene teil. Im November 2010 notifizierte Russland der EU den Entwurf eines Übereinkommens zur Sicherstellung der internationalen Energieversorgungssicherheit.

Im Rahmen der intensivierten Zusammenarbeit mit der EU in Energiefragen ist Moldau im Mai 2010 der Energiegemeinschaft beigetreten; der Beitritt der Ukraine war für Anfang 2011 geplant. Damit wurde der auf Regelung beruhende Energiebinnenmarkt der EU um diese beiden Länder erweitert, wodurch sich die Energieversorgungssicherheit erhöht. Die Arbeit zur Integration des ukrainischen und des moldauischen Energiemarkts in den EU-Markt wurde 2010 vorangebracht.

Mit anderen Drittländern wurden die bilateralen Gespräche über Energiefragen fortgesetzt. So wurde im Januar 2010 eine Vereinbarung mit Irak unterzeichnet. 2010 begann die zweite Phase der Zusammenarbeit zwischen den Euromed-Energieregulierungsbehörden, an der **EU-Mitgliedstaaten sowie sieben arabische Länder, Israel und die Palästinische Behörde** beteiligt sind.

Der Ausbau von Energietransportwegen hat in der EU-Strategie für Zentralasien nach wie vor eine Schlüsselstellung inne. Im Laufe des Jahres wurde der Zusammenarbeit durch Gespräche auf hoher Ebene und Fachsitzungen der Arbeitsgruppen neue Dynamik verliehen.

Um den großflächigen Einsatz und die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern, ist die EU im Juli 2010 durch die Ratifizierung der Satzung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) Vollmitglied der IRENA geworden.

Klimawandel und internationale Sicherheit

2010 wurden das aus dem Jahr 2008 stammende gemeinsame Papier des Generalsekretärs/Hohen Vertreters Solana und der Kommission für den Europäischen Rat⁶⁰ und die daran anknüpfenden Schlussfolgerungen des Rates weiter umgesetzt. Im Mittelpunkt standen dabei die Intensivierung des Dialogs und die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Akteuren, der systematische Dialog mit Drittländern zur Ermittlung potenzieller regionaler Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels sowie die Sensibilisierung für die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und gemeinsame Reaktionen darauf. Als wichtiger Erfolg ist unter anderem ein mehrere Workshops und Seminare umfassender transatlantischer Dialog über Klimawandel und Sicherheit zu werten, an dem Regierungsvertreter sowie Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Nordamerika und Europa teilnahmen.

Die EU hat ihre Kapazitäten zur Behandlung von Fragen des Klimawandels und der internationalen Sicherheit weiter entwickelt. Die informelle EU-Lenkungsgruppe zu Klimawandel und internationaler Sicherheit hat ihre Arbeit als wichtigstes Diskussions- und Koordinierungsforum zu diesem Thema innerhalb der EU fortgesetzt. Der Militärstab der EU und die Europäische Verteidigungsagentur haben untersucht, wie die Umweltauswirkungen von GSVP-Operationen verringert werden können.

⁶⁰ Siehe "Klimawandel und internationale Sicherheit" (Ratsdokument 7249/08).

Im weiteren Kontext der Klimaschutzverhandlungen hat der Europäische Rat die EU im März 2010 im Anschluss an die Klimakonferenz in Kopenhagen aufgefordert, sich verstärkt um die Einbeziehung von Drittländern zu bemühen, indem sie den Klimawandel bei allen regionalen und bilateralen Treffen, einschließlich Gipfeltreffen, sowie in anderen Foren (z.B. im Rahmen der G20) thematisiert. Dieser Aufforderung wurde während des gesamten Jahres 2010 auf allen Ebenen nachgekommen.

Das 2003 ins Leben gerufene Netz der Umweltdiplomatie der EU hat im Vorfeld der 16. Konferenz der Vertragsparteien des VN-Klimaübereinkommens, die im Dezember 2010 in Cancún stattfand, umfangreiche vorbereitende Arbeit geleistet.

C. Beitrag zu einer wirksameren multilateralen Weltordnung

In dem Bewusstsein, dass globale Herausforderungen globaler Lösungen bedürfen, hat sich die EU weiterhin vorbehaltlos zum Multilateralismus bekannt, wie er im Vertrag von Lissabon festgeschrieben ist. Während des ganzen Jahres stand die Umsetzung des Vertrags von Lissabon im Mittelpunkt der unternommenen Anstrengungen.

Vereinte Nationen

Die Stärkung der VN ist nach wie vor ein zentrales Anliegen im auswärtigen Handeln der EU. Für die 65. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen⁶¹ hat die EU den Themen "Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene," "Umwelt und nachhaltige Entwicklung," "Menschenrechte" und "Reform des VN-Systems" Priorität eingeräumt.

Seit Anfang des Jahres 2010 hat sich die EU in der VN-Generalversammlung um eine Resolution über die Teilnahme der EU an der Arbeit der VN bemüht, durch die die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Außenvertretung in den Vereinten Nationen umgesetzt und zugleich der Beobachterstatus der EU bewahrt werden soll. Nachdem am 14. September 2010 diesbezügliche Maßnahmen zurückgestellt worden waren, hat die Hohe Vertreterin eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Erfolg der Bestrebungen der EU sichern soll. Im Oktober und November 2010 wurden in den Hauptstädten von Drittländern Demarchen unternommen, um zu verdeutlichen, dass die EU ihr diesbezügliches Engagement wieder aufgenommen hat. Nach Abschluss dieser ersten Phase wurden am 22. November 2010 allgemeine Konsultationen in New York durchgeführt. Am 9. Dezember 2010 wurde den VN-Mitgliedstaaten ein überarbeiteter Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem die von den VN-Mitgliedstaaten bei diesen Konsultationen vorgebrachten Bemerkungen und Empfehlungen Berücksichtigung fanden. Auf der Grundlage dieses neuen Texts wurde eine umfassende weltweite Kampagne eingeleitet, mit der um Unterstützung für den überarbeiteten Resolutionsentwurf geworben wird.

⁶¹ Siehe Dok. 10170/10. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 20. März 2010 Empfehlungen an den Rat zu den Prioritäten der EU für die 65. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgesprochen (siehe Dok. [P7_TA\(2010\)0084](#)).

Die Umsetzung dieses Prinzips der Schutzverantwortung (R2P) war auch im Jahr 2010 eine Hauptpriorität der EU im Rahmen der VN. Die EU hat ihre Beratungen und Arbeiten zu der Frage fortgesetzt, wie dieses Konzept in dem Instrumentarium und der Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten verwirklicht werden kann.

Unter Federführung der EU sind die VN bei der weiteren Verbesserung und der konkreten Umsetzung des Schutzes der Zivilbevölkerung in Situationen bewaffneter Konflikte einen großen Schritt vorangekommen. Die Aufnahme von Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in die Mandate von VN-Friedenssicherungseinsätzen ging einher mit der schrittweisen Verbesserung des Schutzes vor Ort, für die Outreach-Maßnahmen und die entschlossene Diplomatie der EU von entscheidender Bedeutung waren. Gleichzeitig hat die EU ihre eigenen Leitlinien für den Schutz der Zivilbevölkerung bei GSVP-Missionen und -Operationen aktualisiert.

Eine der wichtigsten Entwicklungen bei den Vereinten Nationen im Jahr 2010 war die Überprüfung ihrer Architektur der Friedenskonsolidierung. Die EU hat eine führende Rolle dabei gespielt, neue Unterstützung für die Kommission für Friedenskonsolidierung zu gewinnen und ihr neue Dynamik zu verleihen. Durch das starke und rasche Engagement der EU und ihrer Mitgliedstaaten konnte dafür gesorgt werden, dass die Überprüfung ergebnisorientiert erfolgte, um einen sachdienlicheren und flexibleren Einsatz der Kommission für Friedenskonsolidierung vor Ort sowie engere Beziehungen zum Sicherheitsrat und zur Generalversammlung der VN sowie zu den internationalen Finanzinstitutionen zu erreichen. Mit der Umsetzung der Empfehlungen, die von der EU mitgetragen wird, wurde sofort begonnen.

OSZE⁶²

Die EU hat im Jahr 2010 das OSZE-Engagement in verschiedenen regionalen und thematischen Aspekten unterstützt. Ihr besonderes Augenmerk galt der Frühwarnung, der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Krisenbewältigung und der Rehabilitation in der Konfliktfolgezeit, wie sie sich unter anderem durch die Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und die von OSZE-Feldmissionen durchgeführten Maßnahmen der Vertrauensbildung und des Demokratieaufbaus konkretisieren; ferner richtete sie ihr besonderes Augenmerk auf die Menschliche Dimension der OSZE, indem sie u.a. die Tätigkeit des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und des Beauftragten der OSZE für die Freiheit der Medien unterstützte. In den Bereichen Grenzmanagement und -sicherheit und Drogenkontrolle wurde die Zusammenarbeit mit der OSZE weiter ausgebaut.

⁶² Das Europäische Parlament verabschiedete am 11. November 2010 eine Entschließung zur Stärkung der OSZE - Eine Rolle für die EU (Dokument P7_TA-PROV(2010)0399).

Die EU hat weiterhin deutlich gemacht, dass sie der Wahrung der Unabhängigkeit der OSZE-Institutionen große Bedeutung beimisst. Sie hat außerdem gegen negative Entwicklungen in der Medienfreiheit im OSZE-Raum wie auch gegen Angriffe auf Journalisten und Menschenrechtsverteidiger konsequent ihre Stimme erhoben und nachdrücklich Gegenmaßnahmen gefordert.

Aufbauend auf dem 2009 auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Athen eingeleiteten Korfu-Prozess hat sich die EU weiter aktiv am Dialog über die Zukunft der Sicherheit in Europa beteiligt, insbesondere indem sie eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung des OSZE-Gipfeltreffens im Dezember 2010 in Astana spielte. Es war zu großen Teilen den Anstrengungen der EU zu verdanken, dass diesem Gipfeltreffen durch die Annahme einer politischen Erklärung, in der die Grundsätze von Helsinki bekräftigt wurden und eine künftige euro-atlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft in Aussicht gestellt wurde, ein guter Erfolg beschieden war. Die EU hat insbesondere entscheidend daran mitgewirkt, dass in der Erklärung die bestehenden Zusagen zu den drei Dimensionen der OSZE eindeutig wiedergegeben werden.

Europarat

Die EU hat – entsprechend der Vereinbarung zwischen den beiden Organisationen – insbesondere in dem von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) erfassten Gebiet und in den westlichen Balkanstaaten in Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte weiter mit dem Europarat zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission in verfassungsrechtlichen und rechtlichen Fragen war weiterhin gut; es bestehen neue Aussichten auf eine Zusammenarbeit im südlichen Mittelmeerraum und in Zentralasien. Die EU hat im Juli 2010 Verhandlungen über ihren Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention aufgenommen und im September 2010 eine Delegation beim Europarat eröffnet.

D. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die Arbeit der EU in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit war dadurch gekennzeichnet, dass der Vertrag von Lissabon 2010 erstmals durchgängig umgesetzt wurde. Dass diesem Themenbereich eine zentrale Bedeutung zukommt, hat die Hohe Vertreterin in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament am 16. Juni 2010 verdeutlicht. Bei dieser Gelegenheit hat sie ihre Position in Bezug auf die Menschenrechte in den Grundzügen dargelegt. Außerdem hat sie angekündigt, dass sie einen Konsultationsprozess zur Überprüfung der EU-Politik und zur Festlegung einer neuen EU-Menschenrechtsstrategie einleiten will⁶³.

Die multilateralen Arbeiten auf dem Gebiet der Menschenrechte wurden 2010 weiter ausgebaut, nicht zuletzt aufgrund der umfangreichen Aktivitäten im Zuge der Vorbereitungen auf die (2011 anstehende) Überprüfung des **VN-Menschenrechtsrats**. Während noch über die Regeln und Verfahren für die Tätigkeit des Menschenrechtsrats beraten wurde, gab es weitere Anzeichen dafür, dass dieser beginnt, sein Potenzial auszuschöpfen und seinem Mandat zur "Förderung der weltweiten Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen" gerecht zu werden.

⁶³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Dezember 2010 eine Entschließung zu den Menschenrechten in der Welt 2009 und die Politik der EU in diesem Bereich (Dokument P7_TA-PROV(2010)0489).

Der EU konnte 2010 einige bemerkenswerte Erfolge im Menschenrechtsrat erzielen⁶⁴, in erster Linie dank ihres aktiven Engagements in regionenübergreifenden Gruppierungen und der Zusammenarbeit mit ihren wichtigsten Partnern. Die Mandate verschiedener VN-Sonderberichterstatter wurden verlängert. Die EU hat die Schaffung eines neuen Mandats für einen Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unterstützt. Es wurden Resolutionen über die Menschenrechtslage in der DRK⁶⁵⁶⁶, Guinea, der Kirgischen Republik⁶⁷ und Afghanistan sowie zum Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit verabschiedet. Die EU begrüßte das gute Ergebnis der Sondertagung des Menschenrechtsrats zum Thema Côte d'Ivoire Ende 2010.

Leider waren im Menschenrechtsrat auch einige negative Entwicklungen zu verzeichnen. Hierzu zählen die beispiellosen Versuche, die Autorität des Präsidenten des Menschenrechtsrats einzuschränken, und die scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die VN-Sonderberichterstatter ihr sehr schwieriges Amt ausüben. Generell wurde 2010 das Konzept des "Menschenrechtsverteidigers" erneut in Frage gestellt. Die EU – allen voran die Hohe Vertreterin – hat dieses Konzept energisch verteidigt.

Im weiteren Verlauf des Jahres hat die EU alle ihre wesentlichen Ziele im **Dritten Ausschuss der VN-Generalversammlung** (dieser Ausschuss befasst sich in New York mit Menschenrechtsfragen) erreicht. Auf der Grundlage einer regionenübergreifenden Initiative wurde die Resolution zu einem Moratorium für die Todesstrafe⁶⁸ mit überwältigender Mehrheit verabschiedet; zudem wurde eine Resolution gegen religiöse Intoleranz einstimmig angenommen. Überdies wurden länderspezifische Resolutionen betreffend die DVRK und Birma/Myanmar verabschiedet. Die EU hat die Initiative zu Iran unterstützt.

⁶⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. Februar 2010 eine Entschließung zu den Prioritäten des EP für die Tagung des UN-Menschenrechtsrats vom 1. bis 26. März 2010 in Genf (Dokument P7_TA-PROV(2010)0036).

⁶⁵ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo: der Fall Floribert Chebeya Bahizire (Dokument P7_TA-PROV(2010)0244).

⁶⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 7. Oktober 2010 eine Entschließung zum Versagen bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in der Demokratischen Republik Kongo (Dokument P7_TA-PROV(2010)0350).

⁶⁷ Das Europäische Parlament verabschiedete am 5. Mai 2010 eine Entschließung zu Kirgisistan (P7_TA-PROV(2010)0149).

⁶⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 7. Oktober 2010 eine Entschließung zum Internationalen Tag gegen die Todesstrafe (P7_TA-PROV(2010)0351).

Die EU ist zum ersten Mal eigenständige Vertragspartei eines umfassenden VN-Menschenrechtsübereinkommens. Das Instrument für die formelle Bestätigung des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2006 wurde am 23. Dezember 2010 beim Vertragsbüro der Vereinten Nationen hinterlegt. Hierdurch wurde der Ratifizierungsprozess zum Abschluss gebracht, der vom Rat am 26. November 2009 eingeleitet worden war, als er den Weg für den Beitritt der EU zum VN-Behindertenübereinkommen ebnete. (Das Übereinkommen wurde von allen Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet, 17 von ihnen haben es bereits ratifiziert).

Was ihre bilaterale Arbeit anbelangt, so hat die EU ihr langjähriges politisches Engagement gegenüber anderen Staaten fortgesetzt, und zwar im Rahmen ihrer nahezu 40 Menschenrechtsdialoge und -konsultationen und in den zuständigen Unterausschüssen. Im Jahr 2010 ging es in erster Linie darum, bestimmte Menschenrechtsdialoge zu bewerten, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen, und sie auf die neuen Herausforderungen in den jeweiligen Staaten zuzuschneiden.

Am 26. April 2010 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Verbesserung der **Prävention im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen** angenommen. Darin betont er, dass sich die EU für die Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen einsetzen wird, wobei dies nicht nur Straftaten gegen Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit, sondern auch Ausübung von Zwang, Drohungen und Angriffe auf die moralische Unversehrtheit einschließt. Auf diese Weise hat die EU bekräftigt, wie sehr ihr daran gelegen ist, dass diese Fragen aus einer umfassenden Perspektive heraus angegangen werden, unter Zugrundelegung ihrer Leitlinien für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.

Das Jahr 2010 stand im Zeichen des 10. Jahrestages der **Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit**, der dazu beigetragen hat, dass das Interesse an diesem Themenkreis weltweit erheblich zugenommen hat⁶⁹. Der Jahrestag lenkte die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf Defizite bei der Umsetzung der UNSCR 1325, unter anderem was den darin geforderten Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte betrifft. Als wichtigen Maßnahme für mehr Kontrolle und Rechenschaftspflicht führte der Sicherheitsrat am 26. Oktober 2010 Beratungen auf hoher Ebene, an deren Ende eine Reihe von Indikatoren gebilligt wurden, die UNIFEM ausgearbeitet hatte, um die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu überwachen; außerdem nahm er im Dezember 2010 die Resolution 1960 an, in der Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung im Zusammenhang mit sexueller Gewalt in Konflikten getroffen werden. Die EU verzeichnete in diesem Jubiläumsjahr mehrere wichtige interne Entwicklungen, darunter die Annahme von 17 Indikatoren für die Überwachung der EU-Politik zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit, die Ausarbeitung des Berichts über Erfahrungen und bewährte Verfahren zur durchgängigen Berücksichtigung von Menschenrechts- und Gleichstellungsfragen bei militärischen Operationen und zivilen Missionen im Rahmen der GSVP sowie die Ausarbeitung von Standard-Ausbildungsmodulen zu Menschenrechten/Gleichstellung und Kinderschutz im Kontext der GSVP und die Ausarbeitung eines neuen Mandats für ein neues Sonderverfahren (Arbeitsgruppe aus fünf Experten) zum Thema Diskriminierung von Frauen in rechtlicher und in praktischer Hinsicht.

Im Dezember 2010 überprüfte die EU ihre Strategie zur Durchführung der EU-Leitlinien zu **Kindern und bewaffneten Konflikten**, wodurch sie ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet weiter ausbauen konnte.

Da die Auswirkungen der Globalisierung in jedem Sektor zu spüren sind, wurde der **Kinderarbeit** im Jahre 2010 verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Der Rat hat anlässlich des Welttages gegen Kinderarbeit, der am 12. Juni 2010 begangen wurde, weitreichende Schlussfolgerungen angenommen. Darin schloss er sich der Auffassung an, dass die Bemühungen der EU um die Beseitigung der Kinderarbeit intensiviert und dass hierfür die Instrumente der EU wirksamer eingesetzt werden müssen. Unter Bezugnahme auf die Leitlinien der EU für die Rechte des Kindes forderte der Rat, dass die Kinderarbeit in den Dialogen der EU mit Drittstaaten zur Sprache gebracht wird und dass dieses Thema in die Armutsbekämpfungsstrategien der EU einbezogen wird.

⁶⁹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. November 2010 eine Entschließung zum 10. Jahrestag der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit (Dokument P7_TA-PROV(2010)0439).

Besonders bezeichnend für das Jahr 2010 war die Wirkung der so genannten sozialen Medien (**social media**). Einerseits bieten sie, wie das Beispiel Iran gezeigt hat, offensichtlich ein gewaltiges Potenzial für die Organisation von Protesten, andererseits haben sie die gewaltsame Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die betreffenden Regime beschleunigt. Die EU hat die Probleme, mit denen Menschenrechtsverteidiger und Journalisten konfrontiert waren, unverzüglich ange- sprochen⁷⁰. In seinen Schlussfolgerungen vom 22. März 2010 hat der Rat erneut betont, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung überall auf der Welt ein universelles Recht ist, das auch das Recht des Einzelnen umfasst, sich über alle Grenzen hinweg Informationen zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben. Die EU hat alle Staaten aufgefordert, die Internetzensur und das Stören von Satellitenübertragungen einzustellen.

Als Demokratiebewegungen in verschiedenen Staaten zunehmend an Boden gewannen, insbesondere gegen Ende des Jahres 2010, hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 13. Dezember die **Unterstützung der Demokratie** thematisiert⁷¹. Die Schlussfolgerungen enthalten eine Bestandsaufnahme der Fortschritte in diesem Bereich sowie eine Liste von Pilotländern für die Umsetzung des EU-Aktionsplans: Republik Moldau, Kirgisische Republik, Libanon, Ghana, Benin, Salomonen, Zentralafrikanische Republik, Bolivien, Mongolei, Philippinen, Indonesien und Malediven.

Bedauerlicherweise war im Jahr 2010 eine Zunahme repressiver Rechtsvorschriften gegen **Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen** festzustellen. Dies war besonders in einigen afrikanischen Staaten ein Problem. Der Rat beschloss, einen neuen Maßnahmenkatalog ("toolkit") festzulegen, um gegen die gezielte Diskriminierung dieser Gruppen vorzugehen. Die EU hat zudem mehrere Erklärungen abgegeben, in denen sie Homophobie verurteilt und als Verletzung der Menschenwürde bezeichnet⁷². Sie hat zudem alle Staaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität keinen Straftatbestand mehr darstellen.

⁷⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 17. Juni 2010 eine Entschließung zu Maßnahmen der EU zugunsten von Menschenrechtsverteidigern (Dokument P7_TA-PROV(2010)0226).

⁷¹ Das Europäische Parlament verabschiedete am 21. Oktober 2010 eine Entschließung zum Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (Dokument P7_TA-PROV(2010)0380).

⁷² Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Dezember 2010 eine Entschließung zu Uganda: Bahati-Gesetz und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen (Dokument P7_TA-PROV(2010)0495).

2010 erhielt die Themen **Religions- und Weltanschauungsfreiheit und religiöse Minderheiten** zunehmend Aufmerksamkeit. Für die Union bedeutete dies die praktische Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates vom 16. November 2009, die eine Bewertung der bestehenden EU-Initiativen und die Ausarbeitung neuer Vorschläge vorsahen. Im Rahmen dieses Prozesses beschritt die EU den Weg einer proaktiven Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern in dem langfristig angelegten Bemühen, Brücken zu bauen und die Toleranz und die Harmonie zwischen den Religionsgemeinschaften zu fördern. Die EU hat 2010 in ihren Beziehungen zu Drittländern ihre auf die Förderung der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit ausgerichteten Maßnahmen weiter verstärkt.

Die Rolle **privater Sicherheitsdienstleister** rückte 2010 wieder in den Vordergrund, da abermals Forderungen nach einer Regulierung dieses Sektors laut wurden. Hierdurch wurde eine Reihe wichtiger Fragen aufgeworfen, die mehrere Rechtsgebiete des Völkerrechts berühren, darunter das Recht auf Gewaltanwendung, das humanitäre Völkerrecht, das internationale Strafrecht und das Staatshaftungsrecht. Daher vertrat die EU den Standpunkt, dass die Prüfung dieser Fragen mit einer eingehenden Untersuchung der bestehenden Rechtsrahmen beginnen sollte.

Nach der Annahme der Resolution 1894 (2009) des VN-Sicherheitsrates über den **Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten** begann die EU 2010 mit der Ausarbeitung eines neuen "Entwurfs von überarbeiteten Leitlinien für den Schutz von Zivilpersonen bei GSVP-Missionen und -Operationen". Hierbei sollten die Erfahrungen aus GSVP-Missionen und -Operationen für eine Aktualisierung der vorherigen Leitlinien aus dem Jahr 2003 genutzt werden. Ziel war die Festlegung eines umfassenden Ansatzes der EU, der die verschiedenen Rollen der humanitären und militärischen Akteure und Instrumente abdeckt. Nach Konsultationen mit den VN (OCHA und DPKO) und dem IKRK wurde eine Reihe detaillierter Leitlinien für die Planung und Durchführung von GSVP-Missionen und -Operationen festgelegt.

2010 wurde die im Mai/Juni in Kampala ausgerichtete Konferenz zur **Revision des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**⁷³ erfolgreich abgeschlossen; auf ihr wurden das Verbrechen der Aggression definiert und die Bedingungen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den Strafgerichtshof im Hinblick auf dieses Verbrechen festgelegt. Im Vorfeld dieser Konferenz hatte der Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 25. Mai 2010 bekräftigt, dass die EU entschlossen ist, den Gerichtshof zu unterstützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen. Auf der Konferenz ging die EU vier Verpflichtungen ein und machte damit deutlich, dass sie dem Gerichtshof und seiner Mission große Bedeutung beimisst. Die EU verpflichtete sich, einen Toolkit für Komplementarität auszuarbeiten, der dabei helfen soll, die besonderen Erfordernisse im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Straflosigkeit in den Programmen zur Förderung der Entwicklung und der Rechtsstaatlichkeit besser zu berücksichtigen.

Die EU und das Engagement der Hohen Vertreterin haben dazu beigetragen, dass 2010 drei neue Staaten dem Römischen Statut beigetreten sind: Bangladesch, die Seychellen und Moldau.

Die **internationale Strafjustiz**, die insbesondere durch den IStGH, die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) und für Ruanda (IStGHR) und den Sondergerichtshof für Sierra Leone verkörpert wird, ist von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Friedens und für die Stärkung der internationalen und der lokalen Sicherheit. Auf nationaler Ebene unterstützt die EU die Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas (ECCC) und den Sondergerichtshof für Libanon. Der Prozess von Hissene Habré ist Thema des Dialogs zwischen Senegal, der Afrikanischen Union und der EU; er könnte dazu beitragen, Rechenschaftspflicht einzufordern und der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu bereiten. Ein von der EU finanziert Bericht, der den senegalesischen Behörden die Prozessvorbereitungen erleichtern soll, wurde 2010 fertig gestellt.

2010 wurden sieben **Wahlbeobachtungsmissionen** entsandt (nach Togo, in den Sudan, nach Äthiopien, Guinea, Burundi, Tansania und Côte d'Ivoire), während nach Irak und Afghanistan **Wahlbeurteilungsteams** entsandt wurden. Ein Wahlbeurteilungsteam wird in ein Land entsandt, das die Kriterien für die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission zwar erfüllt, die Entsendung einer solchen Mission sich jedoch aus Sicherheitsgründen verbietet.

⁷³ Das Europäische Parlament verabschiedete am 19. Mai 2010 eine Entschließung zur Überprüfungskonferenz des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Kampala, Uganda (P7_TA-PROV(2010)0185).

2010 wurden acht **Wahlexpertenmissionen** entsandt, und zwar nach Nicaragua, Ruanda und Simbabwe, auf die Salomonen, nach Niger, Haiti, in den Kosovo und nach Sambia. Die in den Kosovo entsandte Wahlexpertenmission wurde eher aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) als aus dem Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) finanziert. Gegenstand der Wahlexpertenmission in Sambia war die Wählerregistrierung.

E. Effizienter, fähiger und kohärenter

Fähiger

Zivile Fähigkeiten

Im Juli 2010 wurde ein Hochrangiges Seminar zum Thema Erleichterung der Entsendung von Zivilpersonal veranstaltet, an dem eine Vielzahl von Behörden der Mitgliedstaaten teilnahm. Ende 2010 konnten in einer Reihe von Fragen Fortschritte festgestellt werden. So waren in den Mitgliedstaaten Fortschritte bei der Erleichterung der Entsendung von Zivilpersonal im Rahmen der GSVP und bei der Umsetzung des Zivilen Planziels 2010 zu verzeichnen. Im Dezember 2010 beschloss der Rat, die Umsetzung des bestehenden Zivilen Planziels 2010 über 2010 hinaus zu verlängern.

Militärische Fähigkeiten

Was die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten betrifft, so wurden die Arbeiten zur Unterstützung der Fähigkeitenentwicklung in den Mitgliedstaaten und zur Erleichterung der entsprechenden nationalen Weichenstellungen in den verschiedenen Gremien, einschließlich des Militärausschusses der EU (EUMC) und der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), fortgeführt. Bei den konzeptionellen Dokumenten der EU wie etwa dem im Februar 2010 beschlossenen Durchführungskonzept für die verlegbare EU-Einsatzbasis der Luftstreitkräfte wurden Fortschritte erzielt. In zwei Seminaren, die am 16. März bzw. am 13. Juli 2010 stattfanden, wurden erste Überlegungen zur Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und ihren Auswirkungen angestellt. Außerdem wurde 2010 mit Überlegungen zur Notwendigkeit einer Strategie für die Sicherheit des Seeverkehrs begonnen (siehe Schlussfolgerungen des Rates vom April 2010).

Im Dezember 2010 wurde auf der Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) eine Liste der künftigen militärischen Fähigkeitsziele festgelegt. Zu diesen Zielen gehört die Verbesserung der Fähigkeit der Kräftekprojektion, des umfassenden Schutzes und der Durchhaltefähigkeit der bei EU-Operationen eingesetzten Kräfte sowie Maßnahmen zur Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen wie Kräfteverfügbarkeit, Informationsüberlegenheit, Wirksamkeit im Einsatz und Spezialausbildung. In dem betreffenden Dokument wird darauf hingewiesen, dass die Einsatzbereitschaft und die Krisenreaktionsfähigkeiten weiter verbessert werden müssen⁷⁴. Zu den Erfordernissen gehören Flexibilität und bessere Einsetzbarkeit der EU-Gefechtsverbände, Förderung des Austausches von Informationen und bewährten Praktiken auf dem Gebiet der Transformation militärischer Fähigkeiten zwecks Stärkung der Interoperabilität sowie Optimierung der bestehenden Fähigkeiten zur Einsatzplanung und Einsatzführung und Nutzung der vorhandenen militärischen Fähigkeiten.

Weimarer Brief

Der Rat hat den Brief der das Weimarer Dreieck bildenden EU-Mitgliedstaaten (DE, FR, PL) vom 6. Dezember 2010 als wichtigen Beitrag begrüßt, um der Agenda zur Entwicklung der GSVP einen neuen Impuls zu geben, und die Hohe Vertreterin ersucht, die Arbeit zu den in diesem Brief angesprochenen wichtigen Themen, darunter die Planungs- und Durchführungsfähigkeiten, die Beziehungen der EU zur NATO, die EU-Gefechtsverbände und die Bündelung und gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten, voranzubringen.

Bündelung und gemeinsame Nutzung

Die Verteidigungsminister haben auf ihrer informellen Tagung im September 2010 festgestellt, dass die Bündelung und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten verstärkt werden müssen, und zwar insbesondere angesichts der Finanzkrise. Dieses Erfordernis wurde vom Rat in seinen Schlussfolgerungen zur Entwicklung militärischer Fähigkeiten vom 9. Dezember 2010 bekräftigt. Der Rat ermutigte die Mitgliedstaaten, ihre nationalen militärischen Fähigkeiten unter diesem Gesichtspunkt zu analysieren. Ferner hielt er die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) dazu an, verstärkt darauf hinzuarbeiten, dass Bereiche, die sich für eine Bündelung und gemeinsame Nutzung eignen, ermittelt werden, und die Mitgliedstaaten bei ihren freiwilligen Bemühungen um Umsetzung von Kooperationsinitiativen zu unterstützen.

⁷⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. Dezember 2010 eine Entschließung zur Schaffung eines Instruments der EU zur raschen Reaktion auf Krisen (Dokument P7_TA-PROV(2010)0465).

Die Agentur hat über das ganze Jahr hinweg die bestehenden Projekte in Bereichen wie europäische Luftransportflotte, europäische Beschaffungszelle für Satellitenkommunikation (SATCOM), Hub-schrauber Verfügbarkeit, logistische Unterstützung und Abwehrmaßnahmen gegen unkonventionelle Sprengvorrichtungen unterstützt. Sie hat ferner auf Basis einer Analyse von mehr als 80 bestehenden Projekten bewährte Verfahrensweisen ermittelt und ihre Untersuchung weiterer Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit fortgesetzt.

Erfahrungswerte und bewährte Vorgehensweisen in der zivilen GSVP

Der Jahresbericht 2010 über die Erfahrungswerte der zivilen GSVP hebt zwei Vorgehensweisen hervor, die beherzigt werden müssen. Erstens müssen die Missionen besser in die allgemeine EU-Politik gegenüber dem Aufnahmeland und der Aufnahmeregion integriert werden. Zweitens muss das Aufnahmeland stärker in die Pflicht genommen werden, bevor eine Mission entsandt wird. Dies gilt insbesondere für Reformen oder andere Maßnahmen, die das Aufnahmeland einleiten muss, um Stabilität zu erreichen und zu verhindern, dass das Land in einen Konflikt zurückfällt.

Durch den zunehmenden Einsatz von Benchmarks sollte es darüber hinaus möglich sein, die Fortschritte bei der Umsetzung der mit dem Aufnahmeland vereinbarten Ziele eindeutiger zu bewerten. Ferner sollte das Benchmarking dazu beitragen, den Prozess der Erfahrungsauswertung besser zu strukturieren, damit eine Optimierung der strategischen Wirkung – u.a. auch durch Einsatz verschiedener EU-Instrumente – erreicht werden kann.

Um die Qualität der Einsätze zu verbessern, bedarf es auch einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der GSVP und innerhalb des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (innerhalb der EU) und mit den wichtigsten Partnerländern, die Missionspersonal bereitstellen. Außerdem müssen die Rekrutierungsverfahren transparenter gestaltet werden. Schließlich sind weitere Arbeiten erforderlich, damit das Beschaffungswesen für die Missionen hinreichend flexibel ist und den spezifischen Erfordernissen der Krisenreaktionsszenarien Rechnung trägt, wobei die Haushaltsordnung für den EU-Haushalt einzuhalten ist.

Lehrgänge und Übungen

2010 wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die allgemeinen Schulungsziele der GSVP zu erreichen. Hauptziel ist es, die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen mit kompetentem Personal (diplomatisches Personal, Zivilpersonal – u.a. aus dem Polizeibereich und sonstigen Bereichen der Rechtsstaatlichkeit – und Militärpersonal) auszustatten, das in der Lage ist, in allen GSVP-Angelegenheiten effiziente Arbeit zu leisten. Ferner müssen die bei GSVP-Missionen und -Operationen eingesetzten Kräfte ordnungsgemäß geschult/ausgebildet werden. Ein im September 2010 veranstaltetes Seminar diente der Feststellung von Fortschritten und Lücken auf dem Gebiet der GSVP-Schulung/Ausbildung. Im Dezember 2010 wurden Mindeststandards für Ausbildungsmodule zu Menschenrechten/Gleichstellung und Kinderschutz im Kontext der GSVP festgelegt.

Das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK) konnte seine Schlüsselposition auf dem Gebiet der Schulung/Ausbildung auf EU-Ebene festigen. Das Kolleg ist nunmehr ein ausgewogenes Netzwerk, dem rund 50 sicherheitspolitische, diplomatische und sonstige zivile Einrichtungen sowie höhere Ausbildungsstätten und Universitäten im Verteidigungsbereich aus fast allen Mitgliedstaaten und das Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS) angehören. Die derzeitige Netzkonfiguration gestattet es, jährlich über 1200 Diplomaten, Polizisten, sonstige zivile Kräfte und Angehörige des Militärs im Rahmen von rund 30 verschiedenen Ausbildungemaßnahmen gemeinsam zu schulen und spezifische EU-Projekte zu unterstützen. Das ESVK leistet daher einen wesentlichen Beitrag zu dem umfassenden Krisenmanagementansatz der EU und zur Förderung der europäischen Sicherheitskultur innerhalb der GSVP.

Die Mitgliedstaaten wurden dazu angehalten, die erweiterten Maßnahmen der einsatzvorbereitenden Ausbildung für zivile GSVP-Missionen umzusetzen. Der Rat hat hervorgehoben, wie wichtig diese Ausbildung angesichts der zunehmenden Komplexität der GSVP-Krisenmanagementmissionen und der schwierigen Einsatzbedingungen ist.

Der Zivile Planungs- und Durchführungsstab (CPCC) hat seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) weiter ausgebaut und bei dem für oberste Führungskräfte der Polizei angebotenen Lehrgang zum Thema Führung und Planung von GSVP-Missionen und -Operationen die Schulung in Einsatzplanung übernommen. Gegenwärtig ist der CPCC damit befasst, zusammen mit nationalen Einrichtungen eine Pilotenschulung für die Leiter von EU-Missionen und für höhere Führungskräfte zu entwickeln. Er unterstützt ferner viele Ausbildungsinitiativen der Mitgliedstaaten, des ESVK und der CEPOL, indem er dafür sorgt, dass Experten aus Brüssel und aus den Missionen ihre vor Ort erworbene Expertise weitergeben.

Der EUMS ist in die Ausbildungsmaßnahmen für die operativen Hauptquartiere (OHQs) einbezogen worden. Für das Kernpersonal von operativen Hauptquartieren und andere Verstärkungskräfte wurde das GSVP-Grundlagentraining (CFT) veranstaltet. Mobile Ausbildungsteams (MTT) wurden in die operativen Hauptquartiere entsandt, um deren Personal mit den Konzepten und Instrumenten der EU vertraut zu machen und entsprechend zu schulen.

Die EU-Militärübung MILEX 10⁷⁵ konzentrierte sich auf die wichtigsten militärischen Aspekte des Krisenmanagements. Sie bot Gelegenheit zur Beübung ausgewählter operativer Aspekte, wobei es um die Verlegung einer EU-Truppe mit Komponenten sowohl der Land- als auch der Luftstreitkräfte ging. Im Mittelpunkt der Übung stand das Zusammenwirken des operativen Hauptquartiers (OHQ) der EU in Potsdam (Deutschland) und des operativ-taktischen Hauptquartiers (FHQ) der EU in Toulon (Frankreich).

Effizienter

Operationen und Missionen

Im Dezember 2010 wurde das Mandat der **Operation zur Bekämpfung der Seeräuberei EU NAVFOR (Operation Atalanta)** bis zum Dezember 2012 verlängert. Das Einsatzgebiet wurde im September 2010 zum zweiten Mal erweitert. Die Operation hat die sichere Lieferung von Nahrungsmittelhilfe durch vom Welternährungsprogramm gecharterte Schiffe ermöglicht, indem sie mehr als 100 Handelsschiffen Geleitschutz auf dem Weg von Mombasa nach Mogadischu gab. Sie hat ferner die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) unterstützt und 91 Schiffen der AMISOM Geleitschutz gegeben.

⁷⁵ Durchführungszeitraum: 16. – 25. Juni 2010; siehe Pressemitteilung des Rates 11083/10 (Presse 177) vom 14. Juni 2010.

Diese Operation zur Abwehr der Seeräuberei hat sich auch bei der Abschreckung und Bekämpfung seeräuberischer Handlungen vor der Küste Somalias als erfolgreich erwiesen, auch wenn sie nicht verhindern konnte, dass die Bedrohung durch Seeräuber in der Region allgemein zunimmt, was echte Auswirkungen auf den internationalen Handel hat. Aufgrund der Überstellungsabkommen mit den Seychellen und mit Kenia konnten 22 mutmaßliche Seeräuber zur strafrechtlichen Verfolgung an die Seychellen und 79 an Kenia überstellt werden. Die EU arbeitete mit dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zusammen, um im Rahmen des Stabilitätsinstruments die seychellische Justiz zu unterstützen. Ferner nahm sie mit Mauritius Verhandlungen über ein Überstellungsabkommen auf. Abgesehen von ihren Maßnahmen gegen die Seeräuberei hat die EU auch Arbeiten eingeleitet, um den weiteren Ausbau der regionalen maritimen Kapazitäten im Rahmen der Regionalstrategie zu unterstützen, die von der Hohen Vertreterin auf einer Ministerkonferenz in Mauritius im Oktober 2010 unterzeichnet wurde.

Im Januar 2010 kam der Rat überein, den somalischen Sicherheitssektor zu unterstützen und mit einer Militärmision der EU zu der bereits laufenden Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte in Uganda beizutragen: **EU-Ausbildungsmision (EUTM Somalia)**. Der Rat vereinbarte, dass die EU-Militärmision in enger Abstimmung mit den Partnern, einschließlich der Übergangs-Bundesregierung (Somalia), Ugandas, der AU, der VN und der USA, durchgeführt wird. Die Notwendigkeit dieser Ausbildung als Teil eines umfassenderen internationalen Engagements wurde anerkannt. Die EUTM Somalia wurde im April 2010 eingeleitet.

Zweck der Mission ist es, zu einem umfassenden und nachhaltigen Ausbau des somalischen Sicherheitssektors beizutragen. Zu den Maßnahmen gehören die Stärkung der somalischen Sicherheitskräfte, die Bereitstellung spezifischer militärischer Ausbildung und die Unterstützung der Ausbildung, die 2 000 Rekruten bis einschließlich Zugstärke von Uganda erhalten, wobei auch eine geeignete modulare Spezialausbildung für Offiziere und Unteroffiziere angeboten wird. Im Rahmen der Mission werden insgesamt 2 000 Soldaten ausgebildet. Die Ausbildung der ersten Tranche hat im Mai 2010 begonnen, wobei die erste Gruppe ausgebildeter Soldaten Anfang 2011 nach Somalia zurückkehren sollte. Die EU prüft derzeit, ob die Mission verlängert werden sollte.

Die Mission **EUSEC RD Congo** hat 2010 die Umsetzung der kongolesischen Pläne zur Verteidigungsreform durch verschiedene Aktivitäten erfolgreich unterstützt. Dazu gehören Maßnahmen in den Bereichen Humanressourcen, Verwaltung und Logistik sowie die Bekämpfung der Straflosigkeit. Im Juli 2010 hat der Rat beschlossen, die Mission bis zum 30. September 2012 zu verlängern.

Die EUSEC-Mission hat die kongolesischen Behörden in der Schlussphase der Integration der letzten inländischen Rebellengruppen in die Streitkräfte in den drei östlichen Provinzen unterstützt. Sobald der Integrationsprozess abgeschlossen ist, wird die Erfassung der Soldaten zu Ende geführt, wodurch ein besseres Personalmanagement ermöglicht wird. Eine weitere Herausforderung wird die Verkleinerung der Streitkräfte sein.

Die EUSEC-Mission trägt auch zur Harmonisierung der von bilateralen Akteuren bereitgestellten Ausbildung für Infanterieeinheiten bei, indem sie die lokalen Behörden bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Ausbildungsgrundsätzen unterstützt.

Die **EUPOL RD Congo** hat 2010 weiterhin die Reform des Sicherheitssektors (SSR) im Bereich der Polizei und ihrer Schnittstelle zur Justiz durch Beobachtung, Anleitung und Beratung unterstützt. 2010 wurde das Mandat bis Ende September 2011 verlängert. Im Oktober 2010 hat die EUPOL RD CONGO damit begonnen, den kongolesischen Behörden bei der Umsetzung des Polizeiaktionsplans Hilfe zu leisten. Dazu konzentriert sie sich auf konkrete Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung ihrer Tätigkeit auf strategischer Ebene sowie auf den Kapazitätsaufbau und die Verbesserung des Zusammenwirkens der kongolesischen Nationalpolizei mit dem weiter gefassten System der Strafjustiz, um so die Bekämpfung von sexueller Gewalt und Straflosigkeit besser zu unterstützen. Zudem half die EUPOL RD Congo bei der Ausbildung von Polizeikräften, insbesondere durch die "Ausbildung von Ausbildern". Die Mission spielt überdies eine Rolle bei der Unterstützung des Wahlprozesses, indem sie bei der Einrichtung von Modell-Polizeidienststellen hilft, die dann dazu beitragen könnten, die öffentliche Ordnung während der Wahlen aufrechtzuerhalten.

Die Beziehungen der EU zu Guinea-Bissau wurden nach dem Militärputsch vom 1. April 2010 und der darauffolgenden Besetzung militärischer Spitzenposten mit Verantwortlichen der Revolte einer Überprüfung unterzogen. Vorbedingung für einen weiteren Ausbau des Engagements der EU bleibt danach, dass die zivile Staatsgewalt gegenüber dem Militär gestärkt und das Problem der Straffreiheit und illegaler Verhaftungen gelöst wird und dass der Wille vorhanden ist, eine echte Reform des Sicherheitssektors anzugehen. Da diese Voraussetzungen bei weitem nicht erfüllt sind, wurde die Mission **EU SSR GUINEA BISSAU** am 30. September 2010 eingestellt; allerdings hat die EU die Initiative von ECOWAS, AU und CPLP weiterhin unterstützt (einschließlich Finanzmitteln von 336 000 EUR aus dem Krisenreaktionsmechanismus, die der AU zur Vorbereitung einer AU/ECOWAS-Mission zur Friedenskonsolidierung und Konfliktachsorge zur Verfügung gestellt wurden). Die EU stimmte außerdem der Einleitung des Verfahrens nach Artikel 96 zu. Weitere Konsultationen und ein vertiefter politischer Dialog werden dazu beitragen, dass wir gemeinsam einen Weg finden können, um unsere Beziehungen und unser künftiges Engagement voranzubringen.

Seit 2005 sind im Rahmen der EU-Bemühungen um eine Lösung des **arabisch-israelischen Konflikts** zwei zivile GSVP-Missionen entsandt worden. **EUPOL COPPS** ist zu einem wesentlichen Partner der Palästinensischen Behörde geworden, was den Aufbau von Kapazitäten der Zivilpolizei und damit zusammenhängende Aktivitäten im Bereich Rechtsstaatlichkeit anbelangt. Das Mandat der Mission wurde 2010 um ein weiteres Jahr verlängert. **EU BAM Rafah** hat ihre Fähigkeit zur Reaktivierung der Mission und zur Wahrnehmung ihrer von beiden Parteien gewünschten Rolle als dritte Partei am Grenzübergang Rafah gemäß dem Abkommen über den Grenzverkehr von 2005 aufrechterhalten. Aufgrund der Situation in Gaza ist EU BAM Rafah seit 2007 nicht in der Lage, die Mission zu reaktivieren. Zur Aufrechterhaltung der Reaktivierungsfähigkeit wurde die Mission 2010 um ein weiteres Jahr verlängert.

EUJUST LEX Iraq wurde 2010 bis zum 30. Juni 2012 verlängert. Im Rahmen des gegenwärtigen Mandats verlegt die Mission ihre Tätigkeiten und Strukturen schrittweise nach Irak (Bagdad, Arbil, Basra). Mit dem Umzug der Mehrheit des Personals in das Bagdader Büro wird die Präsenz der Mission in Brüssel reduziert. Die von den irakischen Behörden begrüßte Mission arbeitete weiter erfolgreich an der Durchführung eines umfangreichen Schulungsprogramms für Richter sowie für Polizei- und Strafvollzugsbeamte.

EUPOL Afghanistan hat sich 2010 im Vergleich zu anderen Einsätzen wie der NATO-Ausbildungsmission in Afghanistan als führender Akteur im Bereich der Zivilpolizei etabliert. Während große Herausforderungen fortbestehen, setzt sich mehr und mehr die Einsicht durch, dass eine gut ausgebildete Zivilpolizei benötigt wird, deren allgemeiner Schwerpunkt eher auf der Rechtsdurchsetzung als der Aufstandsbekämpfung liegt. Kennzeichnend für den Beitrag der EUPOL-Mission zu diesem Gesamtprozess ist der Akzent, der unter dem Dach der Kabuler Polizeiakademie zunehmend auf die Ausbildung afghanischer Polizeiführungskräfte gelegt und über das Stabilitätsinstrument finanziert wird. Auch die Ernennung eines EU-Delegationsleiters/Sonderbeauftragten in dieser Doppelfunktion in Kabul ermöglichte vor Ort die Erschließung neuer Synergien. Das Mandat der EUPOL Afghanistan ist im Mai 2010 um drei Jahre bis Ende Mai 2013 verlängert worden.

Die integrierte **EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo** konnte auch 2010 eine glaubhafte Rolle als Sachwalter der Stabilität spielen. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit 2010 waren vor allem die Aufnahme heikler Ermittlungen in besonders aufsehenerregenden Fällen, die reguläre Arbeit des Bezirksgerichts in Mitrovica und die steigende Zahl von Zollkontrollen im Nordkosovo. EULEX hat mit den Behörden des Kosovo eine effektive Partnerschaft im Rahmen des Gemeinsamen Koordinierungsausschusses im Bereich der Rechtsstaatlichkeit aufgebaut. Die Durchführung von Reformen anhand des programmatischen Ansatzes kommt voran.

Im Rahmen ihres begrenzten Exekutivmandats nahm die EULEX Kosovo auch weiterhin ihre Rolle als nachgeordneter Sicherheitsanbieter wahr, indem sie erforderlichenfalls und in Zusammenarbeit mit der KFOR die Polizei des Kosovo unterstützte. Die Mission war 2010 in der Lage, insbesondere in Mitrovica auf komplizierte Sicherheitssituationen zu reagieren. Den Kern des EULEX-Mandats bildete aber nach wie vor die Unterstützung der lokalen Sicherheitsakteure durch Beobachtung, Anleitung und Beratung. Im Juni 2010 hat der Rat die Dauer der EULEX Kosovo um zwei weitere Jahre bis Juni 2012 verlängert.

Die **Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien (EUMM Georgia)** hat 2010 erfolgreich zu den Bemühungen um Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung vor Ort beigetragen. Während die Mission keinen Zugang zum gesamten georgischen Hoheitsgebiet hatte, bekräftigte die EU, dass dies jedoch noch immer eine Vorbedingung für die Erfüllung des landesweiten Mandats der EUMM ist.

Die **EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM)** hatte seit dem 1. Januar 2010 den Auftrag, die zuständigen Strafverfolgungsbehörden Bosnien und Herzegowinas bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption zu unterstützen. Dazu zählt auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft sowie der Verbindungen zwischen Polizei und Strafvollzug. Dies ist Teil der Anstrengungen der EU zur Etablierung der Rechtsstaatlichkeit in Bosnien und Herzegowina und damit zur Verbesserung der europäischen Perspektive des Landes. Das gegenwärtige Mandat der Mission wird Ende 2011 auslaufen. Die EU berät zur Zeit über ihr künftiges Engagement zur Unterstützung der Regierung von Bosnien und Herzegowina in diesem Bereich.

Operativer Schwerpunkt von **EUFOR Althea** waren die Unterstützung der Anstrengungen Bosnien und Herzegowinas zur Gewährleistung eines sicheren und gesicherten Umfelds sowie die laufende Durchführung der Aufgaben in den Bereichen Kapazitätsaufbau und Ausbildung, die vom Rat im Januar 2010 gebilligt worden waren. Das CONOPS und der OPLAN wurden nach ihrer Überarbeitung durch den Befehlshaber der Operation im September bzw. Oktober 2010 vom PSK gebilligt. Der Rat bestätigte im Oktober 2010, dass die EU auch über 2010 hinaus eine militärische Rolle mit Exekutivbefugnissen übernehmen würde. Der VN-Sicherheitsrat hat am 18. November 2010 das Exekutivmandat der EUFOR Althea um ein weiteres Jahr verlängert (Resolution 1948 (2010)).

EUFOR Althea unterhielt vor Ort enge Arbeitsbeziehungen im Rahmen anderer EU-Instrumente und zu anderen internationalen Akteuren, unter anderem zu operativen Fragen. Insbesondere wurde die Zusammenarbeit mit der EU-Polizeimission bei der Unterstützung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität fortgesetzt, der EU-Sonderbeauftragte und der Befehlshaber der Einsatzkräfte konsultierten einander nach wie vor regelmäßig, und die Zusammenarbeit mit der NATO funktionierte weiterhin gut.

Instrumente

Das Potenzial des **Satellitenzentrums der Europäischen Union (EUSC)** wurde 2010 in vollem Umfang genutzt, um die militärischen Operationen und zivilen Missionen der EU im Rahmen der GSVP – insbesondere EU NAVFOR Atalanta und EUMM Georgia – zu unterstützen.

Die Mitgliedstaaten leisteten dem EUSC Hilfe, indem sie ihm Bildmaterial staatlicher Stellen zur Verfügung stellten, wobei zunächst die an Helios teilnehmenden Staaten Bildmaterial für EU NAVFOR Atalanta bereitstellten. Deutschland und die Hohe Vertreterin unterzeichneten ein Abkommen über die Bereitstellung von Bildmaterial von SAR-Lupe, und hinsichtlich des Abkommens über die Nutzung des Bildmaterials von Cosmo-Skymed wurde mit Italien eine Einigung über die Durchführungsmodalitäten erzielt.

Zusammenarbeit mit Partnern

Der Rat betonte im Dezember 2010, dass die GSVP-Zusammenarbeit mit Drittländern und anderen internationalen Organisationen – vor allem den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union – ausgebaut werden muss, auch um die Fähigkeiten zu verstärken und die Teilnahme an Krisenbewältigungsmissionen und -operationen der EU zu erleichtern.

Außerdem unterstrich der Rat, dass die EU ihre Zusammenarbeit mit der NATO bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten weiterentwickeln werde, damit die Kohärenz, die gegenseitige Verstärkung und die Kosteneffizienz erhöht werden können. Dazu zählten auch praktische Maßnahmen und gegebenenfalls enge Arbeitskontakte unter anderem zwischen der EDA und dem Alliierten Kommando für Transformation (ACT) der NATO auf der Grundlage der Prinzipien der Inklusivität und der Unabhängigkeit der Beschlussfassung.

Zusammenarbeit zwischen der EU und den VN

Die Vereinten Nationen haben 2008 einen Reformprozess eingeleitet – die Initiative "Neuer Horizont" –, der auf die Verbesserung ihrer Friedenssicherungsaktivitäten abzielt und der von Anfang an die Unterstützung der EU erhielt. Beratungen zwischen den Mitgliedstaaten führten dazu, dass das Generalsekretariat des Rates und die Kommission 2010 ein gemeinsames Papier verfassten, in dem mögliche Beiträge zu verschiedenen Aktivitäten benannt werden; diese betreffen beispielsweise die Übertragung der Befehlsgewalt und die Vorausplanung, Unterstützung beim Kapazitätsaufbau und Interoperabilität sowie die Erfahrungsauswertung.

Dialog und intensive Abstimmung mit den VN wurden auf allen Ebenen fortgesetzt. Mitte 2010 wurden im Rat Beratungen über die Verstärkung der GSVP-Unterstützung für Friedenssicherungseinsätze der VN aufgenommen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen hauptsächlich die eventuelle Beisteuerung einer EU-Komponente zu einem VN-Einsatz sowie die mögliche Rolle der EU bei der Unterstützung von Mitgliedstaaten, die sich als Einzelstaaten an VN-Einsätzen beteiligen wollen. In eine zweite Phase der Beratungen sollen auch die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze sowie weitere zuständige Abteilungen der VN einbezogen werden.

Zusammenarbeit EU–NATO

Im Falle der GSVP-Operation EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina haben die EU und die NATO im Jahr 2010 im Rahmen der "Berlin-Plus"-Vereinbarungen weiterhin zusammengearbeitet. In der EU/NATO-Gruppe "Fähigkeiten" fand ein Informationsaustausch über mehrere Bereiche militärischer Fähigkeiten statt, die von gemeinsamem Interesse sind und in denen sich der Bedarf überschneidet. Wie bereits in vorhergehenden Berichten erwähnt, würde die Teilnahme aller 27 Mitgliedstaaten der EU den Austausch von Informationen auf dem Gebiet der militärischen Fähigkeiten noch mehr erleichtern.

Die Hohe Vertreterin wurde am 16. September 2010 ersucht, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO bei der Krisenbewältigung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen weiter verstärkt werden könnte. Dies sollte im Geiste der gegenseitigen Stärkung und unter gebührender Achtung der jeweiligen Entscheidungsautonomie erfolgen und im Einklang mit den Empfehlungen zu konkreten Maßnahmen stehen, die der NATO im Februar 2010 von der EU übermittelt worden waren.

Die Hohe Vertreterin hat dem NATO-Generalsekretär im Februar 2010 eine Reihe konkreter Vorschläge unterbreitet, die das Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU für den Ausbau der Kontakte zwischen der EU und der NATO im Hinblick auf ein besseres Verhältnis zwischen beiden Organisationen ausgearbeitet hatte. Die Mehrzahl dieser Vorschläge wurde 2010 umgesetzt; dabei bot sich die Gelegenheit zu informellen Gesprächen über Fragen von gemeinsamem Interesse, zu einem stärker politisch orientierten Dialog zwischen der EU und der NATO und zu einer intensiveren Zusammenarbeit in konkreten Bereichen der Fähigkeitenentwicklung.

In diesem Kontext wurden weitere Anstrengungen unternommen, unter dem Vorzeichen der von Kürzungen bedrohten Verteidigungsetats die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten auszubauen. EU- und NATO-Bedienstete legten gemeinsame Vorschläge vor, wie in zwei Bereichen, die für den Schutz und die Durchhaltefähigkeit der Truppen im Einsatzgebiet wichtig sind – medizinische Versorgung sowie Abwehr unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen –, die praktische Zusammenarbeit verbessert werden kann. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung der Mitgliedstaaten, und der Rat betonte am 9. Dezember 2010, dass die Arbeitskontakte fortgesetzt werden müssten, um anhand der politischen Leitlinien des PSK etwaige weitere Bereiche für eine konkrete Zusammenarbeit zu ermitteln; die entsprechenden Ergebnisse würden allen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Es besteht weiterhin Bedarf an Regelungen, damit ein Zusammenwirken vor Ort erleichtert wird, wenn GSVP- und NATO-Krisenbewältigungsoperationen/-missionen im selben Einsatzgebiet präsent sind.

Zusammenarbeit EU-AU

Der politische Dialog zwischen der EU und der AU wurde durch die beiden jährlichen Treffen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU und des Rates für Frieden und Sicherheit der AU sichergestellt, bei denen gleichzeitig auch Handlungsempfehlungen zu Sicherheitsfragen ausgesprochen wurden. Die EU hat die afrikanischen Bemühungen um den Aufbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur weiter unterstützt. Mittel der Friedensfazilität für Afrika wurden eingesetzt, um die Operationen der AMISOM und der MICOPAX sowie den Aufbau von Institutionen finanziell zu unterstützen. Die EU hat sich mit der AU und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika weiterhin für die volle Einsatzbereitschaft der afrikanischen Bereitschaftstruppe engagiert. Die enge Zusammenarbeit von EU und AU lässt sich auch am erfolgreichen Abschluss des ersten Zyklus AMANI AFRICA ablesen.

Drittstaaten

Die EU hat ihren regelmäßigen Dialog mit Partnern über die GSVP fortgesetzt, insbesondere mit den nicht der EU angehörenden europäischen NATO-Mitgliedstaaten, anderen Staaten, die sich um den Beitritt zur EU beworben haben, sowie mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Russland und der Ukraine. Mit anderen wichtigen Partnern wie China und Japan wurden Dialog und Konsultationen aufgenommen.

Zwölf Drittstaaten (Albanien, Chile, Kanada, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, Türkei, Ukraine und Vereinigte Staaten) leisteten bedeutende Beiträge zu sieben laufenden Missionen und Operationen (EUFOR Althea, EULEX Kosovo, EUPM Bosnien und Herzegowina, EU-POL COPPS, EU-POL Afghanistan, EU NAVFOR Atalanta und EUSEC RD Congo). Das erfolgreiche Zusammenwirken mit verschiedenen anderen Partnern im Rahmen der Bekämpfung der Seeräuberei wurde fortgesetzt.

Der Rat hat am 26. April 2010 die Hohe Vertreterin ermächtigt, Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss von Abkommen mit 20 Ländern zur Festlegung eines Rahmens für ihre Beteiligung an den Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union aufzunehmen. Auf dieser Grundlage wurden bzw. werden zusätzlich zu den bereits bestehenden Abkommen mit Island, Kanada, Norwegen, der Türkei und der Ukraine ähnliche Abkommen mit mehreren weiteren Partnern ausgehandelt.

Kohärenter

Umfassender Ansatz

Die EU hat 2010 noch intensivere Anstrengungen unternommen, um die Wirksamkeit der einzigartig breiten Palette von Instrumenten, die ihr zur Verfügung stehen, zu optimieren. Entsprechend dem umfassenden Ansatz in der Krisenbewältigung sind die GSVP-Instrumente Bestandteil des EU-Instrumentariums zur Unterstützung weiter gefasster politischer Ziele der Union, wozu auch die Notwendigkeit zählt, die eigentlichen Ursachen eines Konflikts anzugehen. Ein Schwerpunkt der Arbeit war auch weiterhin, den Vertrag von Lissabon umzusetzen und effektiver für die nötige Koordinierung zwischen den militärischen, zivilen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Instrumenten der EU zu sorgen⁷⁶.

⁷⁶ Das Europäische Parlament verabschiedete am 23. November 2010 eine Entschließung über die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren und die Entwicklung zivil-militärischer Fähigkeiten (Dokument P7_TA-PROV(2010)0419).

Entwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten der EU nach 2010

Der Rat hat sich im Dezember 2010 auf Handlungsempfehlungen für die Entwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten der EU nach 2010 und damit auf Richtwerte für die beiden bestehenden zivilen und militärischen Planziele verständigt und die uneingeschränkte Gültigkeit des in der Erklärung zur Verstärkung der Fähigkeiten festgelegten zivil-militärischen Gesamtziels von 2008 bekräftigt.

Ferner zeigte sich der Rat entschlossen, weitere Anstrengungen zu unternehmen, damit die fortbestehenden Defizite behoben werden. Gestützt auf die jeweiligen Abschlussberichte verlängerte er die Umsetzung des zivilen und des militärischen Planziels über 2010 hinaus und vereinbarte, dass die EU und die Mitgliedstaaten sich auf die qualitativen Aspekte der Fähigkeitenentwicklung konzentrieren müssten. Er legte Ziele im Bereich der zivil-militärischen, der zivilen und der militärischen Fähigkeiten fest, die nötigenfalls in Abhängigkeit u. a. von der Weiterentwicklung des Sicherheitsumfelds, von den Fortschritten bei der Fähigkeitenentwicklung und vom Stand der Umsetzung des Vertrags von Lissabon zu überprüfen sind. Die Hohe Vertreterin koordiniert unter Aufsicht des Rates die Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen.

Zivil-militärische Synergien bei der Fähigkeitenentwicklung

Wie im Vertrag von Lissabon hervorgehoben, ist es ein wesentliches operatives Erfordernis, dass die EU die von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten zivilen und militärischen Fähigkeiten nutzen kann. Die Förderung zivil-militärischer Synergien bei der EU-Fähigkeitenentwicklung ist zugleich eine Notwendigkeit und eine politische Priorität der Union. Die sich daraus ergebenden potenziellen Vorteile wurden im April und Dezember 2010 vom Rat unterstrichen, der hervorhob, wie wichtig es ist, den Schwerpunkt auf die konkrete Bereitstellung von Fähigkeiten zu legen, die zu operativen Verbesserungen führen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten prüfen zu diesem Zweck, wie Kohärenz, Wirksamkeit und Ganzheitlichkeit bei der EU-Fähigkeitenentwicklung optimiert und zivil-militärische Synergien dort gefördert werden können, wo sie zusätzlichen Nutzen bringen. Diese vom schwedischen Vorsitz eingebrachte und vom Rat im November 2009 gebilligte Initiative wird seither anhand der politischen Vorgaben des PSK vorangebracht und betrifft alle für die EU-Fähigkeitenentwicklung relevanten Akteure und Mitgliedstaaten, die in verschiedenen Bereichen⁷⁷ zusammenarbeiten, wobei die jeweiligen Eigenheiten der Entwicklungsprozesse bei zivilen und bei militärischen Fähigkeiten gewahrt bleiben.

Ziel ist es dabei, dem PSK Vorschläge für konkrete Maßnahmen – von praktischen Modalitäten für die doppelte Verwendung ziviler oder militärischer Fähigkeiten bis hin zu innovativen Konzepten – zu unterbreiten, die im Rahmen von Ausbildung und gemeinsamen zivil-militärischen Verfahren durchgeführt werden könnten.

Unterstützt wurden die entsprechenden Arbeiten unter anderem auch durch die im Februar 2010 abgehaltene Jahreskonferenz der EDA "Bridging Efforts: Connecting civilian security and military capability development" und durch das vom spanischen Vorsitz im Februar 2010 organisierte Seminar "Synergies between the EU civil and military capability development for crisis management".

⁷⁷ Strategischer und taktischer Transport, logistische Unterstützung, Kommunikations- und Informationssysteme, medizinische Versorgung, Sicherheit und Schutz des Personals, Nutzung der weltraumgestützten Fähigkeiten, unbemannte Fahrzeuge, Lagerhaltung und zentralisierte Unterstützungssysteme, Austausch von Informationen und Erkenntnissen, Ausbildung, Übungen, Verknüpfung der Entwicklungsprozesse ziviler und militärischer Fähigkeiten sowie Erfahrungsauswertung.

ANNEX I: ACTES JURIDIQUES PESC 2010

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
I. MESURES RESTRICTIVES			
I.1 BALKANS OCCIDENTAUX			
07.10.2010	Nouvelles mesures définies à l'appui d'une mise en oeuvre effective du mandat du Tribunal pénal international pour l'ex-Yougoslavie (TPIY)	art. 29	2010/603/PESC L 265 (08.10.2010)
08.03.2010	Renouvellement des mesures définies à l'appui d'une mise en oeuvre effective du mandat du Tribunal pénal international pour l'ex-Yougoslavie (TPIY)	art. 29	2010/145/PESC L 58 (09.03.2010)
I.2 AFRIQUE			
CÔTE D'IVOIRE			
22.12.2010	Modification de la décision du Conseil 2010/656/PESC renouvelant les mesures restrictives instaurées à l'encontre de la Côte-d'Ivoire	art. 29	2010/801/PESC L 341 (23.12.2010)
29.10.2010	Renouvellement des mesures restrictives instaurées à l'encontre de la Côte d'Ivoire	art. 29	2010/656/PESC L 285 (30.10.2010)
REPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE DU CONGO			
20.12.2010	Adoption de mesures restrictives à l'encontre de la République démocratique du Congo et abrogeant la position commune 2008/369/PESC	art. 29	2010/788/PESC L 336 (21.12.2010)
ÉRYTHRÉE			
26.07.2010	Modification la décision 2010/127/PESC concernant des mesures restrictives à l'encontre de l'Érythrée	art. 29	2010/414/PESC L 195 (27.07.2010)
01.03.2010	Mesures restrictives à l'encontre de l'Érythrée	art. 29	2010/127/PESC L 51 (02.03.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
LIBERIA			
01.03.2010	Modification de la position commune 2008/109/PESC concernant des mesures restrictives instituées à l'encontre du Liberia	art. 29	2010/129/PESC L 51 (02.03.2010)
REPUBLIQUE DE GUINÉE			
25.10.2010	Mesures restrictives à l'encontre de la République de Guinée	art. 29	2010/638/PESC L 280 (26.10.2010)
29.03.2010	Modification de la position commune 2009/788/PESC concernant des mesures restrictives à l'encontre de la République de Guinée	art. 29	2010/186/PESC L 83 (30.03.2010)
SIERRA LEONE			
08.11.2010	Abrogation de la position commune 98/409/PESC relative à la Sierra Leone	art. 29	2010/677/PESC L 292 (10.11.2010)
SOMALIE			
26.04.2010	Mesures restrictives à l'encontre de la Somalie et abrogeant la position commune 2009/138/PESC	art. 29	2010/231/PESC L 105 (27.04.2010) + C 107 (27.04.2010)
01.03.2010	Modification de la position commune 2009/138/PESC concernant des mesures restrictives à l'encontre de la Somalie	art. 29	2010/126/PESC L 51 (02.03.2010)
ZIMBABWE			
25.02.2010	Modification de l'annexe de la position commune 2004/161/PESC renouvelant les mesures restrictives à l'encontre du Zimbabwe	art. 29	2010/121/PESC L 49 (26.02.2010)
15.02.2010	Prorogation des mesures restrictives à l'encontre du Zimbabwe	art. 29	2010/92/PESC L 41 (16.02.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
I.3 ASIE / OCÉANIE			
BIRMANIE / MYANMAR			
26.04.2010	Renouvellement des mesures restrictives à l'encontre de la Birmanie/du Myanmar	art. 29	2010/232/PESC L 105 (27.04.2010) + C 107 (27.04.2010)
RÉPUBLIQUE POPULAIRE DÉMOCRATIQUE DE CORÉE			
22.12.2010	Mesures restrictives à l'encontre de la République populaire démocratique de Corée et abrogeant la position commune 2006/795/PESC	art. 29	2010/800/PESC L 341 (23.12.2010)
I.4 MOYEN-ORIENT / GOLFE			
IRAN			
25.10.2010	Modification de la décision 2010/413/PESC concernant des mesures restrictives à l'encontre de l'Iran et abrogeant la position commune 2007/140/PESC	art. 29 décision 2010/413/PESC art. 23 §2	2010/644/PESC L 281 (27.10.2010)
26.07.2010	Mesures restrictives à l'encontre de l'Iran et abrogeant la position commune 2007/140/PESC	art. 29	2010/413/PESC L 195 (27.07.2010) + rectificatif L 197 (29.07.2010)
IRAQ			
01.03.2010	Modification de la position commune 2003/495/PESC sur l'Iraq	art. 29	2010/128/PESC L 51 (02.03.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
I.5 EUROPE ORIENTALE ET ASIE CENTRALE			
BIÉLORUSSIE			
25.10.2010	Mesures restrictives à l'encontre de certains fonctionnaires de Biélorussie	art. 29	2010/639/PESC L 280 (26.10.2010)
RÉPUBLIQUE DE MOLDAVIE			
27.09.2010	Mesures restrictives à l'encontre des dirigeants de la région de Transnistrie (République de Moldavie)	art. 29	2010/573/PESC L 253 (28.09.2010)
22.02.2010	Prorogation des mesures restrictives à l'encontre des dirigeants de la région de Transnistrie (République de Moldavie)	art. 29	2010/105/PESC L 46 (23.02.2010)
II. PESD			
II.1 BALKANS OCCIDENTAUX			
06.12.2010	Modification de la décision 2009/906/PESC concernant la mission de police de l'Union européenne (MPUE) en Bosnie-et-Herzégovine	art. 28, art. 43 §2	2010/755/PESC L 320 (07.12.2010)
30.11.2010	Prorogation du mandat du chef de la mission de police de l'Union européenne (MPUE) en Bosnie-et-Herzégovine	art. 38, décision 2009/906/PESC art. 10 §1	2010/754/PESC MPUE/1/2010 L 320 (07.12.2010)
15.10.2010	Modification de l'action commune 2008/124/PESC relative à la mission «État de droit» menée par l'Union européenne au Kosovo ⁷⁸ , EULEX KOSOVO	art. 28, art. 43 §2	2010/619/PESC L 272 (16.10.2010)
27.07.2010	Nomination d'un chef de la mission «État de droit» menée par l'Union européenne au Kosovo, EULEX KOSOVO	art. 38, action commune 2008/124/PESC art. 12§2	2010/431/PESC EULEX/1/2010 OJ L 202 (04.08.2010)

⁷⁸ Under United Nations Security Council Resolution 1244 (1999) - SK

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
15.06.2010	Nomination du chef de l'élément de commandement de l'Union européenne à Naples, dans le cadre de l'opération militaire de l'Union européenne en Bosnie-et-Herzégovine	art. 38, action commune 2004/570/PESC art. 6	2010/344/PESC BiH/16/2010 L 155 (22.06.2010)
08.06.2010	Modification et prorogation de l'action commune 2008/124/PESC relative à la mission «État de droit» menée par l'Union européenne au Kosovo (1), EULEX KOSOVO	art. 28, art. 43 §2	2010/322/PESC L 145 (11.06.2010)
II.2 AFRIQUE			
07.12.2010	Modification de l'action commune 2008/851/PESC concernant l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie	art. 28, art. 43 §2	2010/766/PESC L 327 (11.12.2010)
26.11.2010	Nomination d'un commandant de la force de l'Union européenne pour l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta)	art. 38 action commune 2008/851/PESC art. 6	2010/753/PESC ATALANTA/5/2010 L 320 (07.12.2010)
08.10.2010	Nomination du chef de la mission de conseil et d'assistance de l'Union européenne en matière de réforme du secteur de la sécurité en République démocratique du Congo (EUSEC RD Congo)	art. 38 décision 2010/565/PESC art. 8	2010/610/PESC EUSEC/2/2010 L 266 (09.10.2010)
08.10.2010	Nomination du chef de la mission EUPOL RD Congo	art. 38, décision 2010/576/PESC art. 10 §1	2010/609/PESC EUPOL RD CONGO/1/2010 L 266 (09.10.2010) + Rectificatif L 272 (16.10.2010)
23.09.2010	Mission de police de l'Union européenne menée dans le cadre de la réforme du secteur de la sécurité (RSS) et son interface avec la justice en République démocratique du Congo (EUPOL RD Congo)	art. 28, art. 43 §2	2010/576/PESC L 254 (29.09.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
21.09.2010	Mission de conseil et d'assistance de l'Union européenne en matière de réforme du secteur de la sécurité en République démocratique du Congo (EUSEC RD Congo)	art. 28, art. 43	2010/565/PESC L 248 (22.09.2010)
06.08.2010	Signature et à la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et la République d'Ouganda concernant le statut de la mission placée sous la direction de l'Union européenne en Ouganda	art. 37 (TUE) art. 218 §5 + §6 premier alinéa (TFUE)	2010/464/PESC L 221 (24.08.2010)
30.07.2010	Modification de l'action commune 2008/851/PESC concernant l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie	art. 28, art. 43 §2	2010/437/PESC L 2010 (11.08.2010)
19.07.2010	Nomination d'un commandant de la force de l'Union européenne pour l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta)	art. 38 action commune 2008/851/PESC art. 6	2010/423/PSC ATALANTA/4/2010 L 199 (31.07.2010)
15.06.2010	Nomination du chef de la mission de l'Union européenne visant à soutenir la réforme du secteur de la sécurité en République de Guinée-Bissau (UE RSS GUINÉE-BISSAU)	art. 38 action commune 2008/112/PESC art. 8, § 1, deuxième alinéa	2010/334/PESC UE RSS GUINÉE- BISSAU/1/2010 L 151 (17.06.2010)
14.06.2010	Modification et prolongation de l'action commune 2007/405/PESC relative à la mission de police de l'Union européenne menée dans le cadre de la réforme du secteur de la sécurité (RSS) et son interface avec la justice en République démocratique du Congo (EUPOL RD Congo)	art. 28, art. 43 §2	2010/329/PESC L 149 (15.06.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
28.05.2010	Nomination d'un commandant de l'opération de l'Union européenne pour l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta)	art. 38 action commune 2008/851/PESC art. 6 §1	2010/317/PESC ATALANTA/3/2010 L 142 (10.06.2010) + Rectificatif L 205 (06.08.2010)
25.05.2010	Modification et prolongation de l'action commune 2008/112/PESC relative à la mission de l'Union européenne visant à soutenir la réforme du secteur de la sécurité en République de Guinée- Bissau (UE RSS GUINÉE-BISSAU)	art. 28, art. 43 §2	2010/298/PESC L 127 (26.05.2010)
18.05.2010	Établissement du Comité des contributeurs pour la mission de conseil et d'assistance de l'Union européenne en matière de réforme du secteur de la sécurité en République démocratique du Congo (EUSEC RD Congo)	art. 38 action commune 2009/709/PESC art. 10 §3	2010/297/PESC EUSEC/1/2010 L 127 (26.05.2010)
23.03.2010	Nomination du commandant de la force de l'Union européenne pour l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta)	art. 38 action commune 2008/851/PESC art. 6	2010/185/PESC ATALANTA/2/2010 L 83 (30.03.2010)
05.03.2010	Modification de la décision Atalanta/2/2009 du Comité politique et de sécurité relative à l'acceptation de contributions d'États tiers à l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta), ainsi que la décision Atalanta/3/2009 du Comité politique et de sécurité établissant le Comité des contributeurs pour l'opération militaire de l'Union européenne en vue d'une contribution à la dissuasion, à la prévention et à la répression des actes de piraterie et de vols à main armée au large des côtes de la Somalie (Atalanta)	art. 38 action commune 2008/851/PESC art. 10	2010/184/PESC ATALANTA/1/2010 L 83 (30.03.2010)
15.02.2010	Mission militaire de l'Union européenne visant à contribuer à la formation des forces de sécurité somaliennes	art. 28, art. 43 §2	2010/96/PESC L 44 (19.02.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
II.3 ASIE / OCÉANIE			
13.09.2010	Signature et conclusion de l'accord entre l'Union européenne et la République islamique d'Afghanistan concernant le statut de la mission de police de l'Union européenne en Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN)	art. 37 (TUE) art. 218 §5+6 premier alinéa (TFUE)	2010/686/PESC L 294 (12.11.2010)
11.06.2010	Nomination du chef de la Mission EUPOL Afghanistan	art. 38 décision 2010/279/PESC art. 10§1	2010/341/PESC AFGHANISTAN/2/2 010 L 154 (19.06.2010)
18.05.2010	Nomination du chef par intérim de la Mission EUPOL Afghanistan	art. 38 3ème alinéa décision 2010/279/PESC art. 10§1	2010/292/PESC AFGHANISTAN/1/2 010 L 125 (21.05.2010)
18.05.2010	Mission de police de l'Union européenne en Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN)	art. 28, art. 43 §2	2010/279/PESC L 123 (19.05.2010)
II.4 MOYEN-ORIENT / GOLFE			
21.12.2010	Prolongation du mandat du chef de la mission de police de l'Union européenne pour les territoires palestiniens (EUPOL COPPS)	art. 38 décision 2010/784/PESC art. 10 §1	2010/796/PESC L 338 (22.12.2010)
17.12.2010	Mission de police de l'Union européenne pour les territoires palestiniens (EUPOL COPPS)	art. 28, art. 43 §2	2010/784/PESC L 335 (18.12.2010)
02.12.2010	Modification de l'action commune 2005/797/PESC et la décision 2009/955/PESC du Conseil concernant la mission de police de l'Union européenne pour les territoires palestiniens	art. 28, art. 43 §2	2010/747/PESC L 318 (04.12.2010)
22.06.2010	Prorogation du mandat du chef de la mission intégrée «État de droit» de l'Union européenne pour l'Iraq, EUJUST LEX-IRAQ	art. 38 décision 2010/330/PESC art. 9 §2	2010/351/PESC EUJUST LEX IRAQ/1/2010 L 160 (26.06.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
14.06.2010	Mission intégrée «État de droit» de l'Union européenne pour l'Iraq, EUJUST LEX-IRAQ	art. 28, art. 43 §2	2010/330/PESC L 149 (15.06.2010)
21.05.2010	Prorogation du mandat du chef de la mission de l'Union européenne d'assistance à la frontière au point de passage de Rafah	art. 38 action commune 2005/889/PESC art. 10 §2	2010/295/PESC EU BAM Rafah/1/2010 L 126 (22.05.2010)
12.05.2010	Modification et prorogation de l'action commune 2005/889/PESC établissant une mission de l'Union européenne d'assistance à la frontière au point de passage de Rafah (EU BAM Rafah)	art. 28, art. 43 §2	2010/274/PESC L 119 (13.05.2010)

II.5 EUROPE ORIENTALE ET ASIE CENTRALE

03.09.2010	Prorogation du mandat du chef de la mission d'observation de l'Union européenne en Géorgie, EUMM Georgia	action commune 2008/736/PESC art. 10 §1	2010/480/PESC EUMM Georgia/1/2010 L 234 (04.09.2010)
12.08.2010	Mission d'observation de l'Union européenne en Géorgie (EUMM Georgia)	art. 28 art. 43 §2	2010/452/PESC L 213 (13.08.2010)
26.07.2010	Modification l'action commune 2008/736/PESC concernant la mission d'observation de l'Union européenne en Géorgie, EUMM Georgia	art. 28 art. 43 §2	2010/424/PESC L 199 (31.07.2010)

III. REPRÉSENTANTS SPÉCIAUX DE L'UNION EUROPÉENNE

III.1 AFGHANISTAN

11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour l'Afghanistan	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/439/PESC L 211 (12.08.2010)
22.03.2010	Nomination du représentant spécial de l'Union européenne pour l'Afghanistan	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/168/PESC L 75 (23.03.2010)
25.02.2010	Prorogation et modification du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour l'Afghanistan et le Pakistan	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/120/PESC L 49 (26.02.2010)

III.2 ANCIENNE RÉPUBLIQUE YOUGOSLAVE DE MACÉDOINE (ARYM)

11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne dans l'ancienne République yougoslave de Macédoine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/444/PESC L 211 (12.08.2010)
16.03.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne dans l'ancienne République yougoslave de Macédoine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/156/PESC L 67 (17.03.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
III.3 ASIE CENTRALE			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour l'Asie centrale	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/443/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour l'Asie centrale	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/112/PESC L 46 (23.02.2010)
III.4 BOSNIE-HERZÉGOVINE			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne en Bosnie-et-Herzégovine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/442/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne en Bosnie-et-Herzégovine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/111/PESC L 46 (23.02.2010)
III.5 CAUCASE DU SUD			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour le Caucase du Sud	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/449/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour le Caucase du Sud	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/109/PESC L 46 (23.02.2010)
III.6 GÉORGIE			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour la crise en Géorgie	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/445/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour la crise en Géorgie	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/106/PESC L 46 (23.02.2010)
III.7 KOSOVO			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne au Kosovo	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/446/PESC L 211 (12.08.2010)
25.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne au Kosovo	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/118/PESC L 49 (26.02.2010)
III.8 PROCESSUS DE PAIX AU MOYEN-ORIENT			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour le processus de paix au Moyen-Orient	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/447/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour le processus de paix au Moyen-Orient	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/107/PESC L 46 (23.02.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
III.9 RÉGION DES GRANDS LACS AFRICAINS			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour la région des Grands Lacs africains	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/440/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour la région des Grands Lacs africains	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/113/PESC L 46 (23.02.2010)
III.10 RÉPUBLIQUE DE MOLDAVIE			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne en République de Moldavie	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/448/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne en République de Moldavie	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/108/PESC L 46 (23.02.2010)
III.11 SOUDAN			
11.08.2010	Nomination du représentant spécial de l'Union européenne pour le Soudan	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/450/PESC L 211 (12.08.2010)
22.02.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne pour le Soudan	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/110/PESC L 46 (23.02.2010)
III.12 UNION AFRICAINE			
11.08.2010	Prorogation du mandat du représentant spécial de l'Union européenne auprès de l'Union africaine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/441/PESC L 211 (12.08.2010)
25.02.2010	Prorogation et modification du mandat du représentant spécial de l'Union européenne auprès de l'Union africaine	art. 28, art. 31(2), art. 33	2010/119/PESC L 49 (26.02.2010)
IV. NON-PROLIFERATION			
13.12.2010	Soutien au processus d'instauration d'un climat de confiance conduisant à la création d'une zone exempte d'armes de destruction massive et de leurs vecteurs au Moyen-Orient, à l'appui de la mise en oeuvre de la stratégie de l'Union européenne contre la prolifération des armes de destruction massive	art. 26 §2	2010/799/PESC L 341 (23.12.2010)
02.12.2010	Action de l'Union européenne contre le commerce illicite d'armes légères et de petit calibre (ALPC) par voie aérienne	art. 26 §2	2010/765/PESC L 327 (11.12.2010)

DATE	OBJET	BASE JURIDIQUE	RÉFÉRENCE J.O.
27.09.2010	Soutien aux activités de l'AIEA dans les domaines de la sécurité et de la vérification nucléaires et dans le cadre de la mise en oeuvre de la stratégie de l'Union européenne contre la prolifération des armes de destruction massive	art. 26 §2 art. 31§ 1	2010/585/PESC L 259 (01.10.2010)
26.07.2010	Soutien aux activités de la commission préparatoire de l'Organisation du traité d'interdiction complète des essais nucléaires (OTICE) afin de renforcer ses capacités en matière de surveillance et de vérification et dans le cadre de la mise en oeuvre de la stratégie de l'Union européenne contre la prolifération des armes de destruction massive	art. 26 §2 art. 31§ 1	2010/461/PESC L 219 (20.08.2010)
26.07.2010	Établissant d'un réseau européen de groupes de réflexion indépendants sur la non-prolifération à l'appui de la mise en oeuvre de la stratégie de l'Union européenne contre la prolifération des armes de destruction massive	art. 26 §2 art. 31§ 1	2010/430/PESC L 202 (04.08.2010)
14.06.2010	Activités de l'Union européenne en faveur du traité sur le commerce des armes, dans le cadre de la stratégie européenne de sécurité	art. 26 §2 art. 31§ 1	2010/336/PESC L 152 (18.06.2010)
29.03.2010	Position de l'Union européenne en vue de la conférence d'examen de 2010 des parties au traité sur la non-prolifération des armes nucléaires	art. 29	2010/212/PESC L 90 (10.04.2010)
V. LUTTE CONTRE LE TERRORISME			
12.07.2010	Mise à jour de la liste des personnes, groupes et entités auxquels s'appliquent les articles 2, 3 et 4 de la position commune 2001/931/PESC relative à l'application de mesures spécifiques en vue de lutter contre le terrorisme	art. 29	2010/386/PESC L 178/28 (13.07.2010)
VI. AUTRES ACTES JURIDIQUES			
PROCESSUS DE PAIX AU MOYEN-ORIENT			
17.11.2010	Accueil temporaire de certains Palestiniens par des États membres de l'Union européenne	art. 29	2010/694/PESC L 303 (19.11.2010)

**ANNEX II: MAIN APPEARANCES IN THE EUROPEAN PARLIAMENT IN THE FIELD
OF CFSP/CSDP IN 2010**

I. HIGH REPRESENTATIVE:

NO	DATE	PERSON/ SUBJECT	PLACE
1	11.01	Hearing for appointment	AFET, Brussels
2	19.01	HR on the earthquake in Haiti, the situation in Iran, the situation in Yemen and the situation in Iraq	EP Plenary, Strasbourg
3	10.03	HR on the two annual EP reports on CFSP (Rapporteur Albertini) and ESDP (Rapporteur Danjean), the review of the NPT and statement on EU policy on Arctic issues	EP Plenary, Strasbourg
4	10.03	HR on EEAS	Conference of Presidents
5	23.03	HR on the setting-up of EEAS and debriefing of FAC (22-23/3)	AFET, Brussels
6	20.04	HR on the EU strategy for the relations with Latin America, Kyrgyzstan and the EU-Canada summit	EP Plenary, Strasbourg
7	16.06	HR on the EU-Russia summit, the Israeli military operation against the humanitarian flotilla and the Gaza blockade, on the Annual report on human rights, the Situation in the Korean Peninsula and on Bosnia and Herzegovina	EP Plenary, Strasbourg
8	07.07	HR statements on EP report on EEAS, Kyrgyzstan, AIDS/HIV and on Convention on Cluster Munition	EP Plenary, Strasbourg
9	19.10	HR on EEAS	EP Plenary, Strasbourg
10	27.10	HR: exchange of views with AFET	AFET, Brussels
11	08.11	HR on development-related aspects of the EEAS	DEVE, Brussels
12	15.12	HR statements on Afghanistan, Human Rights, NATO Summit in Lisbon (19-20/11) and situation in Côte d'Ivoire	EP Plenary, Strasbourg

II. APPEARANCES AS PART OF THE 2006 I.I.A. (JOINT CONSULTATION MEETINGS ON THE FINANCING OF CFSP) 79:

No	DATE	PERSON/ SUBJECT	PLACE
1	03.02	PSC Chair Fernandez-Arias	AFET/BUDG bureaux, EP
2	14.04	PSC Chair Fernandez-Arias	AFET/BUDG bureaux, EP
3	13.07	PSC Chair Stevens	AFET/BUDG bureaux, EP
4	17.11	PSC Chair Stevens	AFET/BUDG bureaux, EP

III. EUROPEAN UNION SPECIAL REPRESENTATIVES (EUSRS):

No	DATE	PERSON/ SUBJECT	PLACE
1	26.01	EUSR Inzko on the situation in Bosnia and Herzegovina - in camera	AFET, Brussels
2	26.01	EUSR Fouéré on FYROM	AFET, Brussels
3	27.04	EUSR Morel on Kyrgyzstan and Georgia	AFET, Brussels
4	27.04	EUSR Semneby on Report by the EU-Georgia PCC delegation visit to Tbilisi (29-31/3)	AFET, Brussels
5	22.06	EUSR Feith on Kosovo	AFET, Brussels
6	23.06	EUSR Morel on Kyrgyzstan	AFET, Brussels
7	13.07	EUSR Brylle on Sudan-post elections	AFET, Brussels
8	28.09	EUSR Ušackas on the EU in Afghanistan	AFET, Brussels
9	02.12	EUSR Feith on Kosovo	AFET, Brussels

⁷⁹ In accordance with the 2006 I.I.A. (OJ C 139/01, 14.6.2006) and the Declaration by the High Representative on political accountability on the adoption of the Council decision establishing the organisation and functioning of the EEAS (OJ C 210/01, 03.08.2010).

IV. EXCHANGE OF VIEWS WITH NEWLY APPOINTED EU SPECIAL REPRESENTATIVES (EUSRS)⁸⁰:

No	DATE	PERSON/ SUBJECT	PLACE
1	23.03	Exchange of views with EUSR Ušackas on Afghanistan (in camera)	AFET, Brussels
2	29.09	Exchange of views with EUSR Marsden on Sudan	AFET, Brussels

V. EXCHANGE OF VIEWS WITH NEWLY APPOINTED EU HEADS OF DELEGATIONS (HOD)⁸¹:

No	DATE	PERSON/ SUBJECT	PLACE
1	08.04	Exchange of views with de Almeida, newly appointed HoD in Washington (in camera)	AFET, Brussels
2	30.11	Exchange of views with Dimitrov, newly appointed EU HoD in Georgia (in camera)	AFET, Brussels
3	01.12	Exchange of views with Ederer, newly appointed EU HoD in China (in camera)	AFET, Brussels
4	01.12	Exchange of views with Schweisgut, newly appointed EU HoD in Japan (in camera)	AFET, Brussels
5	09.12	Exchange of views with Eichhorst, newly appointed EU HoD in Lebanon (in camera)	AFET, Brussels

⁸⁰ In accordance with the Declaration by the High Representative on political accountability on the adoption of the Council decision establishing the organisation and functioning of the EEAS (OJ C 210/01, 03.08.2010).

⁸¹ In accordance with the Declaration by the High Representative on political accountability on the adoption of the Council decision establishing the organisation and functioning of the EEAS (OJ C 210/01, 03.08.2010).

ANNEX III: CFSP BUDGET 2010 - COMMITMENT APPROPRIATIONS

Actions financed in 2010:

19.0301 MONITORING AND IMPLEMENTATION OF PEACE AND SECURITY PROCESSES

DECISION NO AND DESCRIPTION	COST €
2009/572/CFSP EUMM Georgia (prolongation until 14 September 2010, €12.500.000)	3.500.000
2010/274/CFSP EUBAM RAFAH (prolongation until 24 May 2011)	1.950.000
2010/424/CFSP EUMM Georgia (budget top up period until 14 September 2010)	2.500.000
2010/452/CFSP EUMM Georgia (15 September 2010 - 14 September 2011)	26.600.000

19.0302 NON-PROLIFERATION AND DISARMAMENT

DECISION NO AND DESCRIPTION	COST €
2009/1012/CFSP Support of EU activities to promote the Control of arms exports	787.000
2010/179/CFSP Support of SEESAC arms control activities in Western Balkans	1.600.000
2010/336/CFSP EU activities in support of the Arms Trade Treaty (ATT-UNIDIR)	1.520.000
2010/461/CFSP on EU activities in support of the CTBTO	5.280.000
2010/430/CFSP establishing a European network of independent think tanks	2.182.000
2010/585/CFSP EU support for the IAEA activities in the area of nuclear security ... (IAEA V)	9.966.000
2010/765/CFSP EU action to counter the illicit trade of SALW by air (SIPRI)	900.000

19.0303 CONFLICT RESOLUTION AND OTHER STABILISATION MEASURES

DECISION NO AND DESCRIPTION	COST €
2010/330/CFSP EUJUST LEX IRAQ (1 July 2010 - 30 June 2011)	17.500.000
2010/322/CFSP amending JA 2009/124/CFSP EULEX Kosovo (2009 budget extension until 14 October 2010)	19.164.882
2010/565/CFSP EUSEC DR Congo (1 October 2010 - 30 September 2011)	12.600.000
2010/619/CFSP EULEX Kosovo (15 October 2010 - 14 October 2011- first instalment budget €165 Mio)	70.000.000

19.0305 PREPARATORY AND FOLLOW-UP MEASURES

DECISION NO AND DESCRIPTION	COST €
External Audits (5 audit assignments and 2 FR Art. 56 assessments)	273.365
Specific audit	22.600
Equipment for preparatory measures	32.000

19.0306 EUROPEAN UNION SPECIAL REPRESENTATIVES

DECISION NO AND DESCRIPTION	COST €
2010/106/CFSP EUSR for the crisis in Georgia (€502.000)	419.753
2010/107/CFSP EUSR for the Middle East Peace process (€730.000)	608.847
2010/108/CFSP EUSR in the Republic of Moldova (€1.025.000)	863.000
2010/109/CFSP EUSR for the South Caucasus (€1.855.000)	1.549.094
2010/110/CFSP EUSR for Sudan (€1.410.000)	1.175.258

2010/111/CFSP EUSR in Bosnia and Herzegovina (€2.350.000)	1.950.000
2010/112/CFSP EUSR for Central Asia (€800.000)	700.000
2010/113/CFSP EUSR for the African Great Lakes (€1.065.000)	894.660
2010/118/CFSP EUSR in Kosovo (€1.660.000)	1.360.000
2010/119/CFSP EUSR to the African Union (no cost extension until 31.08.2010)	0
2010/120/CFSP EUSR for Afghanistan and Pakistan (no cost extension until 31.03.2010)	0
2010/156/CFSP EUSR in FYROM (€340.000)	290.000
2010/168/CFSP EUSR in Afghanistan (€2.500.000)	2.090.000
2010/439/CFSP EUSR in Afghanistan (12 month extension)	4.515.000
2010/440/CFSP EUSR for the African Great Lakes (12 month extension)	1.520.000
2010/441/CFSP EUSR to the African Union (12 month extension)	1.280.000
2010/442/CFSP EUSR in Bosnia and Herzegovina (12 month extension)	3.700.000
2010/443/CFSP EUSR for Central Asia (12 month extension)	1.250.000
2010/444/CFSP EUSR in FYROM (6 month extension)	310.000
2010/445/CFSP EUSR for the crisis in Georgia (12 month extension)	700.000
2010/446/CFSP EUSR in Kosovo (6 month extension)	1.230.000
2010/447/CFSP EUSR for the Middle East peace process (6 month extension)	585.000
2010/448/CFSP EUSR in the Republic of Moldova (6 month extension)	830.000
2010/449/CFSP EUSR for the South Caucasus (6 month extension)	1.410.000
2010/450/CFSP EUSR for Sudan (12 month mandate)	1.820.000

19.0307 POLICE MISSIONS

Decision no and description	COST €
2010/279/CFSP EUPOL Afghanistan (31 May 2010 - 31 May 2011)	54.600.000
2010/298/CFSP EUSSR Guinea-Bissau (no-cost ext. and extension 1 July - 30 September 2010)	630.000
2010/329/CFSP EUPOL Congo (extension 1 July - 30 September 2010)	2.020.000
2010/576/CFSP EUPOL Congo (extension 1 October 2010 - 30 September 2011)	6.430.000
2010/755/CFSP EUPM Bosnia Herzegovina (extension 1 January - 31 December 2011: 17,6 Mio)	7.470.013
2010/747/CFSP EUPOL COPPS (Budget top up January - December 2010)	220.000
2010/784/CFSP EUPOL COPPS (extension 1 January - 31 December 2011)	8.250.000

ANNEX IV: 2010 OVERVIEW OF HR / VP DECLARATIONS ON BEHALF OF THE EU, HR / VP STATEMENTS, STATEMENTS BY THE HR / VP SPOKESPERSON AND LOCAL STATEMENTS

Declarations on behalf of the EU

11/01/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on 5th anniversary of signature of Comprehensive Peace Agreement for Sudan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/112203.pdf

12/01/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on the trial against seven Baha'i leaders in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/112212.pdf

14/01/2010

Declaration by the High Representative, Catherine Ashton, on behalf of the EU on the moratorium on the death penalty in Mongolia

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PESC/10/3&format=HTML&aged=0&language=en&quiLanguage=en>

27/01/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on the situation in Honduras: inauguration of Mr. Porfirio Lobo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/112630.pdf

05/02/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on the ratification of Protocol 14 to the European Convention on Human Rights by the Russian Federation

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/112765.pdf

08/02/2010

Joint Statement by EU and USA calling on Iranian government to fulfil its human rights obligations

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112843.pdf

19/02/2010

Statement by HR C. Ashton, on behalf of the EU welcoming the ceasefire in the North of Yemen

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/112936.pdf

02/03/2010

Statement by HR C. Ashton, on behalf of the EU on Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113132.pdf

10/03/2010

Statement by HR C. Ashton, on behalf of the EU on the decision by the Government of Israel to build new housing units in East Jerusalem

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113283.pdf

10/03/2010

Declaration by HR Ashton on behalf of the EU on the Georgian strategy on Abkhazia and South Ossetia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113293.pdf

17/03/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU on parliamentary and presidential approval of Kyrgyz law on accession to Second Optional Protocol to ICCPR on abolition of death penalty

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113417.pdf

21/03/2010

Declaration by HR Ashton on International Day for Elimination of Racial Discrimination

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113458.pdf

22/03/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU to commemorate the World Water Day

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113472.pdf

31/03/2010

Speech by EU HR Catherine Ashton on Behalf of the European Union, to the International Conference on Haiti

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113648.pdf

31/03/2010

HR's Declaration on behalf of the EU on the situation in Belarus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113643.pdf

09/04/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the European Union on decision by Pre-Trial Chamber of the International Criminal Court to investigate the 2007-2008 post-election violence in Kenya

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113679.pdf

14/04/2010

Declaration by HR Ashton on behalf of the EU on the situation after the national elections in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113787.pdf

27/04/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU on the situation in the Middle East

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114051.pdf

30/04/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU on Djibouti's introduction of the abolition of the death penalty in its Constitution

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114089.pdf

03/05/2010 - Declaration by the HR Catherine Ashton on behalf of the EU on World Press Freedom Day, 3 May 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114167.pdf

10/05/2010

Declaration on the launch of proximity talks between Israel and the Palestinians

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114343.pdf

11/05/2010

Declaration on the alignment of certain third countries concerning the Council Decision 2009/969/CFSP

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114386.pdf

12/05/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the execution of five individuals in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114457.pdf

17/05/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU on International Day against Homophobia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114473.pdf

20/05/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the publication of the report on the sinking of the Republic of Korea Ship 'Cheonan'

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114589.pdf

21/05/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on the human rights of LGBT people in Malawi

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/114600.pdf

26/05/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the alignment of certain third countries with the Council Decision 2010/92/CFSP extending restrictive measures against Zimbabwe

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114649.pdf

31/05/2010

Declaration - Council decisions on the Republic of Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114723.pdf

31/05/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on behalf of the EU on the Israeli military operation against the Flotilla

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114730.pdf

02/06/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the alignment of certain third countries with the Council Decision 2010/129/CFSP amending Common Position 2008/109/CFS

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/114791.pdf

03/06/2010

Myanmar/Burma: Declaration by HR Ashton on behalf of EU on alignment of third countries with Council Decision renewing restrictive measures

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/114843.pdf

03/06/2010

Democratic People's Republic of Korea: Declaration by HR Ashton on behalf of EU on alignment of third countries with Council Decision concerning restrictive measures

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/114844.pdf

09/06/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the alignment of certain third countries with Council Decision 2010/127/CFSP concerning restrictive measures against Eritrea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115023.pdf

11/06/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on human rights in China

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115142.pdf

12/06/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115144.pdf

15/06/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the alignment of certain third countries with Council Decision 2010/231/CFSP concerning restrictive measures against Somalia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115190.pdf

25/06/2010

Joint Declaration by the African Union and by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU on the UN International Day in support of victims of torture

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/115506.pdf

30/06/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on Femicide

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115578.pdf

01/07/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the Appointment of a UN Panel of Experts on accountability Issues in Sri Lanka

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115592.pdf

15/07/2010

Declaration by HR Ashton on behalf of the EU on the situation of Human Rights Defenders in the North Caucasus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115805.pdf

22/07/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the ICJ advisory opinion

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115902.pdf

26/07/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on Syria Human rights cases

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/115970.pdf

01/08/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the Convention on Cluster Munitions

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/116071.pdf

05/08/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the approval of a new Constitution in Kenya

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/116100.pdf

09/08/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the International Day of the World's Indigenous People

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/116122.pdf

10/08/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the General Election in the Solomon Islands

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/365&format=HTML&aged=0&language=en&quiLanguage=en>

12/08/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the sentencing of seven Baha'i leaders

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/116157.pdf

15/08/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the fifth Anniversary of the signature of the Aceh MoU and Aceh's peaceful evolution

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/cfsp/116168.pdf

19/08/2010

EU Statement on the Occasion of the General Assembly Plenary Meeting on the Humanitarian Situation resulting from the Floods in Pakistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116223.pdf

20/08/2010

Statement by the Middle East Quartet - European Union, United Nations, Russian Federation, United States

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116226.pdf

08/09/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the alignment of certain third countries with Council Decision 2010/414/CFSP amending Decision 2010/127/CFSP concerning restrictive measures against Eritrea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/116333.pdf

17/09/2010

Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on political prisoners in Eritrea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/116600.pdf

28/09/2010

Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on the elections in the Bolivarian Republic of Venezuela

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/116787.pdf

06/10/2010

Declaration by HR Ashton on behalf of the EU on the OHCHR Report of the Mapping Exercise documenting the most serious violations of human rights and international humanitarian law committed within the territory of the Democratic Republic of the Congo between March 1993 and June 2003

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/116903.pdf

20/10/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on recent legislative developments in Guatemala concerning the death penalty

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117228.pdf

07/11/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the elections in Burma/Myanmar

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117548.pdf

08/11/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on the publication of the Final Report of the EU Election Observation Mission to Ethiopia 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117578.pdf

16/11/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton on behalf of the European Union on violence against journalists in the Russian Federation

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117735.pdf

19/11/2010

Declaration by the High Representative Catherine Ashton, on behalf of the European Union, on the political situation in Madagascar

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117904.pdf

25/11/2010

Declaration by the High Representative, Catherine Ashton, on behalf of the European Union on the International Day for the Elimination of Violence against Women

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/117997.pdf

30/11/2010 - Declaration by High Representative Catherine Ashton on behalf of the EU in support of ratification of new strategic arms reduction treaty (START)

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/118094.pdf

10/12/2010 - Declaration by the High Representative, Catherine Ashton, on behalf of the European Union on the Human Rights Day, 10 December 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/118390.pdf

Statements by the High Representative

01/01/2010

Statement by High Representative on the brutal bomb attack in Lakki Marwat, Pakistan

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/1&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

14/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton: Haiti situation - press conference

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/2&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

19/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the situation in Haiti

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/3&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

19/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Yemen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/6&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

19/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Iran

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/4&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

19/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Iraq

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/5&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

20/01/2010

Sri Lanka's pre-election situation: statement by High Representative Catherine Ashton

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/37&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

20/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Guinea

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/38&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

29/01/2010

Joint statement on Nigeria

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/105&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

29/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the Holocaust Remembrance Day

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/100127-Holocaust-remembrance.pdf>

29/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the Presidential elections in Sri Lanka

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/106&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

29/01/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/112714.pdf

04/02/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the pre-electoral situation in Ukraine

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112764.pdf

05/02/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton, on imminent executions in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112772.pdf

08/02/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Ukrainian presidential elections, January 17 and February 7, 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112805.pdf

09/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton, on human rights in China

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112848.pdf

09/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton, on Iranian nuclear activities

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112849.pdf

11/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton, on demonstrations in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112858.pdf

12/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton, on human rights in China

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112890.pdf

17/02/2010

Statement by HR Ashton on the situation of the Union of Poles in Belarus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112913.pdf

22/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton, on Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112946.pdf

23/02/2010

EU roundly condemns fraudulent use of European passports in Dubai assassination

http://www.eu2010.es/en/documentosnoticias/noticias/feb22_consejoextiores.html

25/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the India-Pakistan meeting in New Delhi

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113059.pdf

27/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the earthquake in Chile

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113081.pdf

27/02/2010

Statement by HR Catherine Ashton following telephone conversation with Chile's Foreign Minister Mariano Fernandez

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/204&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

07/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the Iraqi elections

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113202.pdf

08/03/2010

International Women's Day – 8 March 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/245&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

09/03/2010

Déclaration de la Haute Représentante Catherine Ashton et du Commissaire en charge du développement Andris Piebalgs sur les élections présidentielles au Togo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/FR/foraff/113231.pdf

15/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the Agreement between the Transitional Federal Government of Somalia and Ahlu Sunna Waljama'a

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/113371.pdf

18/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton at Erez crossing

<http://www.delisr.ec.europa.eu/english/whatsnew.asp?id=1161>

23/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton following meeting with President Mbeki

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113529.pdf

24/03/2010

Declaration by HR Catherine Ashton on the decision by the Israeli authorities on the Shepherd Hotel

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113542.pdf

26/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the violence in and around Gaza

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113629.pdf

26/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on ratification of Rome Statute of International Criminal Court by Bangladesh

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113593.pdf

28/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on agreement between United States and Russia on new strategic arms reduction treaty (START)

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113631.pdf

29/03/2010

Statement by HR Catherine Ashton on metro explosions in Moscow

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113634.pdf

31/03/2010

Joint statement by HR Catherine Ashton and Commissioner Štefan Füle on the Serbian Declaration on Srebrenica

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113647.pdf

01/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Guinea Bissau

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113649.pdf

07/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the Opposition unrests in Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113660.pdf

08/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the political situation in Thailand

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113665.pdf

08/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the situation in Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113664.pdf

09/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the upcoming elections in Sudan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113666.pdf

10/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Polish plane crash

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113681.pdf

13/04/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the Parliamentary Elections in Sri Lanka

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113711.pdf

13/04/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the political situation in Thailand

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113710.pdf

17/04/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the helicopter crash in Haiti

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113884.pdf

19/04/2010

Statement by HR/VP Catherine Ashton on elections in Sudan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113893.pdf

20/04/2010

Statement by HR Catherine Ashton on adoption of Constitutional Amendment in Pakistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113904.pdf

11/05/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the adoption of negotiating directives for Association Agreements between the EU and Armenia, Azerbaijan and Georgia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114367.pdf

12/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the State of Emergency in Egypt

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114450.pdf

14/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114462.pdf

17/05/2010

Statement by HR/VP Catherine Ashton, on Moldova/Transnistria

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/114472.pdf

18/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton recalling the EU position on the Falkland Islands

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114503.pdf

21/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton and Commissioner Stefan Füle on Albania

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114591.pdf

21/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Nagorno Karabakh

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114603.pdf

21/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the political situation in Thailand

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114598.pdf

22/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114609.pdf

24/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the Federal Republic of Nigeria

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114610.pdf

25/05/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the Legislative Elections in Ethiopia

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/607&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

25/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the UNRWA attack

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114630.pdf

25/05/2010

Statement by HR Catherine Ashton on 10th anniversary of Optional Protocols to UN Convention on the Rights of the Child on the involvement of children in armed conflict

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114629.pdf

28/05/2010

Burundi: Statement by HR/VP Ashton and Commissioner Piebalgs on the communal elections of 24 May
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/633&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

28/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the Lahore attacks
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114695.pdf

29/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the outcome of the NPT Review Conference
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114696.pdf

30/05/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on train derailment in India
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114697.pdf

31/05/2010

Reaction of High Representative Catherine Ashton on Israel's military operation against Gaza flotilla
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114726.pdf

01/06/2010

Joint statement by High Representative Catherine Ashton and Minister for Foreign Affairs of the Russian Federation Sergey Lavrov
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114733.pdf

02/06/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the publication of the certified results of the Iraqi elections
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114787.pdf

09/06/2010

Statement by the E3+3 with the support of the EU High Representative following the adoption of UN Security Council Resolution 1929 on the Iranian nuclear programme
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115039.pdf

11/06/2010

Joint statement by High Representative / Vice President Catherine Ashton and Home Affairs Commissioner Cecilia Malmström on the release of Max Göldi
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115109.pdf

11/06/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the new clashes in Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115125.pdf

28/06/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the constitutional referendum in Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115525.pdf

30/06/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Israel-Palestinian proximity peace talks

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115546.pdf

01/07/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the Presidential Elections in the Republic of Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115586.pdf

02/07/2010

Déclaration de Madame Catherine Ashton, Haute Représentante, sur les élections présidentielles au Burundi

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/FR/foraff/115597.pdf

05/07/2010

Statement by Catherine Ashton, High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy/European Commission Vice-President on announcement by Israel on Gaza blockade

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115675.pdf

06/07/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on imminent executions in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115714.pdf

08/07/2010

Statement by HR Catherine Ashton following the vote in the European Parliament on the European Union External Action Service

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115736.pdf

08/07/2010

Statement by HR Catherine Ashton on the announcement of the liberation of 52 political prisoners in Cuba

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115737.pdf

09/07/2010

Statement by HR Catherine Ashton on further ships carrying humanitarian aid to Gaza

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115755.pdf

11/07/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton and EU Commissioner for Enlargement and Neighbourhood Policy Stefan Füle on the occasion of the 15th commemoration of Srebrenica

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115756.pdf

12/07/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the attacks in Uganda

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115768.pdf

19/07/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the national dialogue process in Yemen

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115882.pdf

28/07/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the death penalty in Japan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116068.pdf

03/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Israel-Lebanon border incident

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116096.pdf

11/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton following phone call with Russian Foreign Minister Sergey Lavrov to offer support in wake of recent fires in Russia

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/367&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

11/08/2010

Statement by the High Representative Catherine Ashton and EU Commissioner for Development Andris Piebalgs on the Presidential Elections in Rwanda

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/366&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

11/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the recent mudslides in China

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116136.pdf

12/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the ratification of the Rome Statute of the International Criminal Court by Seychelles

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116138.pdf

13/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on Russian plans on missile deployment in Abkhazia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116161.pdf

18/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton following her call with UN Secretary-General Ban Ki-moon

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116221.pdf

19/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on the ratification of the Rome Statute of the International Criminal Court by Saint Lucia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116222.pdf

20/08/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton on resumption of direct talks between Israel and the Palestinians

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116227.pdf

24/08/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on Azerbaijan's Supreme Court judgment of 19 August concerning the two youth organization members

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116230.pdf

24/08/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on terrorist attack in Somalia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116231.pdf

27/08/2010

Joint statement by Catherine Ashton, the High Representative, and Andris Piebalgs, the EU Development Commissioner, on the resurgence of violence in North Kivu, DRC.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1074&format=HTML&aged=0&language=en&quiLanguage=en>

01/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the attack in the Middle East

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116258.pdf

02/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the launch of direct talks on the Middle East

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116267.pdf

08/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the next steps at the UN concerning the advisory opinion on Kosovo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116353.pdf

10/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the adoption of the UN General Assembly resolution on the ICJ opinion on Kosovo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116439.pdf

17/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton ahead of the parliamentary elections in Afghanistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116588.pdf

22/09/2010

Middle East Quartet Statement

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116664.pdf

22/09/2010

Human rights failures in the Democratic Republic of Congo

<http://www.eutrio.be/pressrelease/olivier-chastel-human-rights-failures-democratic-republic-congo>

22/09/2010

Statement delivered by EU High Representative Catherine Ashton on behalf on the E3+3

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116679.pdf

24/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on remarks made by Iranian President Mahmoud Ahmadinejad at the UN General Assembly

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116685.pdf

25/09/2010

Remarks by High Representative Catherine Ashton at the informal meeting of EU Defence Ministers
Ghent, 23 and 24 September 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116710.pdf

27/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Middle East peace talks

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116778.pdf

30/09/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on events in Ecuador

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116856.pdf

01/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton following her visit to the Middle East

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116860.pdf

05/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on elections in Bosnia and Herzegovina

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116889.pdf

05/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the 10th anniversary of democratic changes in Serbia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116890.pdf

07/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the pardon of Ethiopian opposition leader Birtukan Midekssa

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116917.pdf

08/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on Nobel Peace Prize being awarded to Liu Xiaobo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116987.pdf

11/10/2010

Nouveau Chef de mission pour EUSEC RD Congo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/FR/foraff/116991.pdf

11/10/2010

Nouveau chef de mission pour EUPOL RD Congo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/FR/foraff/116990.pdf

11/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Kyrgyzstan elections

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116989.pdf

14/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the ratification of the Rome Statute of the International Criminal Court by the Republic of Moldova

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117068.pdf

18/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the removal of the Russian checkpoint from the village of Perevi in Georgia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117147.pdf

20/10/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton and European Commissioner for Enlargement Stefan Füle on Ukraine before the European Parliament

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117230.pdf

25/10/2010

High Representative Catherine Ashton nominates the top management of the External Action Service

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117313.pdf

01/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the referendum in Niger

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117525.pdf

02/11/2010

Statement by High Representative / Vice-president Mrs Catherine Ashton on the Côte d'Ivoire elections

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1457&format=HTML&aged=0&language=en&quiLanguage=en>

02/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the General Elections in the United Republic of Tanzania

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117530.pdf

08/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Presidential Elections in the Republic of Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117582.pdf

08/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Parliamentary elections in Azerbaijan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117582.pdf

12/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the election of the speaker of the Iraqi Parliament

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117700.pdf

13/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the release of Aung San Suu Kyi

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117708.pdf

16/11/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints the Permanent Chair of the Political and Security Committee Policy

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117740.pdf

20/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the occasion of the Universal Children's Day

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117891.pdf

23/11/2010

Statement by EU High Representative for Foreign Affairs and Security Policy Catherine Ashton on North Korean attack on South Korean Island

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117954.pdf

23/11/2010

EU HR/VP Catherine Ashton appoints new Head of EU Delegation to WTO

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/606&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

25/11/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the non-use of force commitment announced by Georgian President Saakashvili

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/118001.pdf

30/11/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton and Commissioner Stefan Füle on the parliamentary elections in the Republic of Moldova

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/118093.pdf

01/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the second round of presidential elections in Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/118116.pdf

02/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints EEAS Managing Director for Crisis Response

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118159.pdf

03/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the forest fires in northern Israel

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118198.pdf

04/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on Ivory Coast election results

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118213.pdf

05/12/2010

Statement by High Representative Catherine Ashton welcoming the IAEA nuclear fuel bank

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118216.pdf

06/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the elections to the People's Assembly of Egypt

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118243.pdf

06/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton and EU Commissioner for Development Andris Piebalgs on the Presidential Elections in Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118252.pdf

07/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on behalf of E3+3 after the talks with Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118263.pdf

08/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the announcement of preliminary results of elections in the Republic of Haiti

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118345.pdf

08/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Middle East Peace Process

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118344.pdf

10/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on Nobel Peace Prize winner Liu Xiaobo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118406.pdf

13/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton and European Commissioner for Enlargement Štefan Füle on Kosovo elections

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118432.pdf

14/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the passing of Ambassador Holbrooke

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118462.pdf

14/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints two Managing Directors for the External Action Service

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118477.pdf

15/12/2010

EU HR/VP Catherine Ashton - Statement on Ivory Coast, European Parliament Strasbourg, 15 December 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/758&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

15/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on Sakharov Prize

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118505.pdf

15/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on recent bomb attacks in Chabahar

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118537.pdf

16/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Middle East

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/118541.pdf

17/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints Director of the European Union Situation Centre (SITCEN) for the External Action Service

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/esdp/118626.pdf

18/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton welcomes the establishment of new coalition government in the Kyrgyz Republic

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118630.pdf

20/12/2010

SUDAN: EU to observe the South Sudan Referendum

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1755&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

20/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the presidential elections in Belarus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/118650.pdf

21/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints two new Managing Directors for the External Action Service

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118656.pdf

21/12/2010

Statement by the High Representative, Catherine Ashton on the formation of a new Government of Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118659.pdf

23/12/2010

EU High Representative Catherine Ashton appoints the permanent chairs of several Working Groups in the Council

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118693.pdf

23/12/2010

Statement by Catherine Ashton, EU High Representative for Foreign Affairs, on ratification by the U.S. Senate of the START Treaty

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118696.pdf

23/12/2010

Joint Statement by EU High Representative Catherine Ashton and US Secretary of State Hillary Clinton on the post-Presidential Elections situation in Belarus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118697.pdf

30/12/2010

Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the Khodorkovskii/Lebedev case

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118699.pdf

Statements by the Spokesperson

19/01/2010

Chile Presidential elections, statement by spokesperson of High Representative Catherine Ashton

http://eeas.europa.eu/chile/docs/statement_ashton_210110_en.pdf

10/02/2010

Statement by the Spokesperson of the High Representative / Vice President Catherine Ashton on the situation in Sri Lanka

http://eeas.europa.eu/statements/docs/statement_ashton_sri_lanka_en.pdf

19/02/2010

Statement by the Spokesperson of the High Representative / Vice President Catherine Ashton on Niger

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/112931.pdf

25/02/2010

Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton, on the death of Mr Tamayo in Cuba

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113057.pdf

26/02/2010

Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton, on acts of violence in Chittagong Hill Tracts, Bangladesh

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113070.pdf

26/02/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on heritage sites in Hebron and Bethlehem

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113080.pdf

01/03/2010

Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton, on Nigeria

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113083.pdf

01/03/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the rejection of Aung San Suu Kyi's appeal by the Supreme Court of Burma/Myanmar

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113102.pdf

18/03/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on Sahel region

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/113427.pdf

04/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the car bomb attacks in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113654.pdf

05/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the attacks in Pakistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113655.pdf

09/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on Kyrgyzstan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113669.pdf

23/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Ashton on New Zealand joining the UN Declaration on the Rights of Indigenous People

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113952.pdf

26/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the normalisation of relations between Turkey and Armenia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/114008.pdf

30/04/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the political situation in Nepal

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114126.pdf

01/05/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the resumption of executions in Taiwan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114127.pdf

04/05/2010

Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton, on the recent attacks against mosques in Somalia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/114173.pdf

11/05/2010

Statement by the Spokesperson of HR Catherine Ashton on attacks in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114396.pdf

28/05/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the flotilla sailing to Gaza

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114694.pdf

02/06/2010

Déclaration par la Porte-parole de la Haute Représentante Catherine Ashton sur la situation politique aux Comores

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/114806.pdf

04/06/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the death of Floribert Chebeya Bahizire, Executive Director of the organisation "La Voix des Sans Voix"

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115001.pdf

09/06/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the Qatari mediation between Djibouti and Eritrea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115019.pdf

22/06/2010

Statement by the Spokesperson of High Representative Catherine Ashton on Nagorno-Karabakh

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115451.pdf

23/06/2010

Statement by the Spokesperson of High Representative Catherine Ashton on terrorist attacks in Turkey

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115450.pdf

25/06/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on Hong Kong

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115504.pdf

30/06/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the signature of the ECFA agreement between China and Taiwan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115548.pdf

02/07/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the attack against the Data Darbar Sufi shrine in Lahore

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115611.pdf

02/07/2010

Statement by the Spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the incident in Kosovo

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115647.pdf

06/07/2010

Statement by the Spokesperson of High Representative Catherine Ashton on Guinea Bissau

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/115676.pdf

08/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the adoption of the Georgian Action Plan for Engagement for Abkhazia and South Ossetia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115731.pdf

16/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the attacks in Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115843.pdf

16/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the Political Crisis in the Maldives

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115849.pdf

16/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the murder of Rwandan politician

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115851.pdf

16/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on death sentence in Gambia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115852.pdf

16/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the expulsion of the acting Australian High Commissioner by Fiji

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115853.pdf

19/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on suicide bombings in Iraq on Sunday 18 July 2010

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115881.pdf

22/07/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on President Al-Bashir

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115899.pdf

02/08/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the Referendum on the formation of the Government of National Unity in Zanzibar

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116076.pdf

03/08/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton in support of U.N. international Gaza flotilla probe

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116097.pdf

13/08/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the bomb attack in Bogota

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116160.pdf

24/08/2010

Statement by the Spokesperson of High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on conviction of human rights defender Abdallah Abu Rahma

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116232.pdf

25/08/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on explosions in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116234.pdf

27/08/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on President Al-Bashir's visit to Kenya

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116239.pdf

02/09/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on the attacks in Lahore

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116270.pdf

03/09/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the outcome of the launch of Middle East peace talks

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116277.pdf

04/09/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the murder of police officers in Colombia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116278.pdf

10/09/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on the suicide bombing in Vladikavkaz

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116426.pdf

10/09/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on Georgian prisoner in Abkhazia

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116458.pdf

14/09/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on the occasion of the appointment of Michelle Bachelet as the head of UN Women

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116496.pdf

17/09/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116564.pdf

18/09/2010

Statement by the Spokesperson of the High Representative Catherine Ashton on the conviction of human rights defender Azimjan Askarov

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/116602.pdf

24/09/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the bombing in Mahabad, Iran

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116684.pdf

01/10/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the bombing in Abuja, Nigeria

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116866.pdf

08/10/2010

Statement by the spokesperson of High Representative Catherine Ashton on the appointment of Admiral Bubu Na Tchuto

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116986.pdf

09/10/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the attack in Afghanistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116988.pdf

19/10/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the attack in Parliament in Chechnya

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117180.pdf

20/10/2010

Statement by the spokesperson of the HR Catherine Ashton on the attack on the convoy of the UN Secretary General's Special Representative in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117226.pdf

01/11/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton following the attack against worshipers at Our Lady of Salvation Church in Baghdad, Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117529.pdf

02/11/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on possible execution of Sakineh Mohammadi-Ashtiani

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117531.pdf

03/11/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the recent bomb attacks in Iraq

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117535.pdf

05/11/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the attacks in Pakistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117546.pdf

08/11/2010

Statement by the spokesperson of Catherine Ashton, EU High Representative/Commission Vice-President on the human rights situation in Sudan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117574.pdf

09/11/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton on the announcement by Israel of a plan for the construction of new housing in East Jerusalem

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117590.pdf

10/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton, on Western Sahara

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117686.pdf

12/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on a death penalty case in Pakistan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117707.pdf

16/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton, on Sudan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117732.pdf

18/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton, on Canada joining the UN Declaration on the Rights of Indigenous peoples

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117804.pdf

19/11/2010

Statement by the Spokesperson of Catherine Ashton, EU HR on the Presidential elections in Guinea

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117858.pdf

19/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton, on the release of bloggers in Azerbaijan

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/117884.pdf

25/11/2010

Statement by the Spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton, on second round of presidential elections in Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118008.pdf

01/12/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the second round of presidential elections in Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118132.pdf

09/12/2010

Statement by the spokesperson of Catherine Ashton, EU High Representative, on exports from Gaza

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118351.pdf

17/12/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the situation in Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118573.pdf

20/12/2010

Statement by the spokesperson of Catherine Ashton, EU High Representative, on the post-electoral situation in Belarus

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118638.pdf

22/12/2010

Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the United States of America joining the UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118689.pdf

23/12/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the situation in Côte d'Ivoire

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118694.pdf

27/12/2010

Statement by the spokesperson of EU High Representative Catherine Ashton on the second prosecution of Mikhail Khodorkovskii and Platon Lebedev

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118698.pdf

Local Statements

20/01/2010

EU Local Statement by EU Heads of Mission on the trial of Mr Le Cong Dinh, Mr Nguyen Tien Trung, Mr Tran Huynh Duy Thuc and Mr Le Thang Long on 20 January 2010

<http://www.ambhanoi.um.dk/en/menu/AboutUs/News/Statement>

28/01/2010

Joint statement by the Heads of Mission of the EU, NATO, OSCE and the United States in Skopje

http://www.osce.org/skopje/item_1_42501.html

18/02/2010

EU statement on Eritrea's relations with the African Union

http://eeas.europa.eu/statements/local/eu_statement_eritrea_au_en.pdf

25/03/2010

Local EU Statement on Sudan

http://ec.europa.eu/delegations/delsdn/en/eu_and_sudan/news18.htm

01/04/2010

EU Local Statement on the sinking of the South Korean ship

http://eeas.europa.eu/statements/local/2010_0401_korea_en.pdf

15/04/2010

EU local statement on homophobia and gender in education

http://ec.europa.eu/delegations/albania/press_corner/all_news/news/2010/20100415_01_en.htm

16/04/2010

Déclaration des Chefs de Mission de l'Union européenne au Niger

<http://www.delner.ec.europa.eu/documents/Communiqué160410.pdf>

21/04/2010

EU Local Statement on the case of journalist Ernest Vardanyan

http://www.delmda.ec.europa.eu/whatsnew/press_releases_en.shtml#21042010

22/04/2010

EU Local Statement on the breach of the de facto moratorium on the death penalty in Gaza

<http://www.maec.es/subwebs/Consulados/Jerusalen/es/Home/Documents>

27/04/2010

Joint statement by the Heads of Mission of the EU, NATO, OSCE and the United States in Skopje

http://www.osce.org/skopje/item_1_43658.html

06/05/2010

EU statement on the report by the High Commissioner on National Minorities on his recent visit to Kyrgyzstan

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May

06/05/2010

EU statement on the railway shipment dispute between Tajikistan and Uzbekistan

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May

06/05/2010

EU statement on the case against human rights defender Evgeniy Zhovtis

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May

06/05/2010

EU statement on the detention of Nematillo Botakuziev by the authorities in Tajikistan

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May

12/05/2010

Local EU Statement on the death in custody of PUDEMO member Sipho Jele

<http://www.delswz.ec.europa.eu/whatsnew>

13/05/2010

EU statement on Uzbekistan

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May/PC%20no.809%20-%20EU%20reply%20to%20Amb.Venczel,%20Project%20Co-ordinator%20UZB.pdf

13/05/2010

EU statement in response to Amb. Venczel, OSCE Project Co-ordinator in Uzbekistan

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May

18/05/2010

Statement by the EU Special Representative and Head of Delegation to Afghanistan, Ambassador Vygaudas Usackas

http://www.delafg.ec.europa.eu/en/downloadable_documents/Nov_2008/Press_Release/PR_1

18/05/2010

EU local statement on the executions in Gaza

<http://ukinbelarus.fco.gov.uk/en/news/?view=News&id=22265992>

21/05/2010

Local EU Statement on raids on the "Tell the Truth" civic campaign in Belarus

<http://ukinbelarus.fco.gov.uk/en/news/?view=News&id=22265992>

27/05/2010

Local EU Statement on Sudan

http://ec.europa.eu/delegations/delsdn/en/eu_and_sudan/news19.html

31/05/2010

EU statement in response to the Head of the OSCE Centre in Bishkek, Ambassador Andrew Tesoriere

http://www.delvie.ec.europa.eu/en/eu_osce/eu_statements/2010/May/PC%20no.811%20-%20EU%20reply%20to%20Amb.Tesoriere,%20HoC%20Bishkek.pdf

10/06/2010

Local EU Statement on the law on TV and Radio in Armenia

http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/press_corner/all_news/news/2010/20100610_en.htm

28/06/2010

Local EU statement on the results of the second autopsy of Khaled Said

http://eeas.europa.eu/delegations/egypt/press_corner/all_news/news/2010/20100628_en.htm

29/06/2010

Local EU statement on Presidential Elections Somaliland

<http://www.delken.ec.europa.eu/en/news.asp?newsid=148>

23/07/2010

Declaración conjunta de los Embajadores de la Unión Europea en Colombia y Venezuela sobre la ruptura de relaciones diplomáticas entre Venezuela y Colombia

<http://www.delven.ec.europa.eu/es/UltimasNoticias/Prensa2010/comunicado%20colombia%20venezuela.doc>

28/07/2010

Statement from European Union heads of mission in Pakistan following the crash of a passenger airliner near Islamabad

<http://www.delpak.ec.europa.eu/WHATSNEW/statement/EU%20Statement%20280710.doc>

11/08/2010

Declaración conjunta de los jefes de las delegaciones de la Unión Europea y de los embajadores de los estados miembros en bogota y caracas sobre el restablecimiento de relaciones diplomáticas entre Venezuela y Colombia

http://eeas.europa.eu/delegations/colombia/press_corner/all_news/news/2010/declaracion11082010_es.htm

19/08/2010

Local EU Statement on parliamentary by-elections in Chifubu and Luena in Zambia

http://eeas.europa.eu/delegations/zambia/press_corner/all_news/news/2010/20100819_01_en.htm

09/09/2010

Local European Union Statement on the announcement of official dates for Nigerian general elections

<http://www.delnga.ec.europa.eu/>

13/09/2010

Déclaration conjointe des Chefs de mission de l'Union européenne et des Etats-Unis d'Amérique en République de Guinée

http://ec.europa.eu/delegations/guinea/press_corner/all_news/news/2010/20100913_fr.htm

13/09/2010

Local European Union Statement on Ethiopia

<http://www.deleth.ec.europa.eu/Press%20releases.htm>

13/09/2010

Local EU Statement on the Legislative Elections in Ethiopia

<http://www.deleth.ec.europa.eu/Press%20releases.htm>

14/09/2010

The European Delegation issues the following statement on behalf of the EU Heads of Missions in Nairobi

<http://www.delken.ec.europa.eu/en/news.asp?newsid=151>

07/10/2010

Local EU Statement on the new Tuvalu government

http://www.delfji.ec.europa.eu/en/press_release/07102010-Tuvalunewgovt.pdf

18/10/2010

Statement of EU Heads of Mission to Syria on the Martin Ennals Award presented to Mr. Muhamad al-Hassani in Geneva

http://eeas.europa.eu/delegations/syria/press_corner/all_news/news/2010/20101018_en.htm

01/11/2010

Local EU statement on Albania's national human rights institutions

http://eeas.europa.eu/delegations/albania/press_corner/all_news/news/2010/20101101_01_en.htm

03/11/2010

Déclaration conjointe des Chefs de mission des Etats-Unis d'Amérique, de l'Union européenne et de ses Etats membres représentés en République de Guinée

http://eeas.europa.eu/delegations/guinea/documents/press_corner/news/20101103_fr.pdf

20/11/2010

EU Local statement on the opening of new Southern African Development Community (SADC) house in Gaborone, Botswana

<http://www.delbwa.ec.europa.eu/publications/newsletters/EU%20local%20statement%20SADC.doc>

24/11/2010

EU Heads of mission declaration on the political environment in Mogadishu

http://eeas.europa.eu/statements/local/2010_11_eu_local_somalia_en.pdf

01/12/2010

Local EU statement on the release of the final certified results for Ghazni province and the conclusion of Afghanistan's 2010 parliamentary elections

http://eeas.europa.eu/delegations/afghanistan/documents/news/20101202_01_en.pdf

06/12/2010

Eritrea and the European Union signed cooperation programmes worth over 50 Mio €

<http://www.deleri.ec.europa.eu/whatsnew/2010%202011%202024%20FA%20press%20release.doc>

16/12/2010

EU Delegation in Eritrea, UN Resident Co-ordinator and UN Children's Fund campaign against Female Genital Mutilation

http://eeas.europa.eu/delegations/eritrea/press_corner/all_news/news/2010/20101214_en.htm

22/12/2010

Declaración local de la UE sobre el asesinato de Marisela Escobedo Ortíz

http://eeas.europa.eu/delegations/mexico/documents/press_corner/declaracion_ue_asesinato_marisela_escobedo_ortiz_es.pdf

23/12/2010

Local EU Statement on the Cook Islands new Government nomination

http://www.delfji.ec.europa.eu/en/press_release/24122010_cooksgovt.pdf

24/12/2010

Local EU Statement on the Kingdom of Tonga new Government nomination

http://www.delfji.ec.europa.eu/en/press_release/24122010_tongagovt.pdf